

RA lic.iur. Emrah Erken, LL.M.
Ausstellungsstrasse 41
Postfach
CH-8031 Zürich

+41 79 444 39 08
eerken@erkenlaw.ch
www.erkenlaw.ch

Eingetragen im Anwaltsregister
Mitglied ZAV/SAV

Elektronisch eingereicht
Unabhängige Beschwerdeinstanz
(UBI)
Christoffelstrasse 5
3003 Bern

Zürich, 20. Juni 2024

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit reiche ich

Emrah Erken, geb. 20. Januar 1970, von Zug, Rechtsanwalt, Pfingstweidstrasse 94, 8005
Zürich, Postadresse: Advokatur Erken, Ausstellungsstrasse 41, Postfach, 8031 Zürich

Beschwerdeführer

und mit mir

310 mitunterzeichnende Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner

POPULARBESCHWERDE

(Zeitraumbeschwerde)

gegen die Berichterstattung im SRF und auf srf.ch über die Proteste an amerikanischen und
schweizerischen Universitäten (Nicht- bzw. Spätberichterstattung) in einem Zeitraum zwi-
schen 14. Februar 2024 und 14. Mai 2024

ein

und stelle die folgenden

Rechtsbegehren:

1. *Es sei festzustellen, dass die Berichterstattung des SRF und des Online-Angebots auf srf.ch in einem Zeitraum zwischen 14. Februar 2024 und 14. Mai 2024 aber auch zuvor und danach die Menschenwürde missachtete, zu Rassenhass beitrug, die öffentliche Sicherheit gefährdete und Gewalt verharmloste (Verletzung von Art. 4 Abs. 1 RTVG).*
2. *Es sei festzustellen, dass das SRF und das Online-Angebot auf srf.ch mit ihren Berichterstattungen in einem Zeitraum zwischen 14. Februar 2024 und 14. Mai 2024, die im Einzelnen in Beilage 3 der vorliegenden Beschwerdeschrift aufgeführt sind sowie durch bewusste Nicht- und Spätberichterstattung über die Vorgänge bei den studentischen Protesten und ganz allgemein an den westlichen Universitäten aber auch zuvor und danach, das Sachgerechtigkeitsgebot verletzen, so dass sich das Publikum keine eigene Meinung bilden konnte (Verletzung von Art. 4 Abs. 2 RTVG) .*
2. *Es sei festzustellen, dass das SRF und das Online-Angebot auf srf.ch in einem Zeitraum zwischen 14. Februar 2024 und 14. Mai 2024 aber auch zuvor und danach das Vielfaltsgebot verletzten (Verletzung von Art. 4 Abs. 3 RTVG).*

Unter gesetzlichen Kostenfolgen zu Lasten des Staates.

A. Formelles

1. Der unterzeichnete Beschwerdeführer, Emrah Erken, Bürger der Stadt Zug mit Wohnsitz in Zürich, geboren am 20. Januar 1970, war Partei beim Beanstandungsverfahren vor der Ombudsstelle des Schweizer Fernsehens SRG Deutschschweiz (Beanstandung per Online-Formular am 14. Mai 2024). Da der Unterzeichnete bereits in seiner Beanstandung angegeben hatte, dass er an die UBI gelangen wollte, wurde er von der Leitung der Ombudsstelle per E-Mail kontaktiert, die sich danach erkundigte, ob der Unterzeichnete an der Vermittlungsfunktion der Ombudsstelle interessiert sei, was der Unterzeichnete verneinte. Dementsprechend wurde dem Unterzeichneten kein inhaltlich begründeter Schlussbericht zugesandt, sondern eine Zusammenfassung des Rechtsweges mit der entsprechenden Rechtsmittelbelehrung. Das von der Ombudsstelle eröffnete Dossier trägt die Nummer 10137.

Beweis: Zusammenfassung des Rechtsweges vom 16. Mai 2024 mit Rechtsmittelbelehrung durch die Ombudsstelle des Schweizer Fernsehens SRG Deutschschweiz vom 16. Mai 2024

Anhang 1

2. Die Zustellung der Zusammenfassung des Rechtsweges vom 16. Mai 2024 durch die Ombudsstelle erfolgte am 21. Mai 2024. Somit erfolgt die vorliegende Popularbeschwerde innert Frist.

Beweis: Von der UBI ex officio festzustellen

3. Der Unterzeichnete legt 140 Listen mit insgesamt 286 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern ins Recht. Diese folgten seinem Aufruf in den sozialen Medien, die

vorliegende Popularbeschwerde mitzuunterzeichnen, wobei der Beschwerdeführer in seinem Aufruf die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Mitunterzeichnung deklarierte, namentlich, dass sie über 18 Jahre alt sein müssen und das schweizerische Bürgerrecht besitzen oder Wohnsitz in der Schweiz haben müssen. Obwohl die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner unterschiedlichste politische Parteien wählen und in politischer Hinsicht sehr divers sind, war das Mitunterzeichnen an keine anderen Voraussetzungen geknüpft.

Die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner kennen sich in den meisten Fällen nicht. Sie erfüllen ohne weiteres die gesetzlichen Voraussetzungen zur Mitunterzeichnung einer Popularbeschwerde. Angesichts der hohen Zahl der Unterschriften, welche das gesetzliche Minimum von 20 Unterschriften bei weitem übertrifft, ist der Beschwerdeführer zur Popularbeschwerde ohne weiteres legitimiert.

Beweis: 143 Formulare mit 310 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner
Anhang 2

4. Da es sich vorliegend um eine Zeitraumbeschwerde handelt, hat der Unterzeichnete eine Auflistung der gerügten Sendeinhalte erstellt. Diese Auflistung wird in den Rechtsbegehren erwähnt und bildet damit einen integrierten Bestandteil der oben gestellten Anträge. Auf die gerügten Sendeinhalte wird im dritten Teil der Beschwerdeschrift eingegangen. Nebst der gerügten Sendeinhalte wird auch eine bewusste Spät- und Nichtberichterstattung geltend gemacht, wie dies der Beschwerdeschrift zu entnehmen ist.

Beweis: Auflistung der gerügten Sendeinhalte
Anhang 3

5. Die vorliegende Popularbeschwerde erfolgt in elektronischer Form. Auf diese Weise kann die UBI mühelos an die entsprechenden Websites gelangen, die in der Beschwerdeschrift aufgeführt und verlinkt sind.
6. Der Unterzeichnete verfolgt die Absicht, der vorliegenden Popularbeschwerde eine maximale Publizität zu verleihen. Sämtliche Rechtsschriften – auch jene der Gegenpartei – werden daher im Internet unter dem Link www.erkenlaw/popularbeschwerde veröffentlicht. Ausserdem wird dort der schriftliche Entscheid der UBI publiziert. Nicht publiziert werden einzig die oben aufgeführte Privatadresse des Beschwerdeführers, die Namen und Adressen der Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Popularbeschwerde sowie die eingereichten Anhänge.

B. Sachverhalt

1. Teil: Grundlagen

a. Einleitung

7. Mit der vorliegenden Popularbeschwerde wird die bewusst lückenhafte, tendenziöse, parteiische, falsche und gesamtheitlich betrachtet völlig ungenügende Berichterstattung des Schweizer Fernsehens und anderer SRG-Medien (zu finden auf srf.ch) über

die studentischen Proteste an den amerikanischen und schweizerischen Universitäten gerügt, die in einem Zusammenhang mit dem palästinensischen Pogrom vom 7. Oktober 2023 stehen, und dabei die Verletzung von Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 sowie Abs. 3 RTVG geltend gemacht. Lapidar und in hohem Masse unterkomplex bezeichnen das Schweizer Fernsehen und die übrigen SRG-Medien diese antisemitischen und von linksidentitären respektive woken Ideologien geprägten Proteste, bei denen Sympathien gegenüber der Hamas, der Hisbollah und der Houthi gezeigt, dschihadistische Terroristen als Helden und Märtyrer gefeiert werden und dabei zu einer «Globalisierung der Intifada» und Vernichtung Israels aufgerufen wird, was von den SRG-Medien selbst nie gezeigt wurde und worüber auch nie berichtet wurde, als «pro-palästinensisch» und qualifiziert diese als studentische «Antikriegsproteste» gegen den Krieg in Gaza. Das hat, wie zu sehen sein wird, sehr wesentlich damit zu tun, dass die SRG selbst von den woken Ideologien geprägt ist und im öffentlich-rechtlichen Medienhaus der Schweiz zumindest ein latenter woker Antizionismus vorhanden ist. Der Beschwerdeführer macht geltend, dass die Berichterstattung des SRF und des Online-Angebots auf srf.ch in einem Zeitraum zwischen 14. Februar 2024 und 14. Mai 2024 aber auch zuvor und danach diskriminierend war, die Menschenwürde missachtete, zu Rassenhass beitrug, die öffentliche Sicherheit gefährdete und Gewalt verharmloste.

8. Komplette ausgeblendet wird durch das Schweizer Fernsehen und in den SRG-Medien zudem der ideologische Humus dieser Proteste, namentlich der akademische Antisemitismus. Wenn beim Schweizer Fernsehen überhaupt über den Antisemitismus im Zusammenhang mit den studentischen Protesten etwas ausgesagt wird, handelt es sich dabei lediglich um subjektive Wahrnehmungen von jüdischen Studenten oder Lehrpersonen, die es angeblich bloss so wahrnehmen und nicht etwa um eine objektivierte Qualifizierung der SRG-Journalisten. Damit wird eine scheinbare journalistische Neutralität erzeugt, um gewisse Dinge nicht beim Namen zu nennen. Der offensichtliche Antisemitismus bei den studentischen Protesten, der sehr eng mit den sogenannten Advocacy Fächern verknüpft ist, bleibt bei dieser Art von Berichterstattung und beim offenkundigen und systematisch erfolgenden Framing sowie aufgrund der bewusst lückenhaft erfolgenden Berichterstattung durch das Schweizer Fernsehen lediglich ein subjektives Gefühl der Juden selbst. Es wird geltend gemacht, dass die SRG-Medien ihrer «Watch-Dog-Funktion» nicht nur nicht nachkamen. Vielmehr haben sie sich mit den studentischen und akademischen Aggressoren solidarisiert, Gewaltaufrufe massiv verharmlost oder erst gar nicht darüber berichtet, wobei sie sowohl das Sachgerechtigkeitsgebot (Art. 4 Abs. 2 RTVG) als auch das Vielfaltsgebot (Art. 4 Abs. 4) verletzen. Dabei waren sie in hohem Grad diskriminierend, haben die Menschenwürde verletzt und zu Rassenhass beigetragen (Art. 4 Abs. 1 RTVG).

b. Antisemitismus und Antizionismus

9. Oft wird im Zusammenhang mit dem Antisemitismus-Vorwurf von postmodernen Linken, die heute im allgemeinen Sprachgebrauch als «woke» bezeichnet werden, der Einwand vorgebracht, dass man nicht etwa antisemitisch sei, sondern «bloss» antizionistisch. Ein Beispiel dazu (zitiert aus «Überprüfung der Einhaltung wissenschaftlicher Standards in den Urban Studies und weiteren Bereichen - Bericht des Dekanats der Philosophisch-Historischen Fakultät zuhanden des Rektorats der Universität Basel vom 24. Januar 2024, S. 5 f.):

«Im Frühling 2023 verfassten Studierende und Dozierende des Fachbereichs Urban Studies gemeinsam eine «Urban Studies Racial Justice Stellungnahme» («Racial Justice Commitments»), die im Juli 2023 veröffentlicht wurde. Das Papier präsentierte ein Nichtdiskriminierungs-Programm mit Vorschlägen zur Umsetzung in Lehre, Forschung und Betreuung von Studierenden. Einleitend wurden verschiedene diskriminierende Ideenlehren kritisiert: «Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Zionismus, Sexismus, Homophobie, Transphobie und Ableismus». Die Stellungnahme wurde auf der Webseite des MSG Critical Urbanism in Deutsch und Englisch veröffentlicht. Die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus wurde nach dem 7. Oktober 2023 in den Medien und universitätsintern als antisemitisch kritisiert (u.a. SonntagsZeitung 26.11.2023). Das Dekanat wies den Fachbereich deshalb am 15. November 2023 an, die Stellungnahme wegen des Reputationsschadens und wegen Formulierungen, die nicht anders als antisemitisch verstanden werden können, zur Überarbeitung vom Netz zu nehmen. Die Anweisung wurde am 16. November 2023 umgesetzt.»

Nach diesen Ausführungen aus dem Bericht des Dekanats der Philosophisch-Historischen Fakultät vom 24. Januar 2024 kann nicht nur die typische antizionistische Haltung einer Fachrichtung festgestellt werden, die mit «Studies» enden. Vielmehr ist es auch klargestellt, dass dieser Antizionismus als antisemitisch eingestuft wird, einerseits durch die SonntagsZeitung und andererseits durch die Fakultät selbst. Ferner ist damit erstellt, dass der Antizionismus, der in diesen Fächern verankert ist, nicht nur in den Vereinigten Staaten existiert, sondern auch in der Schweiz. Angesichts der Tatsache, dass die «Racial Justice Commitments» im Frühling 2023 verfasst wurden, existiert damit auch kein Zusammenhang zwischen diesem Schriftstück und dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 sowie zum Gaza-Krieg, womit erstellt ist, dass das Antisemitismus-Problem an den Universitäten bereits vorher schon vorhanden war.

Beweis: Bericht des Dekanats der Philosophisch-Historischen Fakultät vom 24. Januar 2024

Anhang 4

10. Einfach erklärt geht es beim Zionismus um das selbstbestimmte Leben von Juden im eigenen Staat. «Zionismus, entstanden im Zarenreich des 19. Jahrhunderts, verfolgte das Ziel, dem in Europa vielfach diskriminierten und verfolgten Judentum durch die Gründung eines eigenen Staates zu Selbstbestimmung, „Normalität“ und moderner Kultur zu verhelfen.» schreibt beispielsweise «Blätter für deutsche und internationale Politik».

Beweis: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2011/oktober/der-humanistische-zionismus>

11. Vom amerikanischen Bürgerrechtler Martin Luther King ist Folgendes überliefert:

«Shortly before he was assassinated, Martin Luther King, Jr. was in Boston on a fund-raising mission, and I had the good fortune to attend a dinner which was given for him in Cambridge. This was an experience which was at once fascinating and moving: one witnessed Dr. King in action in a way one never got to see in public. He wanted to find what the Negro students at Harvard and other parts of the Boston

area were thinking about various issues, and he very subtly cross-examined them for well over an hour and a half. He asked questions, and said very little himself. One of the young men present happened to make some remark against the Zionists. Dr. King snapped at him and said, "Don't talk like that! When people criticize Zionists, they mean Jews. You're talking anti-Semitism!" (Seymour Martin Lipset, "The Socialism of Fools: The Left, the Jews, and Israel," Encounter 33, no. 6 (December 1969): 24.

Beweis: https://scholar.harvard.edu/files/martinkramer/files/words_of_martin_luther_king.pdf (Quelle des MLK-Zitats)

12. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR schreibt auf ihrer Webseite über den Antisemitismus Folgendes:

«Es gibt verschiedene, rechtlich nicht bindende Definitionen von Antisemitismus. Die gängigste ist die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommenen Arbeitsdefinition. Antisemitismus ist demzufolge eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Die zur Arbeitsdefinition der IHRA gehörende Beispielliste ist nicht unumstritten, für die Praxis dennoch hilfreich. Die Schweiz gehört der IHRA seit 2004 an. Der Bundesrat hat die Arbeitsdefinition am 4. Juni 2021 als «Leitfaden» für staatliche Behörden, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen, empfohlen.»

Beweis: <https://www.ekr.admin.ch/themen/d125.html>

13. Auf der Webseite der IHRA wird der Antisemitismus wie folgt definiert: «Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.» Anschliessend gibt die IHRA einige Beispiele wieder, wie dieser Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre aussehen können. Eines dieser Beispiele lautet: «Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.»

Beweis: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>

14. Angesichts der Tatsache, dass Zionismus als das Recht des jüdischen Volkes zur Selbstbestimmung im eigenen Staat bedeutet und der Antizionismus als «das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung» definiert werden kann und auf die Vernichtung des Staates Israel ausgerichtet ist, ist Antizionismus aufgrund des vorzitierten Beispiels der IHRA ohne weiteres auch Antisemitismus. Auch der Historiker Walter Laqueur sieht «keine klare Grenze zwischen Antisemitismus und Antizionismus» (Walter Laqueur: The Changing Face of Antisemitism. From Ancient Times to the Present Day. Oxford University Press, Oxford 2006, S. 7.) Ausserdem ist der Begriff «Antizionismus», wie man aus den Worten von Martin Luther King

ableiten kann, lediglich vorgeschoben, um nicht sagen zu müssen, man sei ein Antisemit. Wenn man den Begriff «Zionist» verwendet, sind immer die Juden gemeint.

15. Das Anne Frank Haus in Amsterdam schreibt völlig korrekt: *«Ein Zionist ist jemand, der sich für einen unabhängigen jüdischen Staat einsetzt, in dem Juden in Sicherheit leben können. Für viele religiöse Juden ist Israel „das gelobte Land“. Aber auch viele nicht-religiöse Juden schätzen die Tatsache, dass es ein Land gibt, in dem Juden in Freiheit und Sicherheit leben können. Heutzutage wird das Wort Zionist oft als Schimpfwort verwendet. Als eine negative Bezeichnung. Viele Palästinenser und Unterstützer der palästinensischen Sache unterscheiden nicht mehr zwischen den Worten „Jude“, „Israeli“ und „Zionist“. Das ist nicht richtig. Die meisten Juden leben nicht in Israel. Nicht jeder Einwohner Israels ist Jude; es gibt auch viele Nicht-Juden, die in Israel leben. Und nicht alle jüdischen Israelis sind 'Siedler', die immer mehr palästinensisches Land erobern wollen. Die große Mehrheit der Juden ist der Meinung, dass der Staat Israel weiter bestehen sollte. Aber viele Juden, die in Israel und anderswo leben, befürworten einen palästinensischen Staat neben Israel als mögliche Lösung des Konflikts. Um es kurz zu machen: Obwohl sich viele Juden mit dem Zionismus identifizieren, gibt es doch viele verschiedene Standpunkte. Das ist Grund genug, die Worte 'Jude', 'Israelis' und 'Zionisten' nicht zu verwechseln.»*

Beweis: <https://www.annefrank.org/en/topics/antisemitism/are-all-jews-zionists/>

16. Die Anti Defamation League (ADL) schreibt auf ihrer Seite: *«Der Zionismus ist die Bewegung für die Selbstbestimmung und Staatlichkeit des jüdischen Volkes in seiner angestammten Heimat, dem Land Israel. Die grosse Mehrheit der Juden in aller Welt fühlt sich mit Israel verbunden oder verwandt, unabhängig davon, ob sie sich ausdrücklich als Zionisten bezeichnen oder nicht, und unabhängig von ihrer Meinung zur Politik der israelischen Regierung.»*

Beweis: <https://www.adl.org/resources/backgrounder/zionism>

17. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die überwiegende Mehrheit der Juden auf der Welt, ob sie sich selbst als Zionisten wahrnehmen respektive bezeichnen oder nicht, sicher nicht antizionistisch, weil Antizionismus die Negation des Existenzrechts Israels als jüdischer Staat bedeutet und von den meisten Juden aber auch von Forschern und staatlichen Stellen als antisemitisch eingestuft wird. Anfang 2024 lebten rund 7,2 Mio. jüdische Menschen in Israel. Wenn die Antizionisten tatsächlich ihr angestrebtes Ziel erreichen und Israel von der Landkarte verschwinden würde, stellt sich die Frage, wohin diese Menschen hingehen sollen, sofern sie nicht ermordet werden wie am 7. Oktober 2023. In einem Staat Palästina, der an der Stelle von Israel «from River to the Sea» entstehen soll, d.h. vom Fluss Jordan bis zum Mittelmeer, wie an studentischen Protesten konstant zu hören und zu sehen ist, haben Juden nach palästinensischer Vorstellung keinen Platz. Die Hamas, die von den akademischen Antisemiten unterstützt wird, worauf gleich eingegangen wird, hat in Artikel 7 der Hamas Charta klargemacht, was mit den Juden, und zwar mit allen Juden auf der Welt, geschehen soll:

«Auch wenn die Glieder weit voneinander entfernt waren und die Hindernisse, die von den Lakaien des Zionismus den Kämpfern in den Weg gelegt wurden, die

Fortsetzung des Kampfes behinderten, strebt die islamische Widerstandsbewegung nach der Verwirklichung von Allahs Versprechen, egal wie lange es dauern sollte. Der Prophet, Allah segne ihn und schenke ihm Heil, hat gesagt:

«Der Tag des Gerichts wird erst kommen, wenn die Moslems gegen die Juden kämpfen (die Juden töten) und der Jude sich hinter Steinen und Bäumen verstecken wird. Die Steine und Bäume werden sagen: „O Moslems, o Abdulla, hinter mir ist ein Jude, kommt und tötet ihn. Nur der Gharkad-Baum (offensichtlich eine bestimmte Art von Baum) würde das nicht tun, weil er einer der Bäume der Juden ist.» (Überliefert von den Hadith-Quellen al-Bukhari und Muslim).»

Beweis: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37092/umfrage/anzahl-der-juden-in-ausgewaehlten-laendern/>

https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp

18. Auch der notorische Holocaust-Leugner Mahmoud Abbas, der die Palästinensische Autonomiebehörde seit 15 Jahren ohne demokratische Legitimation führt, hat mehrfach klargemacht, dass die Palästinenser Israel niemals als jüdischen Staat anerkennen würden. Zudem wird in den Schulbüchern der UNRWA die Existenz eines Staates Israel negiert. Die sogenannte «Zweistaatenlösung» wurde von der palästinensischen Seite nie anerkannt. Vielmehr scheiterten auch die weitestgehenden Zugeständnisse wie etwa im Jahr 2000 immer wieder an den Palästinensern. Insofern bedeutet Antizionismus immer die Vernichtung des Staates Israel und die Absicht, dass das heutige Staatsgebiet des jüdischen Staates zu Gunsten eines rein arabischen, muslimischen und wohl islamistischen Staates «Palästina» «judenrein» gemacht werden soll, womit auch ein zweiter Holocaust mindestens in Kauf genommen, wenn nicht gar beabsichtigt wird. Antizionismus bedeutet jedenfalls nie «Zweistaatenlösung», weder aus der Sicht der akademischen Antizionisten, welche die Zweistaatenlösung expressis verbis nicht wollen, noch der Palästinenser.

Beweis: <https://www.memri.org/reports/palestinian-leader-number-jewish-victims-holocaust-might-be-even-less-million-zionist> (Über die Dissertation von Mahmoud Abbas)

<https://www.juedische-allgemeine.de/israel/judenhass-und-holocaust-leugnung-pur-das-steht-in-der-promotion-von-mahmud-abbas/> (Über die Dissertation von Mahmoud Abbas)

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/abbas-schandet-erneut-andenken-an-die-schoa-opfer/> (jüngster Vorfall mit Holocaust-Relativierung durch Mahmoud Abbas)

<https://www.timesofisrael.com/abbas-palestinians-will-never-recognize-israel-as-jewish-state/>

<https://www.timesofisrael.com/monitoring-group-unrwa-textbooks-glorify-terror-deny-israels-existence/>

<https://www.mena-watch.com/wp-content/uploads/2016/01/Floskel-1-Schmerzhaft-Kompromisse-Camp-David.pdf>

19. Angesichts dieser Ausführungen und Tatsachen ist es sicherlich zutreffend, dass nicht alle Juden Zionisten sind. Antizionisten im Sinne davon, dass sie die Vernichtung des Staates Israel wünschen, sind die allerwenigsten. Die überwiegende Mehrheit der Juden auf der Welt aber auch in der Schweiz hat einen positiven Bezug zu Israel und will nicht, dass Israel von der Landkarte verschwindet, wie die Antizionisten dies hoffen. Eine kleine Zahl von antizionistischen Juden gibt es durchaus. Zu diesen gehört beispielsweise Judith Butler, der nicht nur Antizionismus, sondern auch Antisemitismus vorgeworfen wird. Von ihr wird weiter unten noch die Rede sein. Dann gibt es Jill Stein, die Präsidentin der amerikanischen Grünen, die der Ansicht ist, dass die Juden Polen hätten, obwohl die überwiegende Mehrheit der Juden in Israel nicht europäisch-stämmig und damit auch nicht weiss ist. Sowohl Judith Butler als auch Jill Stein sind mit der antisemitischen Organisation BDS verbandelt respektive sind deren Mitglieder, welche die Vernichtung Israels anstrebt.

Beweis: <https://www.jpost.com/diaspora/article-798844>

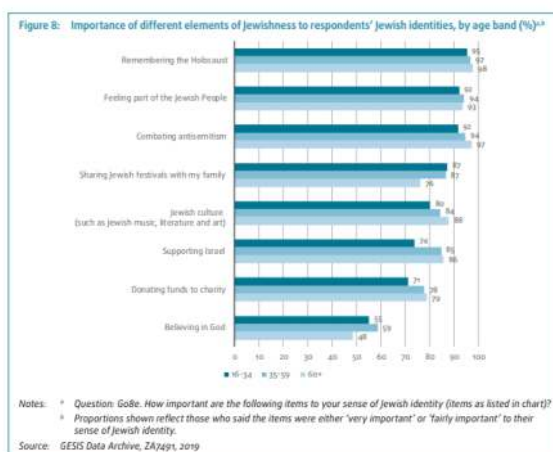
20. Der meistzitierte Schweizer Akademiker im Bereich des zeitgenössischen und islamischen Antisemitismus, Dr. Daniel Rickenbacher, hat auf Twitter Folgendes gepostet (mit zwei Grafiken):

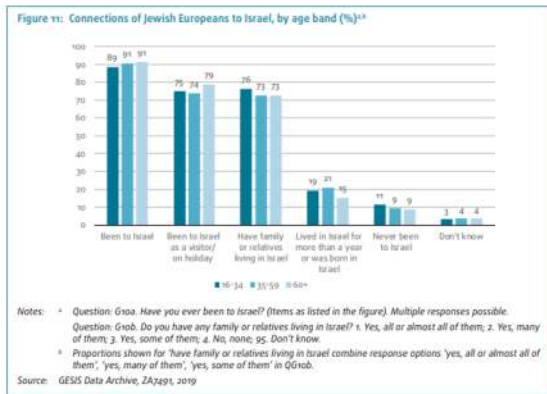
«Interessante Daten zur Verbundenheit der europäischen Juden mit Israel. 90 Prozent haben Israel schon besucht und mehr als 3/4 haben Familie in Israel. Über 80 Prozent betrachten Israel als Teil ihrer jüdischen Identität.

Die scharfe Trennlinie zwischen Land (aka Zionismus) und jüdischer Identität, die Gegner Israels gerne behaupten, ist unsinnig: Die jüdische Religion und Identität sind eng mit dem Land Israel verbunden.

Auch eine scharfe Trennlinie zwischen Israel- und Juden-Hass existiert daher nicht in der Realität. Es ist eine Fantasie gewisser akademischer und politischer Diskurse.

Quelle: Young Jewish Europeans: perceptions and experiences of antisemitism, 2019»





Beweis: <https://x.com/DanielRickenba6/status/1796514094322717124>

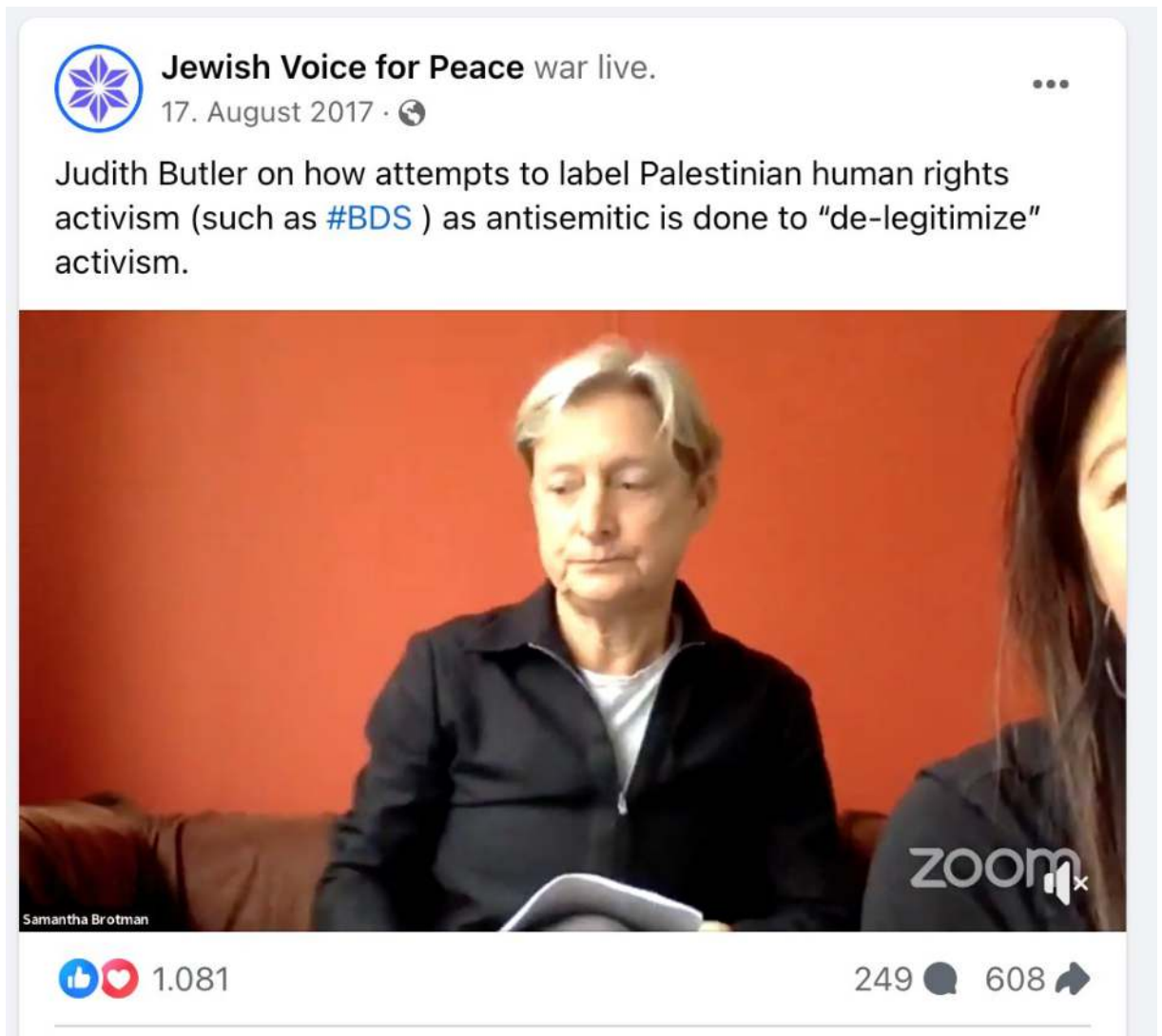
21. Antizionistisch und mit der antisemitischen BDS verbandelt sind Organisationen, deren Name mit «Jüdische Stimme für...» beginnt. In diesen Organisationen sind übrigens nicht ausschliesslich Juden aktiv. Es besteht sogar der begründete Verdacht, dass der Twitter Account «Jewish Voice for Peace» vom antiisraelischen Prof. Hatem Bazian, der nicht jüdisch ist, verwaltet wird.

Eine solche Organisation gibt es auch in der Schweiz. Gemäss Selbstbeschreibung handelt es sich bei der «Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel / Palästina» um Teil Netzwerkes European Jews for Just Peace (EJJP). Bei European Jews for Just Peace handelt es sich um eine Organisation, welche die antisemitische BDS-Bewegung unterstützt. Nachfolgend wird aus einem auf Englisch erschienenen Artikel zitiert:

«Am 25. Januar 2022 schickte Europeans Jews for a Just Peace (EJJP) einen Brief an den Wiener Bürgermeister, in dem die Stadtverwaltung aufgefordert wird, die Klage gegen ein Mitglied von BDS Austria, das sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt, fallen zu lassen.

«Wir fordern die Stadtverwaltung auf, von dieser unbegründeten Klage gegen BDS Austria Abstand zu nehmen, um deren Stimme zum Schweigen zu bringen. Als staatliche Institution bitten wir Sie, sich an die Seite derjenigen zu stellen, die das Gesetz respektieren, und von Ihrer Klage abzusehen, die einen ungerechtfertigten Angriff auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit darstellt.»»

Auch die Antisemitin und Hamas- und Hisbollah-Unterstützerin Judith Butler, die selbst bei der BDS aktiv ist, hat eine Nähe zu «Jewish Voice for Peace» (vgl. Screenshot). Die «Jewish Voice for Peace» beschreibt sich auf X wie folgt: «Jews organizing toward Palestinian liberation and Judaism beyond Zionism»



The image shows a screenshot of a Facebook post from the organization 'Jewish Voice for Peace'. The post is dated August 17, 2017, and is public. The text of the post reads: 'Judith Butler on how attempts to label Palestinian human rights activism (such as #BDS) as antisemitic is done to "de-legitimize" activism.' Below the text is a video player showing a Zoom meeting. In the video, a man with grey hair, wearing a dark jacket, is looking down at a document. A woman with long dark hair is partially visible on the right side of the frame. The Zoom logo is visible in the bottom right corner of the video. Below the video, the post shows 1,081 likes and 608 shares. The name 'Samantha Brotman' is visible in the bottom left corner of the video player.

Beweis:

<https://x.com/JCAndersonNYC/status/1797604278326153399>

<https://www.jvip.ch/de/Plattform>

<https://elsc.support/news/europeans-jews-for-a-just-peace-eijp-urge-the-mayor-of-vienna-to-desist-from-its-lawsuit>

<https://www.face->

[book.com/story.php?story_fbid=10156505121949992&id=186525784991&paipv=0&eav=Afb2bz2vOTuFlvUV1A6ElbiufZuZ1DLe-eRl5EfJ44aGp51ukJH9NPoqoxNDE_luZ51A&_rdr](https://www.facebook.com/story.php?story_fbid=10156505121949992&id=186525784991&paipv=0&eav=Afb2bz2vOTuFlvUV1A6ElbiufZuZ1DLe-eRl5EfJ44aGp51ukJH9NPoqoxNDE_luZ51A&_rdr)

22. Im deutschsprachigen Raum, darunter auch in der Schweiz, gibt es einige wenige jüdische Persönlichkeiten oder solche mit einem jüdischen familiären Hintergrund, die entweder explizit antizionistisch oder extrem israelkritisch sind. Sie sind alle bei der Mehrheit der Juden nicht unumstritten. Vor allem vertreten sie mitnichten die Mehrheitsmeinung bei den Juden in der Schweiz respektive im deutschsprachigen Raum, was man aus den oben gemachten Ausführungen ohne weiteres entnehmen kann. Um einige Namen zu nennen: Deborah Feldman, Autorin, Daniel Barenboim, Pianist und Dirigent; Emilia Roig, Politologin und Genderaktivistin; Laurent Goetschel, Direktor von Swisspeace; Dana Landau, Politikwissenschaftlerin bei Swisspeace; Dina

Pomeranz, Ökonomin; Daniel Cohn-Bendit, Politiker; Eva Manesse, Schriftstellerin; Nirit Sommerfeld, Schauspielerin; Adina Rom, Ökonomin und Omid Boehm, Philosoph.

Da die SRG-Medien, im Besonderen das SRF, eine woke und damit antizionistische Schlagseite haben, werden regelmässig «israelkritische», israelfeindliche oder gar antizionistische Persönlichkeiten zu Sendungen eingeladen, um damit den scheinbaren Eindruck zu erwecken, dass man auch «jüdischen Stimmen» die Gelegenheit gebe, sich zu äussern. Es ist ein bewusstes und systematisch erfolgreiches Framing seitens der SRG-Medien. Die unausgesprochene Botschaft dabei ist klar: *«Seht her, hier sind Juden, die wir eingeladen haben. Selbst sie mögen Israel nicht!»*

23. Wie bereits oben erwähnt, hat die überwiegende Mehrheit der Juden auf der Welt aber auch in der Schweiz einen positiven Bezug zu Israel. Selbst wenn nicht alle dieser Juden sich als Zionisten definieren würden, sind sie sicher nicht antizionistisch. Dass das Schweizer Fernsehen und ganz allgemein die SRG-Medien der kleinen Minderheit der «israelkritischen», israelfeindlichen und antizionistischen jüdischen Stimmen den Vorzug gibt, ist alles andere als ein Zufall. Man kann diese jüdischen Stimmen als «Kronzeugen» für das eigene woke und antizionistische Narrativ der SRG-Medien definieren.

Laurent Goetschel von Swisspeace beispielsweise sympathisiert mit den Besetzern von Universität Basel und ist diesen wohlgesonnen, wie «Basel Jetzt» berichtet. Seiner Organisation Swisspeace wurden erst neulich Fördergelder gestrichen. Die Basler Zeitung bezeichnete das Vorgehen als «Bekenntnis für die Sicherheit Israels». Dass Dana Landau von Swisspeace bei der Sendung Club vom 28. Mai 2024 mit dabei war, erfolgte nicht zufällig.

Am 21. November 2023 sollte die Israel-Hasserin und bekannte Antizionistin Deborah Feldman in der Sendung Club auftreten. Deborah Feldman ist eine Angehörige der antizionistischen Satmaer Chassidim Sekte und aufgrund ihrer israelfeindlichen Einstellung ein beliebter Gast in deutschsprachigen Talksendungen. Die Jüdische Allgemeine hat über ihren toxischen Hass gegen Israel geschrieben.

Feldman sagte ihren Auftritt in der Sendung Club ab. An ihrer Stelle kam die israelkritische Dina Pomeranz, die mit dem notorischen Israel-Hasser Jo Lang demonstrieren ging. Auch sie ist in der jüdischen Community in der Schweiz nicht unumstritten. Sie hat beispielsweise einen positiven Bezug zu den «Pro-Palästina» Demonstrationen.

«20 Minuten» berichtet:

«Die Demo in Zürich verlief friedlich, wie polizei.news unter Berufung auf die Stadtpolizei meldet. Entlang der Route sei es jedoch zu Verkehrsbehinderungen gekommen. Eine Person, die während der Besammlung Rauchpetarden abbrannte, werde nun wegen Widerhandlung gegen das Sprengstoffgesetz bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Laut dem jüdischen Wochenmagazin «Tachles» waren an der Kundgebung Plakate zu sehen, «auf denen Zionismus mit dem Nationalsozialismus» gleichgesetzt oder Hitler-Vergleiche angestellt wurden.

Der Flyer, der die Demo bewirbt, sorgte im Vorfeld für Aufregung: Illustriert ist er mit einer palästinensischen Flagge, die die Landesgrenze Israels umschliesst. Auf dem Flyer steht «Für ein freies Palästina» geschrieben. Der Staat Israel existiert auf dem Flyer also nicht.

Wenig begeistert von der bewilligten Demo ist Jacques Lande von der Israelitischen Cultusgemeinde. Gegenüber der NZZ sagte er, dass man mit der Bewilligung solcher Demonstrationen gewissen Leuten die Gelegenheit biete, ihren Antisemitismus auszuleben.

Wie die Tageszeitung weiter schrieb, ist der jüdische Zürcher Kommunikationsberater und frühere Journalist Sacha Wigdorovits empört darüber, dass Karin Rykart, Vorsteherin des städtischen Sicherheitsdepartements, die Demonstration trotz der Illustration auf dem Flyer bewilligt hat. «Wenn man die Landkarte auf dem Flyer anschaut, dann sieht man sofort, was mit «freies Palästina» im Aufruf gemeint ist: das ganze gelb eingezeichnete Gebiet zwischen Jordanien und dem Mittelmeer, also auch Israel», sagte er gegenüber der NZZ. «Das heisst, es wird mit dem Demo-Aufruf die Auslöschung Israels und eine palästinensische Einstaatenlösung gefordert.»

*Allerdings gibt es auch andere Stimmen: Die Wirtschaftswissenschaftlerin und jüdische Zürcherin **Dina Pomeranz** sagte gegenüber 20 Minuten: «Es stimmt nicht, dass die jüdische Community generell für ein Demonstrationsverbot sei. Ganz im Gegenteil: Viele von uns sind froh, dass das Recht, zu demonstrieren, aufrechterhalten wird. Antisemitische Plakate kann und soll man ahnden. Aber direkt über die Anti-Rassismus Strafnorm, und nicht durch Einschränkung der demokratischen Rechte von uns allen.»*

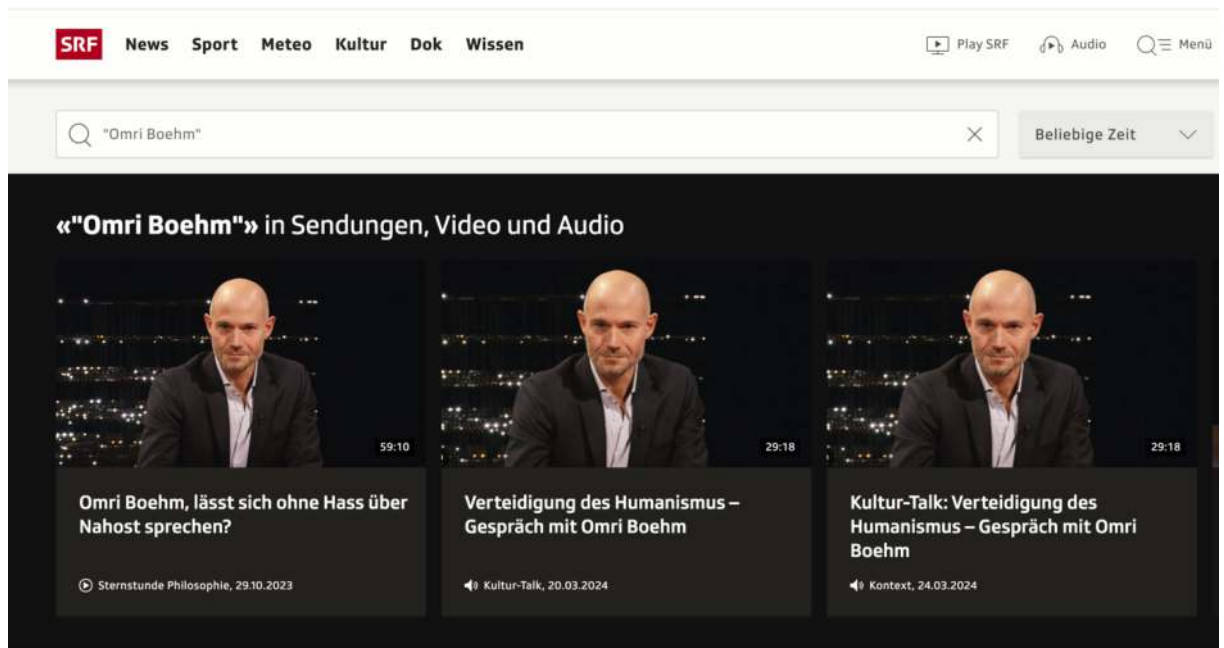
Dass ausgerechnet die israelkritische Jüdin Dina Pomeranz die israelfeindliche Antizionistin Deborah Feldman im Club ersetzt hat, ist damit alles andere als ein Zufall. SRF bevorzugt eindeutig die israelkritischen und antizionistischen Juden in ihren Sendungen und gibt dabei einer eher unbedeutenden kleinen Randgruppe eine Plattform, um das eigene antizionistische Framing und sowie das antiisraelische Narrativ aufrechtzuerhalten. Im oben zitierten Artikel kommen mehrere Schweizer Juden zu Wort. Das SRF interessiert sich nicht etwa für jene, die eine israelfreundliche Haltung haben und massive Kritik gegenüber diesen antisemitischen Demonstrationen äussern, sondern ausgerechnet «die andere Stimme», die den antiisraelischen SRG-Sendeverantwortlichen ins Konzept passt, obwohl es sich dabei um eine kleine und eher unbedeutende Minderheitsmeinung handelt. Selbstverständlich dürfen die SRG-Medien auch Minderheitsmeinungen Sendezeit einräumen. Wenn sie aber diese bevorzugen und die Mehrheitsmeinung unter den Schweizer Juden bewusst ausklammern, bedienen sie dabei ihr eigenes antiisraelisches Narrativ.



Das oben zu sehende Foto zeigt den Israel-Hasser Jo Lang bei einer antiisraelischen Demonstration im Jahr 2014. Neben Lang ist der Hamas-Sympathisant Anouar Gharbi zu sehen. Hinten wird das antisemitische Topos des blutsaugenden Juden aufgenommen. Jo Lang markiert in seinen Twitter-Posts regelmässig Dina Pomeranz, weil ihre Ansichten und Verlautbarungen sein antiisraelisches und zumindest latent antisemitisches Narrativ bestätigen.

Nirit Sommerfeld, die auch schon in der Sendung Club war, hatte beispielsweise einen Auftritt mit dem Filmemacher Samir, der in der letzten Zeit mit antisemitischen Verschwörungstheorien aufgefallen ist. In der NZZ vom 5. Dezember 2018 wird im Artikel von Simon Hehli Folgendes wiedergegeben: *«Doch laut dem jüdischen GLP-Gemeinderat Ronny Siev, der an jenem Abend im Kosmos war, hätten sich Samir und Sommerfeld gegenseitig in ihrer kritischen Haltung gegenüber Israel bestätigt, während Herz nicht richtig dagegenhalten habe. Samir habe Zuschauer abgekanzelt, die sich kritisch zur Übungsanlage geäussert hätten, sagt Siev. Einigen Leuten aus dem Publikum sei sogar das Mikrophon entzogen worden. «Samir verfolgt offensichtlich eine politische Agenda und lädt nur Leute ein, die seine einseitige Position gegenüber Israel teilen – das kann kein Zufall sein.»*

Gern gesehener Talk-Gast bei den SRG-Medien ist auch der israelkritische Philosoph Omri Boehm. Unten ein Screenshot mit seinen Auftritten nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023.



Als Omri Boehm am 7. Mai 2024 in Wien sprechen wollte, gab es grossen Protest seitens der jüdischen Institutionen, wie die FAZ berichtet. Über Kritik gegenüber Omri Boehm, der von den SRG-Medien immer wieder als jüdischer «Kronzeuge» eingesetzt wird, gibt es einen längeren Aufsatz von Stefan Frank, der auf der Seite «menawatch» erschienen ist, auf welchen verwiesen wird.

Über Omri Boehm vermeldet die Seite nachtkritik.de Folgendes: «Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (JKG) behaupteten, der israelische Philosoph Boehm sei Antisemit und relativiere den Holocaust. Ihn ausgerechnet am Judenplatz, vor dem Mahnmal für die Opfer der Shoah, sprechen zu lassen, sei ein Affront. Als die Festwochen sich weigerten, den Ort zu wechseln, sprang der Hauptsponsor, die Erste Österreichische Sparkasse, ab. Das Jüdische Museum wollte auch nicht mehr mitorganisieren und hisste auf seiner Fassade ein Banner mit der Aufschrift: "Dämonisierung Israels ist Antisemitismus". Der frühere IKG Präsident Ariel Muzicant verkündete sogar über die Zeitung Kurier, dass er, wäre er dreißig Jahre jünger, bei der Rede mit faulen Eiern schmeißen würde.»

Beweis: <https://www.bazonline.ch/baselland-streicht-swisspeace-gelder-gegen-politischen-aktivismus-und-ein-bekennnis-fuer-die-sicherheit-israels-656140067417>

<https://www.baseljetzt.ch/kommunikation-mit-der-uni-basel-und-die-zukunft-der-protestbewegung/224657>

<https://www.20min.ch/story/zuerich-pro-palaestina-demo-in-zuerich-setzt-sich-in-bewegung-968294995010>

<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/toxisch/>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/srf-club-eine-diskussion-unter-traenen-ld.1766899>

<https://www.srf.ch/play/tv/club/video/wolkenbruch-und-die-schickse-ist-lachen-ueber-juden-harmlos?urn=urn:srf:video:ad96690f-51a5-4d8c-a76d-d7d4fc614be6>

<https://www.20min.ch/story/preisgekroener-regisseur-absurde-verschwörungstheorien-filmemacher-samir-in-der-kritik-103081559>

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/omri-boehm-proteste-von-juedischer-seite-gegen-rede-des-philosophen-19701315.html>

<https://www.mena-watch.com/die-methode-omri-boehm-juden-als-taeter-teil-1/>

<https://nachtkritik.de/nachtkritiken/oesterreich/wien-niederoesterreich/wien/wiener-festwochen/wiener-festwochen-proteste-gegen-omri-boehms-rede-an-europa>

24. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die SRG-Medien sehr bewusst «israelkritische», israelfeindliche oder antizionistische jüdische «Kronzeugen» einsetzen, um beim Publikum den Eindruck zu erwecken, dass die von den SRG-Medien selbst kolportierte Israelfeindlichkeit auch bei den Juden Common Sense sei, was nicht zutrifft. Es ist allerdings nicht nur so, dass solchen Minderheitsstimmen der Vorzug in den SRG-Medien gegeben wird. Juden, die einen positiven Bezug zu Israel haben und dabei zur überwiegenden Mehrheit gehören, wird höchst selten die Gelegenheit gegeben, sich zu artikulieren oder meist gar nicht. Dieses israelkritische, antizionistische respektive israelfeindliche Framing ist bei den SRG-Medien seit Jahren eine Konstante und erfolgt systematisch.

c. **Über den akademischen Antisemitismus sowie Antizionismus und deren Nichtberücksichtigung in den Sendungen der SRG, im Besonderen auf SRF und srf.ch**

25. Über den Antisemitismus und Antizionismus im akademischen Milieu, die unmittelbar mit den studentischen Protesten in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und anderswo im Westen zu tun haben, existiert wissenschaftlich fundierte Literatur, Bücher und Aufsätze, die von ausgesprochenen Fachleuten verfasst wurden, auf die nachfolgend eingegangen wird. Es handelt sich um Akademiker, die Geschichte, Soziologie und teilweise auch jene Fächer studiert haben, die mit «Studies» enden und diese Fächer aufgrund des darin enthaltenen politischen Aktivismus und im Besonderen aufgrund der dort vorzufindenden Antisemitismus und Antizionismus sehr gut kennen und kritisieren.
26. Für die vorliegende Popularbeschwerde sind diese Personen und ihre Werke deshalb von Relevanz, weil weder sie noch die von ihnen geübte Kritik im Schweizer Fernsehen oder in anderen Sendeinhalten der SRG auffindbar sind. Mit anderen Worten geht es um Personen und um Kritik, die man bei der SRG sehr bewusst nicht hören will, was sehr wesentlich mit der eigenen politischen Auffassung der Sendeverantwortlichen bei der SRG zu tun hat. Man cancelt diese Personen und ihre Werke sehr bewusst, um das eigene woke und antizionistische Narrativ nicht zu stören respektive zu zerstören. Der Unterzeichnete macht geltend, dass dies systematisch erfolgt.

27. Ein allfälliger Einwand, wonach kein «Recht auf Antenne» bestünde, wäre völlig unbehelflich, zumal das Schweizer Fernsehen und andere Medien der SRG dieser akademischen Kritik gegenüber dem akademischen Antisemitismus, die Substanz hat, sehr bewusst keinen Platz einräumt und auch andere Personen nicht einlädt, die solche Positionen vertreten. Es geht also nicht darum, dass einer konkreten Person, die weiter unten genannt wird, keine Sendezeit eingeräumt wird, sondern ganz allgemein einer massgeblichen Kritik aus dem akademischen Umfeld gegenüber Vorgängen in der akademischen Welt. Wenn man als Medienkonsument ausschliesslich die Medien der SRG konsultiert, weiss man damit weder etwas über das massive Antisemitismus-Problem von Fachrichtungen, die mit «Studies» enden, noch etwas darüber, dass dieses Problem aus akademischen Kreisen selbst kritisiert und adressiert wird. Mit anderen Worten sind sowohl das Problem als auch die substantielle und wissenschaftlich fundierte Kritik darüber komplette Blindflecke bei der SRG und bei allen Medien derselben. Diese bewusst erfolgende Desinformation erlaubt es der SRG und deren Medien über die wahren Ursachen der studentischen Proteste Lügen zu vermitteln, namentlich, dass es sich dabei bloss um «pro-palästinensische» Proteste handle und die Studenten in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und anderswo im Westen bloss «gegen den Krieg in Gaza» demonstrieren würden und damit «Antikriegsproteste» seien. Ferner wird, wie weiter unten zu sehen wird, immer wieder wahrheitswidrig angeführt, dass die Kritik gegenüber Wokeness ausschliesslich von einer konservativen, rechtskonservativen oder rechtspopulistischen Ecke kommt.
28. Ausserdem wird über bestimmte Vorfälle oder Ereignisse und fragwürdige Aussagen sowie Verhalten von bestimmten Personen, die das woke Narrativ stören könnten, in den Sendungen des SRG sehr bewusst nicht vermittelt. Um nur drei Beispiele zu nennen, auf die weiter unten näher eingegangen wird: Claudine Gay, Judith Butler und Greta Thunberg.
29. Der Beschwerdeführer wird nachfolgend einige Bücher, Fachaufsätze und journalistische Artikel nennen und diese teilweise auch zitieren, die sich mit dem Antisemitismus sowie Antizionismus im akademischen Milieu befassen. Die SRG, ganz besonders das SRF, macht einen weiten Bogen um dieses Thema und es findet nirgends – etwa im Club, in der Sendung «Sternstunde der Philosophie» oder sonstwo – eine vertiefte Auseinandersetzung damit statt.

Damit werden die Medienkonsumenten der SRG, im Besonderen des SRF, durch diese bewusst lückenhaft erfolgende Berichterstattung und mit Leerstellen behafteten redaktionellen Sendungen daran gehindert, eine eigene Meinung zu bilden. Man verwehrt ihnen auch differenziertere Meinungen zum Thema, namentlich darüber, was an den westlichen Universitäten und vor allem auch in den schweizerischen Universitäten abgeht, im Besonderen bei den aktivistischen «Wissenschaften», die mit «Studies» enden. Es existiert ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen diesen Studienrichtungen respektive fachlichen Ansätzen und den Universitätsprotesten. Wenn eine fundierte Kritik gegenüber diesen Disziplinen und Fakultäten, die durchaus existiert, in den SRG-Medien komplett unauffindbar ist, kann sich das Fernsehpublikum unmöglich eine eigene Meinung bilden, womit einerseits das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt wird und andererseits auch das Vielfaltsgebot. Wenn man zudem die in diesen Fachrichtungen vorzufindende Militanz und Hetze gegen Juden und Israel

komplett verschweigt und diese verharmlost, wird zudem zu Rassenhass beigetragen und Gewalt verharmlost.

30. Der unterzeichnete Rechtsanwalt beschäftigt sich seit 2018 mit den in dieser Beschwerdeschrift angesprochenen Themen, namentlich seit er in einem Buch mitgewirkt hatte, welches den Titel «Freiheit ist keine Metapher» trägt und vom schwul-lesbischen Berliner Verlag Querverlag herausgegeben wurde. Ebenfalls mitgewirkt hat er im Buch «Siebter Oktober Dreiundzwanzig», welches anfangs April 2024 vom gleichen Verlag herausgegeben wurde. In beiden Büchern, in denen Aufsätze, die durch den Historiker Dr. Saša Vojin Vukadinović kompiliert wurden und in welchen die zu Wort kommenden politisch vornehmlich links stehenden Autorinnen und Autoren überwiegend einen Migrationshintergrund haben, geht es sehr wesentlich um Identitätspolitik – die heute auch unter dem Ausdruck «Wokeness» bekannt ist – und den damit in Verbindung stehenden akademischen Antisemitismus, akademischen Antizionismus sowie um den Antisemitismus sowie Antizionismus in der Kunst- und Kulturszene. Ein wesentlicher Teil der Autorenschaft in beiden Büchern ist schwul oder lesbisch. Eigentlich sollte der migrantische Herkunft, die überwiegend linke politische Einstellung sowie die sexuelle Orientierung der Autorinnen und Autoren keine Rolle spielen, um die Qualität der beiden Bücher auszumachen. Die Angabe ist dennoch sehr wesentlich, weil sich die beiden Bücher sehr stark gegen die Identitätspolitik richten, die für sich in Anspruch nimmt, Menschen, die dieses Buch geschrieben haben, zu vertreten. Sie tun es nicht. Vor allem wird damit das woke Narrativ des SRF und der SRG-Medien widerlegt, dass die Kritik gegenüber Wokeness ausschliesslich von einer konservativen respektive rechtspopulistischen Ecke kommt.
31. Den Mitgliedern der UBI wird nahegelegt, beide Bücher zu lesen, aus denen nachfolgend auch zitiert wird. Die beiden Bücher eignen sich sehr gut dafür, um die ideologischen Grundlagen der antisemitisch geprägten studentischen Proteste zu erkennen, die vom Schweizer Fernsehen lapidar als «pro-palästinensisch» bezeichnet und unterkomplex als «Antikriegsproteste» qualifiziert werden, wie später zu sehen ist. Nachfolgend sind einige der wesentlichsten Aufsätze, die im Zusammenhang mit dem Antisemitismus bei den studentischen Protesten stehen, aus «Freiheit ist keine Metapher» (2018) aufgeführt:
- Rassismus bekämpfen, Antisemitismus leben: Wenn antirassistisches Engagement zu Antisemitismus führt. Zur Differenz von Antisemitismus und Rassismus, von Polina Kiourtidis (S. 92 ff.)
 - Boykott, Sanktionen, Frauenrechte – Antizionistischer Feminismus, von Lisa Bertel & Oliver Vranković (S. 101 ff.)
 - ... das Unrecht des Staates Israel» - Eine Analyse selbstlegitimierender Abwehrargumente im akademischen Kontext, von Rocio Rocha Dietz (S. 118 ff.)
 - Der «pinke» Israelhass – Erfahrungen mit der queerfeministischen Gruppe «Berlin Against Pinkwashing» und was sich daraus lernen lässt, von Sercan Aydilek (S. 144 ff.)
 - Die Butlerianer – Notiz zu einer performativen Glaubensgemeinschaft, von Saša Vojin Vukadinović (S. 159 ff.)
 - Rückruf – Judith Butlers Antihumanismus des Anderen, von Panagiotis Kolaxdis (S. 162 ff.)

- Die «Identifikation mit dem Leiden» - Zur Apologie der Gewalt in Judith Butlers Agitation nach dem 11. September 2001, von Marco Ebert (S. 170 ff.)
- Judith Butlers antizionistische Radikalisierung und deren post-nationalistische Rezeption, von Liljana Radonić (S. 214 ff.)
- Regressive Lifestyles bewerben – Queerfeminismus – das aktivistische Verfallsprodukt des Gender-Paradigmas, von Naida Pintul (S. 235 ff.)

Da dieses Buch gegenwärtig vergriffen ist und die zweite Auflage in Vorbereitung, werden die oben genannten Aufsätze in Kopie ins Recht gelegt.

Beweis: <https://www.querverlag.de/freiheit-ist-keine-metapher/> (Inhaltsverzeichnis sowie Vorbemerkung des Herausgebers abrufbar unter «Probekapitel»

Aufsätze aus «Freiheit ist keine Metapher» (pdf-Dossier)

Anhang 5

32. Der unterzeichnete Rechtsanwalt führte nur wenige Tage nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 mit dem Herausgeber von «Freiheit ist keine Metapher», Dr. Saša Vojin Vukadinović, ein Telefongespräch, bei welchem dieser ihm im Zusammenhang mit den Reaktionen an den Universitäten auf das Pogrom Folgendes mitteilte: «*Wir haben alles bereits im Jahr 2018 vorausgesagt!*». Insofern war die antisemitische sowie prodschihadistische Reaktion von gewissen akademischen Kreisen auf den grössten Massenmord gegenüber Juden seit dem Zweiten Weltkrieg, die unmittelbar nach dem Pogrom losging, weder für ihn noch für den Unterzeichneten eine Überraschung, was man den weiter unten aufgeführten Ausführungen von Vukadinović entnehmen kann. Das Thema ist insofern nicht neu. Bei diesen akademischen Kreisen handelt es sich namentlich aber nicht ausschliesslich um Fachbereiche, die mit «Studies» enden, im Besonderen Gender Studies, Critical Studies sowie Postcolonial Studies. Diese Fächer fühlen sich einem «kritischen» Ansatz verbunden. Mit «kritisch» meinen sie aber nicht hinterfragend. Ganz im Gegenteil. Sie wollen zeigen, dass die Welt von verborgenen Machstrukturen beherrscht wird. Es sind aber auch andere Fachbereiche von diesen nicht ganz neuen aber für viele neu in Erscheinung getretenen Ideologien betroffen, beispielsweise die Islamwissenschaften, ja sogar die Architektur, beispielsweise an der ETH.

NZZ-Journalist Lucien Scherrer hat mehrere Artikel über den im ETH-Architektur-Departement vorzufindenden Antizionismus und Israelhass veröffentlicht und dabei auch die offenen Sympathien gegenüber der Hamas thematisiert. Es ist klar, dass die SRG-Medien über diesen aufgedeckten Skandal niemals berichten würden, weil dies ihr eigenes israelfeindliches Narrativ stören würde. Die Veröffentlichungen über die Vorgänge erfolgten im März und April 2024, also lange bevor die Universitätsproteste in den Vereinigten Staaten eskalierten und bevor es in der Schweiz zu Unibesetzungen kam.

Beweis: <https://www.nzz.ch/feuilleton/eth-israel-hamas-terror-leopold-lambert-funambulist-ld.1823994>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/hamas-israel-eth-architekten-propaganda-aktivismus-ld.1822584>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/eth-pro-palaestinensischer-aktivismus-gegen-israel-guenther-dissertori-matthias-kohler-philip-ursprung-nehmen-stellung-ld.1826086>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/hamas-israel-eth-architekten-propaganda-aktivismus-ld.1822584>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/eth-cancelt-vortrag-von-leopold-lambert-funambulist-antisemitismus-israel-palaestina-hamas-ld.1825377>

33. Wikipedia macht über Dr. Vukadinović folgende Angaben: *«Vukadinović studierte Geschichte, Germanistik und Geschlechterforschung an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Universität Basel. 2008 bis 2010 war er Stipendiat am Graduiertenkolleg Geschlecht als Wissenskategorie der Humboldt-Universität zu Berlin, von 2011 bis 2015 wissenschaftlicher Assistent am Zentrum Gender Studies der Universität Basel. Von 2015 bis Ende 2017 war er Koordinator des Graduiertenkollegs des Zentrums Geschichte des Wissens der Universität Zürich und ETH Zürich sowie Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Zürich. Aus seiner an der Freien Universität Berlin entstandenen Dissertationsschrift zu linker politischer Gewalt in der alten Bundesrepublik gingen zwei Monographien hervor. (...) Für den Berliner Querverlag hat Vukadinović die Sammelbände Freiheit ist keine Metapher (2018) und Zugzwänge (2020) herausgegeben. Insbesondere der erste Band stieß auf viel Resonanz. Anja Thiele lobt, dass Vukadinović doppelt marginalisierten Stimmen eine Öffentlichkeit gebe. Er entgegne dem Kulturrelativismus einiger Linker, dass die Idee der Aufklärung nicht von der Kultur- oder Religionsangehörigkeit abhängt, sondern universal sei. (...) In dem Anfang 2017 erschienenen Sammelband Beißreflexe kritisierte Vukadinović aktuelle Trends innerhalb der Queer-Theorie und der Gender Studies. Im Mittelpunkt seiner Kritik stehen Ansätze, die er als kulturrelativistisch bezeichnet. Gerade die Gender Studies müssten sich seiner Ansicht nach mit Frauenunterdrückung und Homosexuellenhass auch in anderen Kulturkreisen beschäftigen – und mit spezifisch deutschen Formen des Rassismus. Als beispielhafte Vertreterinnen der kritisierten Ansätze führt er Sabine Hark, Judith Butler und Daniela Hrzán an. In der Zeitschrift Emma schrieb er im Anschluss an Beißreflexe, die Gender Studies seien der akademische „Sargnagel der Frauenemanzipation“. Es herrsche ein Judith-Butler-Monolog, was u. a. eklatante Forschungslücken zur Folge habe. Die gesellschaftspolitische und weitere akademische Wirkung der Gender Studies sei gering. (...) Die ZUKUNFT, die Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, druckte Vukadinovićs EMMA-Beitrag in ihrer Feminismus-Ausgabe 2023 neu ab. Die Redaktion nannte den „viel diskutierten Beitrag“ einen „pointierten Artikel“, der helfe, „den derzeitigen Stand der Diskussion auf den Punkt zu bringen.»*

Beweis: https://de.wikipedia.org/wiki/Vojin_Sa%C5%A1a_Vukadinovi%C4%87

34. Im Nachfolgenden werden die relevantesten Aufsätze im Buch «Siebter Oktober Dreiundzwanzig» aufgeführt, welches anfangs April 2024 herauskam, die sehr unmittelbar mit dem akademischen Antisemitismus und der antisemitischen Identitätspolitik (auch bekannt unter dem Begriff «Wokeness») etwas zu tun haben.

- «Queers for Palestine» und der Tod der Ironie, von Armin Nawabi (S. 52 ff.)

- «Dekolonisierung» ist nach dem 7. Oktober keine Metapher mehr, von Camilla Bassi (S. 60 ff.)
- Antizionismus, der identitätspolitische Fleischwolf der Gegenwart, von Kathy Zarnegin (S. 70 ff.)
- Postmoderner Antisemitismus. Über einige neue Dimensionen alter Vorurteile in identitätspolitischen Zeiten, von Ahmad A. Omeirate (S. 142 ff.)
- Es ist wirklich nicht kompliziert. Anmerkungen zu politischer Komplexität und identitätspolitischer Vereinfachung, von Miro Wendel (S. 151 ff.)
- Wie die antiwestliche Linke zur Pointe wurde, ohne den Witz zu verstehen, von Zarko Janković (S. 158 ff.)
- Jean Ziegler. Ein dekolonialer Ideologe avant la lettre, von Emrah Erken (S. 166 ff.)
- Identität und Ideologie. Überlegungen zur ideologischen Verfasstheit queer-aktivistischer Identitätspolitik, von Faika El-Nagashi (S. 188 ff.)
- 7. Oktober 2023 – Der Zivilisationsbruch. Reaktionäre Geschlechterpolitik nach dem Pogrom, von Alessandro Barberi (S. 199 ff.)
- Im mentalen Barbieland. Die fortlaufende gendertheoretische und queerfeministische Verrat an jüdischen Frauen, von Veronica Szimpila (S. 242 ff.)
- Die Vordenkerin des queeren Antizionismus. Von Judith Butlers Prägung der Queer Theory zur Dekonstruktion des jüdischen Staates, von Chantalle El Helou (S. 262 ff.)
- Die roten Hände. Antisemitismus mit menschlichem Antlitz, von Niels Betori Diehl (S. 301 ff.)
- Die deutschen Linksprogressiven und der Rest der Welt, von Arash Guitoo (S. 374 ff.)
- Triumph des linken Willens. Über die Unmöglichkeit eines israelsolidarischen Antirassismus, von Ioannis Dimopoulos & Vojin Saša Vukadinović (S. 401 ff.)

Beweis: <https://www.querverlag.de/siebter-oktober-dreiundzwanzig/> (Inhaltsverzeichnis sowie Vorbemerkung des Herausgebers abrufbar unter «Probekapitel»)

35. Obwohl Dr. Vojin Saša Vukadinović seit 2011 in der Schweiz lebt, obwohl er zwischen 2011 und 2015 an der Universität Basel und zwischen 2015 und 2017 an der Universität Zürich und der ETH forschte, obwohl er sich zwischen 2020 und 2023 für die Zeitschrift Schweizer Monat als Redaktor tätig war, hat sich das Schweizer Fernsehen und die übrigen Medienkanäle von SRG nie für ihn interessiert. Das hat damit zu tun, dass er nicht auf der Linie mit dem woken Narrativ des Schweizer Fernsehers war und ist. Dr. Vojin Saša Vukadinović beschäftigt sich seit Jahren mit identitätspolitischen Themen und vor allem mit dem Antisemitismus im akademischen und künstlerischen Milieu.
36. Auch die übrigen Autorinnen und Autoren der beiden Sammelbände «Freiheit ist keine Metapher» und «Siebter Oktober Dreiundzwanzig» sind für das Schweizer Fernsehen und für die übrigen Medienkanäle des SRG uninteressant, obwohl es sich dabei vornehmlich um politisch links stehende Personen handelt. Die meisten von ihnen haben einen Migrationshintergrund, sind schwul oder lesbisch, haben die beiden Bücher bei einem schwul-lesbischen Verlag publiziert und verfügen über eine eigene Rassismuserfahrung. Auch sie beschäftigen sich mit der Thematik des

Antisemitismus im akademischen und künstlerischen Milieu. Daher passen auch sie nicht zum woken Narrativ des Schweizer Fernsehens. Da die meisten von ihnen politisch links stehen, sind sie ausserdem besonders schädlich für das woke Narrativ, weil die Kritik gegenüber Wokeness von Woken als «konservativ», «rechtspopulistisch» oder gar «rechtsextrem» eingestuft wird. Auch die SRG-Journalisten bezeichnen Kritiker der von ihnen hochgehaltenen woken Ideologien mindestens als «konservativ», was klar faktenwidrig ist.

37. Ein weiterer Wissenschaftler, der sich mit dem Antisemitismus in der woken Szene beschäftigt, ist Dr. Ingo Elbe. Bei ihm handelt es sich um einen der führenden Marxismus-Forscher im deutschsprachigen Raum. Gegenwärtig befasst er sich vor allem mit dem Antisemitismus im akademischen Milieu. Er ist weder konservativ noch ein Rechtspopulist. Sein neuestes Buch (2024) trägt den Titel «Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der »progressive« Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung». Bereits im Jahr 2022 hatte er sich mit seiner Publikation «Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik» mit der Thematik beschäftigt. Von ihm gibt es auch einen Vortrag von rund 1 ½ Stunden, der auf YouTube abrufbar ist, der unten verlinkt ist und relativ kurzer Zeit einen guten Überblick darüber schafft, was an den westlichen Universitäten bereits schon seit einigen Jahren los ist. Dieser Vortrag trägt den Titel «Postmoderner Antisemitismus – Judenfeindschaft als „Wokeness“». Auch ein Dr. Ingo Elbe hätte nicht den Hauch einer Chance, einen Auftritt beim Schweizer Fernsehen oder sonstwo bei der SRG zu haben, weil auch seine Expertise das woke und antiisraelische Narrativ des Schweizer Fernsehens und der SRG-Medien stören würde.

Beweis: https://de.wikipedia.org/wiki/Ingo_Elbe

<https://www.orellfuessli.ch/shop/home/artikeldetails/A1070411890>
(Buch 2024)

<https://www.amazon.de/Probleme-Antirassismus-Postkoloniale-Whiteness-Intersektionalit%C3%A4tsforschung/dp/389320296X> (Buch 2022)

<https://www.youtube.com/watch?v=olTslN9GqBg> (Vortrag vom 14.6.22)

38. Erwähnenswert ist auch Prof. Stephan Grigat, der nie den Hauch einer Chance hätte, um vom Schweizer Fernsehen oder vom SRG berücksichtigt zu werden, etwa in der Sendung «Sternstunden der Philosophie» aber auch anderswo, weil er nicht dem woken und antiisraelischen Narrativ des SRG entspricht. Er ist seit 2022 Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen und leitet das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen. 2007 war er Mitbegründer der Kampagne Stop the Bomb, für die er bis 2021 als wissenschaftlicher Direktor in Österreich tätig war. Seit 2017 ist er Research Fellow am Herzl Institute for the Study of Zionism der University of Haifa und seit 2022 am London Centre for the Study of Contemporary Antisemitism. Bezüglich Person, Wirken und Werk wird auf den Wikipedia-Artikel verwiesen. Von ihm gibt es beispielsweise ein Werk mit dem Titel «Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart - Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung». Aus der Buchbeschreibung ist Folgendes zu entnehmen:

«Der Band widmet sich der ideologiekritischen Rekonstruktion des antisemitischen Bewusstseins und der historischen Darstellung der Modifikationen antisemitischer Äusserungsformen, um davon ausgehend Bedingungen und Möglichkeiten für eine gegenwartsbezogene Kritik des Antisemitismus auszuloten. Ausgehend vom kategorischen Imperativ Adornos verbindet der Band theoretische Analysen mit praxisbezogenen Überlegungen zur Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen aktuellen Erscheinungsformen. Ein besonderer Fokus wird auf den israelbezogenen und islamistischen Antisemitismus gerichtet. Prof. Dr. Stephan Grigat leitet das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen, in dessen Kontext die Beiträge entstanden sind.

Mit Beiträgen von Markus Baum | Daniel Burghardt | Ingo Elbe | Alex Feuerherdt | Thorsten Fuchshuber | Marlene Gallner | Stephan Grigat | Matthias Küntzel | Florian Markl | Ulrike Marz | Elke Rajal | Samuel Salzborn | Gerhard Scheit | Martin Spetsmann-Kunkel»

Beweis: [https://de.wikipedia.org/wiki/Stephan_Grigat_\(Politikwissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Stephan_Grigat_(Politikwissenschaftler))

<https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/kritik-des-antisemitismus-in-der-gegenwart-id-114236/>

39. Auch der Schweizer Dr. Daniel Rickenbacher mit Wohnsitz in der Schweiz, der an der ETH Zürich, an der Ben Gurion Universität und an der Universität Basel lehrte und forschte, ist auf SRF nicht präsent, obwohl er namhafte Publikationen zum Nahostkonflikt und zum Antisemitismus vorzuweisen hat und zu den meistzitierten Schweizer Wissenschaftlern auf diesem Gebiet gehört. Hier einige relevante Publikationen:

Rickenbacher, Daniel. „Grundlagen und Formen der Annäherung zwischen dem Islamismus und der radikalen ‚globalen Linken‘ nach 9/11“. In *Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft*, herausgegeben von Nikolaus Hagen und Tobias Neuburger, 87–107. Innsbruck University Press, 2020.

„Terrorismus, Propaganda und Diplomatie: Die Kampagne eines arabisch-palästinensischen Gewaltnetzwerks in der Schweiz (1969/70)“. In *Über Grenzen hinweg - Transnationale politische Gewalt im 20. Jahrhundert*, herausgegeben von Adrian Hänni, Daniel Rickenbacher, und Thomas Schmutz, 231–58. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2020.

„The Arab League’s Propaganda Campaign in the US Against the Establishment of a Jewish State (1944–1947)“. *Israel Studies* 25, Nr. 1 (2020): 1–25.

<https://doi.org/10.2979/israelstudies.25.1.01>.

„The Beginnings of Political Islam in Switzerland: Said Ramadan’s Muslim Brotherhood Mosque in Geneva and the Swiss Authorities“. *The Journal of the Middle East and Africa* 12 (2020): 1–24. <https://doi.org/10.1080/21520844.2020.1762152>.

„The Centrality of Anti-Semitism in the Islamic State’s Ideology and Its Connection to Anti-Shiism“. *Religions* 10, Nr. 8 (August 2019): 1–10.

<https://doi.org/10.3390/rel10080483>.

„The History of the Swiss Anti-Zionist Movement and Its Connection to pro-Arab Networks: From the 1950s till the Early 1970s“. Unpublished Master Thesis, University of Zurich, 2013.

„The Propaganda Campaign for the PFLP in Switzerland 1969-1970“. In *Terrorism in the Cold War: State Support in the West, Middle East and Latin America*, herausgegeben von Adrian Hänni, Thomas Riegler, und Przemyslaw Gasztold, 2:207–22. London: I.B. Tauris, 2020.

40. Der Unterzeichnete hat bis jetzt einige recht bekannte und einige weniger bekannte Persönlichkeiten genannt, die sich mit der Thematik «akademischer Antisemitismus» beschäftigen, insbesondere in der postkolonialen, queerfeministischen, antirassistischen und intersektionalistischen akademischen Szene. Das Schweizer Fernsehen muss keiner dieser Persönlichkeiten Sendezeit einräumen, weil ein Recht auf Antenne nicht existiert. Es gibt allerdings auch andere Personen, die oben nicht genannt wurden, die sich ebenfalls kritisch und wissenschaftlich fundiert mit den woken Ideologien beschäftigen, die strukturell antizionistisch und antisemitisch sind. Auch diesen würde das Schweizer Fernsehen niemals Gelegenheit geben sich zu äussern oder gar deren Themen behandeln. Der akademische Antisemitismus und der Antisemitismus im künstlerischen Milieu ist beim Schweizer Fernsehen ein einziger blinder Fleck. Das hat nicht ausschliesslich mit journalistischem Unvermögen zu tun. Vielmehr erfolgt das sehr bewusst, um das eigene woke Narrativ nicht zu stören. Den Fernsehzuschauern und den Konsumenten der Medienkanäle der SRG soll verunmöglicht werden, dass sie überhaupt auf das Thema aufmerksam werden und sich kritisch damit auseinandersetzen. Damit wird den Medienkonsumenten nicht nur verunmöglicht, sich eine eigene Meinung zu bilden. Vielmehr wird die Meinungsbildung durch Unterlassungen der SRG sehr bewusst und systematisch manipuliert.

d. **Beispiel einer substantiellen akademischen Kritik gegenüber dem akademischen Antisemitismus**

41. Damit klar wird, wie eine substantielle akademische Kritik gegenüber dem akademischen Antisemitismus aussieht, die von der SRG, im Besonderen im SRF, ein einziger Blindfleck ist, wird nachfolgend beispielhaft Dr. Saša Vojin Vukadinović umfangreich zitiert. Vergleichbares haben SRG-Konsumenten bei der SRG nirgends gehört, gesehen oder gelesen, weil solche Inhalte und Meinungen sehr bewusst verschwiegen werden, um das eigene woke und antiisraelische Narrativ nicht zu stören. Hervorzuheben ist, dass solche Kritik weder rechtspopulistisch noch konservativ ist.
42. «Was ein antisemitischer Pogrom ist», schreibt Dr. Saša Vojin Vukadinović in der Einleitung des Buches «Siebter Oktober Dreiundzwanzig» (S. 11 ff.), «davon hatten bis zum 7. Oktober 2023 nur wenige Menschen eine visuelle Vorstellung. „Pogrom“, das dürfte für viele nach Mittelalter, nach 19. Jahrhundert oder nach 1938 geklungen haben – ein Begriff für eine kollektive Gewaltform, an die man angesichts der mörderischen Geschichte der Judenfeindschaft mahnend erinnert, deren brutale Dimension sich mangels bewegter Bilddokumente jedoch fast nur über Schriftliches oder über Fotografien erschloss, was wiederum dazu beitrug, dass „Israelkritiker“ jahrzehntelang die real existierende Gefahr für die Gegenwart bagatellisieren konnten.»

Vukadinović fährt wie folgt weiter: «Seit dem 7. Oktober existieren nun zahlreiche Videoaufnahmen eines antisemitischen Pogroms. Aus allen erdenklichen Winkeln und in Farbe zeigen sie den Einfall von Tausenden schwerbewaffneten Schergen in den jüdischen Staat, denen unmittelbar darauf palästinensische Zivilisten und Zivilistinnen zur Selbstbereicherung folgten. Was dieses Beweismaterial festhält, ist nicht auszuhalten: Aus Kibbuzen zur Hinrichtung abgeführte Menschen, deren Leichen nach wenigen Metern wie überdrüssige Müllsäcke zurückgelassen werden. Aus nächster Nähe durchsiebte Autofahrer. Auf Motorrädern entführte Geiseln, die um ihr Leben flehen. Prahlend zur Schau gestellte, geraubte Kleinkinder, deren Eltern wenige Minuten zuvor umgebracht wurden. Lebendigen Leibes angezündete Babys, Heranwachsende, Paare, Alte. Mit Jeeps wie Jagdtrophäen vorgeführte, geschundene Frauen, an deren Körpern sich die Meute aufgeilt. Überreste Schutzsuchender, die von einer Handgranate zerfetzt worden sind, die in ihren Bunker geworfen wurde. Im Live-Stream übertragende Verhöre ganzer Familien, deren weiteres Schicksal unbekannt ist. In Kellerverliesen gefesselte Menschen, deren verstörter Blick sich für immer ins Gedächtnis ritzt. All dies neben Bildern angezündeter Häuser und abgebrannter Autos, dazu Raketenbeschuss und Maschinengewehrsalven, die die Mörder lachend abgeben.

Statt vor dieser Barbarei zu erschrecken, ist sie in den Sozialen Medien und auf der Straße von Massen bejubelt worden – weltweit. Rechtfertigungen wurden gesucht und gefunden, über alle politischen Milieus hinweg. Dass die Entsolidarisierung und die Zustimmung für die Gewalt bei jungen Menschen im Westen, die sich selbst für divers, empathisch, gebildet, queer und rassismusalert halten, besonders deutlich zum Vorschein kam, konnte allerdings nur diejenigen erstaunen, die sich bislang noch nicht mit dieser identitätspolitischen Fassade beschäftigt haben. Gleiches gilt für diejenigen, die Universitäten noch immer für einen Hort des Geistes hielten.

Die autoritäre Ekstase, mit welcher das Abschlachten jüdischer Menschen insbesondere an Hochschulen gefeiert wurde, ist deshalb ins Verhältnis zu setzen mit der Geschichte jedes einzelnen Ermordeten und jeder einzelnen Entführten. (...)

(...) Während Yohanan um ihr Leben und das ihrer Liebsten bangte – ihr Vater war von den Terroristen erschossen worden –, erklärte Ashraf Hassan, Arabisch-Dozent am Institut für Studien zum Nahen Osten der Universität Bern, auf X freudig, dass ihm die Hamas das „beste Geburtstagsgeschenk“ beschert habe. Seine Ehepartnerin und Chefin Serena Tolino steht exemplarisch für eine Generation an Akademikerinnen und Akademikern, die als aufgeschlossen geltende Themen bedienen – „Gender and Sexualität in islamisch geprägten Gesellschaften“ –, während sie aus ihrer Abneigung gegen Israel keinen Hehl machen. Hassans Tweet sorgte zwar für seine Entlassung und für eine universitäre Untersuchung, die Anfang 2024 zur Auflösung des Instituts und zu einer Neuausrichtung führten. Aufschlussreich ist aber, dass der von Antonio Loprieno – dem ehemaligen Rektor der Universität Basel – erstellte Bericht ausdrücklich festhält, dass es im Team „weniger um Kompetenz, sondern mehr um die richtige Gesinnung gegangen“ sei; die Rede ist von einem „ideologischen Korsett“.

Daraus ist zu schließen, dass es andernorts ähnlich aussehen dürfte. Dass beispielsweise an der Freien Universität Berlin ein „Palästinakomitee“ tätig ist, hätte man in

den 1970er und 1980er Jahren, als es in der geteilten Mauerstadt wie im Bundesgebiet solche „Zusammenhänge“ zuhauf gab, belächeln können. Was damals ein sektiererisches linksradikales Milieu war, ist heute jedoch *Mainstream*. So kann Cecilia, offenbar Studentin an der FU und Sprecherin ebenjenes „Palästina-Komitees“, der ZEIT zu Protokoll geben, dass sie und ihre Mitstreiter darauf aufmerksam machen wollen, dass Israel einen „genozidalen Krieg“ führe. Damit hält sie nicht nur das fest, was unzählige Gleichaltrige auch meinen, sondern plappert schlichtweg das nach, was ihr nicht zuletzt in universitären Lehrveranstaltungen nahegelegt und sie wissenschaftlichen Publikationen nachlesen kann.

Balász Berkovits hat diese Sorte Aufmerksamkeit, die Israel in den „aktivistischen Sozialwissenschaften“ als vermeintlich „weißer, siedlerkolonialistischer Staat“ erfährt, bereits einer ausführlichen Untersuchung unterzogen und nachgewiesen, dass die dezidiert militant intonierte Rede von „Befreiung“ in auf „Studies“ endenden Studienfächern eben kein Analyseresultat ist, sondern eine Aufforderung, die „das politische Handeln in unzweideutiger Weise prägen“ soll. (...)

(...) Von diesem reaktionären und destruktiven Verhalten konnte man sich nach dem 7. Oktober 2023 ein sehr klares Bild machen. Das betraf nicht nur den Aktivismus, sondern auch die Hochschulen. Die Meuten, die Campus um Campus in offensiv antisemitische Agitationszonen verwandelten, setzten sich in Nordamerika bisweilen aus Studierenden wie Lehrpersonal zusammen. Niemand, der Aufzeichnungen dieser Versammlungen, Bedrängungen und Jagden auf jüdische Studierende ansieht, dürfte an deren Bedrohlichkeit zweifeln. Und ebenso wenig daran, dass diejenigen, die in politische Ekstase gerieten, offenbar sehr lange einem solchen Triumph entgegengefiebert hatten. Russel Rickford, an der Cornell University tätiger Historiker mit akademischen Hintergrund in den African American Studies und laut Twitter-Selbstauskunft „Historian of the Black radical tradition“, erklärte auf einer Demonstration, „hoherfreut“ über den Überfall der Hamas zu sein. Joseph Massad, Professor am Middle Eastern Department der Columbia University, veröffentlichte am 8. Oktober ein Loblied auf die Hamas, in dem er bekundete, wie „verblüffend“ und „eindrucksvoll“ die Taten der Terroristen seien: „Möglicherweise besteht die größte Leistung des Widerstands während der vorübergehenden Einnahme dieser Siedlerkolonien darin, jedem Vertrauen der israelischen Siedler in ihr Militär und dessen Fähigkeit, sie zu schützen, einen Todesstoß verliehen zu haben.“

Zur Verantwortung gezogen für die antisemitischen Aufmärsche, bei denen bisweilen Hunderte Studierende nicht nur Israel, sondern auch ihren jüdischen Kommilitoninnen und Kommilitonen den Tod gewünscht hatten, wurden andere. Drei Präsidentinnen führender Hochschulen mussten sich am 5. Dezember 2023 vor dem US-amerikanischen Kongress rechtfertigen. Die Rollen bei dieser Anhörung waren klar verteilt. Sally Kornbluth vom M.I.T. schien überfordert, Elizabeth Magill von PENN grinste kess vor sich hin und Claudine Gay von Harvard legte auf Gender-Studies-Niveau dar, es komme auf „den Kontext“ an, ob antisemitische Drohungen überhaupt gegen die Regeln der weltberühmtesten Universität verstießen. Damit spiegelten diese drei Reaktionen genau das Verhalten wider, das all jenen bestens bekannt sein dürfte, die schon einmal versucht haben, in den ideologisch gefestigten akademischen Arealen darauf hinzuweisen, dass es ein Antisemitismus-Problem gibt: Ratlosigkeit, Häme und Zerreden. (...)

(...) Die einflussreichste internationale Figur der Gender Studies ist die Antizionistin Judith Butler, die stilprägendste Vertreterin der Queer Theory wiederum ist die Terrorapologetin Jasbir Puar, und wer im Feld der Postcolonial Studies nach Wissenschaftlern sucht, die nicht „israelkritisch“ sind, hat schlichtweg nicht begriffen, womit man es zu tun hat. Auch das ist der Grund, warum sich eine antizionistische Professorin wie Serena Tolino ihrer Sache so lange sicher sein konnte: Es gibt in ihrem Metier keinerlei Widerspruch zu radikalen Postulaten, keinen Dissens, was Palästina anbelangt, vor allem aber keinerlei Selbstreflexion, obwohl man sich permanent mit dem Adjektiv „selbstkritisch“ schmückt. (...)

(...) Universitärer Antizionismus kommt heute feinfühlig und als wissenschaftliches Anliegen daher, seine Vernichtungsfantasien sind als „Theorien“ getarnt, seine Loblieder auf den Terror als „Meinung“ und sein Anspruch, jedwelche Debatte hierüber zu verhindern, als vorgeschobene Sorge um migrantische Mitmenschen. Das Resultat ist klar: Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Aktivismus und Wissenschaft. Dort, wo Judith Butler, Jasbir Puar, Ghassan Hage wie Konsorten als herausragende globale Intellektuelle gelten, und dort, wo selbst bei völlig anderen Themen beiläufig vor jüdischen Siedlern gewarnt wird, dort ist Deutschland. (...)

(...) „Klug sein bedeutet nicht, gut zu sein, Intellekt geht nicht mit Moralität einher“, wie Shai Davidai anmerkt, Professor an der Columbia University, auf deren Campus er im Herbst 2023 eine flammende Rede gegen die antisemitischen Zustände an den Hochschulen hielt. „Klug“ ist jedoch ein relatives Adjektiv; die weiter oben zitierten Bemerkungen des einschlägigen Personals sprechen eher für die Konventionalität von Denkformen, die lediglich aus historisch-politischen Gründen zu der gesellschaftlichen Position gelangten, die sie heute innehaben. Entscheidend ist ohnehin etwas anderes, wie Davidai selbst nachgereicht hat: „Unsere Universitätsleitungen bestehen aus Feiglingen, die sich nicht um die grundlegenden moralischen Werte aufgeklärter Gesellschaften scheren. In weniger als einem Monat haben sie alles ruiniert, wofür die akademische Bildung einst stand.“

Beweis: <https://www.querverlag.de/siebter-oktober-dreiundzwanzig/>

e. Was «woke» bedeutet und Hinweise darauf, dass die SRG sehr stark von woken Ideologien geprägt ist und dabei wie eine woke NGO agiert

43. Wenn Personen, die selbst woke sind, von jemandem, der nicht woke ist, den Ausdruck «woke» hören, kommt als Reaktion oft, dass so etwas gar nicht existiere, womit das Vorhandensein von «Wokeness» von vornherein negiert wird. Eine weitere mögliche Reaktion ist der Hinweis auf die Definition im Duden. Dort steht: «in hohem Maß politisch wach und engagiert gegen (insbesondere rassistische, sexistische, soziale) Diskriminierung». Dieser dogmatische Hinweis auf die Definition im Duden ist allerdings unbehelflich, weil der Ausdruck längst nicht mehr in diesem positiven Sinne verwendet wird. Die Ausdrücke «woke» oder «Wokeness» haben heute vor allem eine negative Bedeutung. Jedenfalls verwendete Christina Neuhaus in ihrem am 18. Mai 2024 in der NZZ erschienenen Artikel «Woke und antisemitisch» sicher nicht im Sinne der Wortdefinition des Dudens. Sowohl der Titel dieses Artikels als auch dessen Inhalt machen zudem deutlich, dass das Antisemitismus-Problem der woken

Szene durchaus ein Thema ist, welches sowohl von Akademikern als auch von Journalisten adressiert wird.

Die Anhänger der woken Queer Theory Bewegung meinen immer wieder, um das von ihnen propagierte Gendern zu rechtfertigen: «Die Sprache entwickelt sich und das ist auch so gut so.», so etwa der NDR. Richtig ist, dass die Sprache sich in der Tat entwickelt aber nicht unbedingt im Sinne derjenigen, die gerne gendern. Vielmehr hat diese evolutive Entwicklung ein neues Wort hervorgebracht, welches mittlerweile in aller Munde ist: «Woke». Daher müssen die Woken damit leben, dass diejenigen, die nicht woke sind, für sie eine Bezeichnung verwenden, die ihnen vielleicht nicht so ganz ins Konzept passt. Jedenfalls gibt nicht die woke Minderheit vor, wie die Sprache auszusehen hat, sondern die unwoke, oder gar antiwoke Mehrheit. Daher hat der Unterzeichnete keinerlei Mühe, diesen Ausdruck, der bei den Woken nicht so beliebt ist, in dieser Rechtschrift auch zu verwenden.

Beweis: <https://www.duden.de/rechtschreibung/woke>

<https://www.nzz.ch/meinung/woke-antisemitisch-in-malmoe-zeigten-sich-die-grenzen-der-toleranz-ld.1830817>

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/epg/Geschlechtersensible-Sprache-was-ist-so-schlimm-am-Gendern,sendung1431392.html>

44. Unter dem Ausdruck «woke» respektive «Wokeness» ist eine Reihe von dogmatischen Ideologien zu verstehen, deren Anhänger sie als wissenschaftlich wahrnehmen, was bereits schon kritikwürdig ist. Es gibt kritische Aufsätze und andere Publikationen, welche die Wissenschaftlichkeit der woken Ideologien in Frage stellen und diese sogar als anti- respektive pseudowissenschaftlich definieren. Wie unten noch zu sehen ist, ist diese Meinung auch an Schweizer Universitäten vorhanden. Der Rektor der Universität Bern hat beispielsweise ausgeführt, dass es für die sog. «Advocacy» an der Uni Bern keinen Platz habe. Darauf wird noch eingegangen.

Beweis: <https://hpd.de/artikel/wokeness-letztlich-anti-wissenschaftliche-weltanschauung-21314>

<https://www.nzz.ch/schweiz/offener-brief-zur-wissenschaftsfreiheit-universitaet-woke-ld.1821650>

<https://www.cicero.de/kultur/alain-finkielkraut-philosoph-frankreich-hamas-israel-juden>

<https://miz-online.de/die-pseudowissenschaftlichkeit-der-critical-studies-der-fall-robin-diangelo/>

45. Wokeness beinhaltet namentlich, aber nicht ausschliesslich die ideologischen und aktivistischen Pseudowissenschaften Postcolonial Theory, Critical Race Theory, Queer Theory und Intersektionalität. Diese woken Ideologien respektive aktivistischen «Wissenschaften» existieren nicht losgelöst voneinander. Vielmehr sind sie miteinander verbunden respektive verknüpft. In ihrer Summe sind die woken Ideologien auf die

Dekonstruktion und Zerstörung des Westens, der westlichen Kultur, der westlichen Werte und der westlichen Identität ausgerichtet, indem diese dämonisiert werden. Die woken Ideologien sind bei einer Gesamtbetrachtung antisemitisch und antizionistisch, wobei deren Anhänger die Vernichtung des Staates Israel befürworten und sich gleichzeitig mit dschihadistischen Terroristen solidarisieren, unter anderem mit der Hamas, der Hisbollah und der Houthi. Die oben zitierte Einführung zum Sammelband «Siebter Oktober Dreiundzwanzig und die Essays, die in den beiden Büchern «Freiheit ist keine Metapher» sowie «Siebter Oktober Dreiundzwanzig» erschienen sind, zeigen ohne weiteres auf, dass diese Angaben zutreffen. Der Antisemitismus ist eines der Kernelemente von Wokeness.

46. Über den Postkolonialismus schreibt Esther Bockwyt in ihrem Buch «Woke - Psychologie eines Kulturkampfes» (2024) zutreffenderweise und mit Quellenangaben (S. 27 ff.): *«Eine bedeutsame woke Grundlagentheorie für den Antirassismus ist die postkoloniale Theorie, nach der die westliche Kultur mit ihren Errungenschaften ausschliesslich auf Rassismus, Sklaverei und Kolonialismus beruht. Die postkoloniale Ideologie widmet sich dabei exklusiv dem westlichen Imperialismus und Kolonialismus. In der Welt der Postkolonialisten existiert kein russischer, kein arabischer, kein muslimischer, kein persischer, kein japanischer, kein chinesischer Kolonialismus. Es geht darum, den Menschen «im Westen» aufzuzeigen, wie schlecht die westliche Kultur und ihre Geschichte ist. Dabei wird nicht jede westliche Intervention dämonisiert, sondern auch die Übernahme von westlicher Kultur durch nicht westliche Länder. Damit richtet sich die postkoloniale Theorie gegen säkularisierte muslimische Gesellschaften und man sieht beispielsweise den Staat Israel als Kolonialprojekt und Apartheid-Staat. Die jüngsten Terrorattacken durch Hamas auf Israel wurden aus diesem, aber auch aus dem Black-Lives-Matter-Umfeld nicht selten positiv und als koloniale Befreiung gewertet. Den Postkolonialen wird zunehmend eine antisemitische Haltung vorgeworfen, zum Beispiel auch, wenn Juden als Opfer wenig zählen, weil sie zu weiss sind. (...) Die jüngsten Verlautbarungen der Klima-Ikone Greta Thunberg, fest verwurzelt in der woken postkolonialen Theorie, machen im Zuge des Terrors der Hamas gegenüber Israel deutlich, dass die Solidarität der Woken der vermeintlich kolonialisierten Palästinensern gilt. In einer SPIEGEL-Kolumne «Ihr seid gegen jede Diskriminierung ausser sie betrifft Juden und Israelis?» setzte sich Journalist Sascha Lobo bereits mit dem nicht wenig bekannten, sich ausbreitenden Antisemitismus, in den auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International verstrickt sei, auseinander. Vorläufiger Tiefpunkt im Zuge der woken Pro-Palästina-Haltung ist das Lobpreisen des «Briefs an Amerika» des Terroristen Osama Bin Laden auf sozialen Medien, in dem dieser sich für die Attentate auf die USA, unter anderem mit antisemitischen Erzählungen, im Jahr 2001 rechtfertigte. Der Migrationsforscher Ruud Koopmann kommentierte dies auf Twitter treffsicher: «Weite Teile der jüngeren Generation Amerikas (ich fürchte, in Europa ist es nicht viel anders) wurden durch postkoloniale und Critical-Race-Theorien so sehr einer Gehirnwäsche unterzogen, dass sie nun Osama Bin Laden als wegweisenden postkolonialen Theoretiker entdecken. Ihr erntet, was ihr sät, liebe akademische Kollegen»»*

Beweis: <https://www.orellfuessli.ch/shop/home/suggestartikel/A1070088641?sq=Woke&stype=productName>

47. Einer der wichtigsten Ideologen der Postcolonial Theory Bewegung, wenn nicht gar deren Begründer, ist Edward W. Said. «Linke Theoretiker feiern ihn als Vordenker der postkolonialen Theorie, die sich im Grunde nicht als Wissenschaft, sondern als Programm zur Wiedergutmachung kolonialen Unrechts versteht.» schreibt Thomas Ribi über ihn in der NZZ, auf dessen Artikel verwiesen wird. Der Titel seines Artikels lautet «Der Philosoph, der Steine warf: Im Westen wurde Edward W. Said als intellektueller Gentleman bewundert. Dass er «Arafats Mann in New York» war, kümmerte keinen». Seine pseudowissenschaftlichen Thesen sind für die postkoloniale Bewegung prägend.

Beweis: <https://www.nzz.ch/feuilleton/edward-w-said-der-ideologe-des-palaestinsischen-terrors-ld.1766658>

48. Die Anhänger der postkolonialen Ideologie, welche sie zur Wissenschaft verklären, sind nicht nur antizionistisch, sie sind auch antisemitisch, und dies ohne jeden Israelbezug. Es gibt in der postkolonialen Szene Schrifttum darüber, dass man Auschwitz dekolonisieren soll. Diesbezüglich wird auf den Artikel von Stefan Laurin mit dem Titel «Decolonizing Auschwitz?» verwiesen. Ein Werk, das sich mit diesem Phänomen befasst, ist «Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung» von Steffen Klevers. In diesem Zusammenhang wird auf die oben gemachten Ausführungen über Dr. Ingo Elbe sowie auf dessen Vortrag auf YouTube verwiesen.

Beweis: https://www.mena-watch.com/decolonizing-auschwitz/?no_cache=1609047138

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783110600414/html?lang=de>

49. Dass die postkoloniale Ideologie ein massives Antisemitismus-Problem beinhaltet, konnte man spätestens bei der Kunstaussstellung documenta fifteen im Jahr 2022 mit den eigenen Augen sehen. Dort wurde dieses Bild (unter vielen) ausgestellt, welches aufgrund des offensichtlichen antisemitischen Inhalts zugedeckt werden musste. Das Foto zeigt nur einen Ausschnitt.



Ein Artikel der Deutschen Welle, der unten verlinkt ist, handelt von der antisemitischen Kunst an der documenta fifteen, im Besonderen auch von diesem Bild. Ein Artikel in der NZZ (unten verlinkt) beschäftigt sich mit dem Phänomen, wie die Kunst- und Kulturszene, die von der postkolonialen Ideologie sehr wesentlich geprägt ist, den Massenmord der Hamas am 7. Oktober 2023 befeuerte. Am 9. Oktober 2023, nur zwei Tage nach dem Pogrom, erschien ein Artikel über die Künstlergruppe ruangrupa, die documenta fifteen kuratierte und unmittelbar nach dem Pogrom dieses bejubelte. In der Folge distanzierte sich die documenta vom indonesischen Künstlerkollektiv.

Die woke SRG interviewte damals ausgerechnet die umstrittene Elke Buhr über den Documenta-Skandal, die wegen ihrer Äusserungen im Monopol-Magazin in Kritik geraten war. Sie hat die Frage, ob die documenta ein Antisemitismus-Problem habe, selbstredend beschönigt respektive verneint.

Im Interview meint sie:

«Es gab eine Resolution des Deutschen Bundestages, die den BDS als antisemitisch taxiert. Die Probleme gibt es immer wieder, weil fast alle Kulturschaffenden aus der arabischen Welt, aus dem Globalen Süden, aber auch aus Grossbritannien und den USA schon mit dem BDS sympathisiert haben. Deswegen ist es sehr schwierig, sie komplett auszuschliessen.»

Einerseits zeigt diese Angabe, dass in der Kunst- und Kulturszene ein erhebliches Antisemitismusproblem durchaus existiert. Andererseits wird damit lapidar festgestellt, dass man antisemitische Künstler von Kunstaustellungen nicht ausschliessen könne, zumal praktisch alle Antisemiten seien.

Beweis: <https://www.dw.com/de/documenta-fifteen-antisemitismus-vorw%C3%BCrfe/a-62190281>

<https://www.nzz.ch/meinung/die-auseinandersetzung-mit-den-massakern-der-hamas-zeigt-die-kulturszene-befeuert-den-antisemitismus-ld.1776153>
<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/like-fuer-terror-jubel-documenta-distanziert-sich-von-ruangrupa/>

<https://www.srf.ch/kultur/kunst/kunstschau-in-der-kritik-hat-die-documenta-ein-antisemitismusproblem>

50. Dass das Schweizer Fernsehen (und natürlich die SRG im Allgemeinen) sehr wesentlich und seit Jahren von der strukturell antisemitischen postkolonialen Ideologie geprägt ist, kann man beispielsweise von der Lobhudelei entnehmen, die Dagmar Walser im Jahr 2017 über Achille Mbembe geschrieben hat. Sie schreibt: *«Als brillanter Theoretiker des Postkolonialismus hat sich Achille Mbembe international einen Namen gemacht. Nun legt der politische Philosoph aus Kamerun nach. Sein neues Buch «Politik der Feindschaft» ist ein so engagierter wie fundierter Weckruf.»* Über ihn hat der bekannte Historiker Michael Wolffsohn in der NZZ einen Artikel geschrieben. Der Titel seines Artikels lautet *«Der Israel-Vergleich von Achille Mbembe bestätigt das verbreitete antisemitisch-antizionistische Muster der Linken»*. Er schreibt:

«Der in Johannesburg lehrende Philosoph Achille Mbembe bezeichnet Israel als «Labor» einer bevorstehenden globalen Apartheid-Politik. Die Ruhrtriennale, an der er die Eröffnungsrede hätte halten sollen, ist zwar abgesagt. Aber die Problematik bleibt bestehen, dass ein bestimmtes linkes Milieu eine offene Judenfeindschaft pflegt.»

Beweis: <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/weckruf-von-achille-mbembe-der-diskurs-ueber-identitaet-hat-einen-scherbenhaufen-hinterlassen>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/die-ruhrtriennale-und-achille-mbembe-ein-beispiel-fuer-das-verbreitete-antisemitisch-antizionistische-muster-der-linken-und-linksliberalen-ld.1553317>

51. Der woke «Antirassismus» kann in der Schweiz – vor allem auch durch die SRG – mit der linksradikalen und antisemitischen Hate Group «Black Lives Matter» in Verbindung gebracht werden, die von den woken Journalisten des Schweizer Fernsehens regelrecht abgefeiert wurde. Über BLM gibt es auf srf.ch insgesamt 531 Artikel, wobei der Antisemitismus der Gruppe natürlich nie thematisiert wird. Exemplarisch ist ein völlig unkritischer Artikel von Hannah Krug aus dem Jahr 2023 mit dem Titel «Zehn Jahre Black Lives Matter - Was hat die Protestbewegung in der Schweiz erreicht?». Sie schreibt: «Seit zehn Jahren gehen Anhänger und Anhängerinnen der Black-Lives-Matter-Bewegung weltweit auf die Strasse – auch in der Schweiz. Drei Personen erzählen, was die Bewegung im Kampf gegen Rassismus hierzulande bewirken konnte und wo es noch harzt.»

Thematisiert wurde das Antisemitismus-Problem von BLM durch Lucien Scherrer in der NZZ. Allein der Titel bringt die hier vorgebrachte Kritik zum Ausdruck: ««Black Lives Matter» hat schon lange ein Antisemitismusproblem. Warum fällt das vielen Medien bis heute nicht auf? Das Massaker der islamistischen Hamas an israelischen Zivilisten ist auch von Black-Lives-Matter-Aktivisten in den USA bejubelt worden. Die jüdenfeindlichen Tendenzen haben eine lange Tradition. Statt aufzuklären, schauen Journalisten lieber weg.» Ein weiterer kritischer Artikel aus dem Jahr 2021 ist unten verlinkt. Der unten zu sehende Screenshot zeigt wie BLM Chicago auf das Pogrom vom 7. Oktober 2023 reagierte, und dies unmittelbar einen Tag danach. Die Abbildung hat einen Zusammenhang mit dem Angriff auf das Nova Music Festival durch die Hamas am 7. Oktober 2023 mit Gleitschirmen.



- Beweis:** <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/zehn-jahre-black-lives-matter-was-hat-die-protestbewegung-in-der-schweiz-erreicht>
- <https://www.nzz.ch/feuilleton/black-lives-matter-hat-schon-lange-ein-antisemitismusproblem-warum-faellt-das-medien-bis-heute-nicht-auf-ld.1766912>
- <https://www.israelnetz.com/antirassistischer-antisemitismus-und-seine-gruende/>
- <https://x.com/proflevin/status/1711834135298482255> (eine der vielen Quellen des Screenshots)

52. Selbst die linke taz hat das massive Antisemitismus-Problem der postmodernen Linken thematisiert. Die taz schreibt: *«Dabei greifen Aktivist:innen und Bündnisse auf eine effektive Sprache zurück, indem sie nach dem Vorbild der postkolonialen Theorie, zu deren Vordenkern unter anderem Edward Said und Frantz Fanon gehören, in der Debatte um Israel und die palästinensischen Gebiete mit Begriffen wie „Apartheid“, „Siedlerkolonialismus“ oder gar „Genozid an den Palästinenser:innen“ um sich werfen. Ereignisse wie die Intifada werden von Morden und Attentaten bereinigt und zu einer Aktion des legitimen palästinensischen Widerstands und revolutionärer „Abschüttelung der zionistischen Herrschaft“ stilisiert, wissenschaftlich elaborierte und anerkannte Begriffs- und Arbeitsdefinitionen werden abgelehnt, die Antisemitismusforschung der letzten Jahrzehnte wird ignoriert oder übergangen. PFLP-Terroristen wie Leila Chaled, die Hitler aufgrund seiner Judenfeindschaft bewunderte und Israels Umgang mit den Palästinensern mit dem Holocaust verglich, werden in diesen Kreisen zu Widerstandssikonen verklärt.»* Beim Schweizer Fernsehen und in den SRG-Medien wird das Problem nicht einmal thematisiert.

- Beweis:** <https://taz.de/Antisemitismus-in-der-Linken/!5781586/>

53. Nicht nur der von den Woken propagierte Postkolonialismus sowie der «Antirassismus» beinhalten ein massives Antisemitismus-Problem, sondern auch die Queer Theory, die massgeblich von der Antisemitin Judith Butler geprägt wurde. Chantalle El Helou schreibt im Sammelband «Siebter Oktober Dreiundzwanzig» veröffentlichten und mit Quellen belegten Aufsatz *«Die Vordenkerin des queeren Antisemitismus – Von Judith Butlers Prägung der Queer Theory zur Dekonstruktion des jüdischen Staates»* (S. 262 ff.) Folgendes:

«Bekanntlich war eine israelfeindliche Haltung schon vor dem 7. Oktober 2023 Common Sense in der Queer Theory und im queeren Aktivismus – auch gerade im deutschsprachigen Raum. Das zeigte sich in Einzelgesprächen wie in öffentliche Statements; hin und wieder gingen ganze Veranstaltungen damit hausieren. Mit dem Pogrom wurde deutlich, wie tief der Hass gegen Israel im gegenwärtigen Queer-Aktivismus tatsächlich sitzt. Dort, wo die terroristische Gewalt gegen Juden nicht eindeutiger, nicht barbarischer sein könnte, veranlasste diese die vermeintlich Progressiven nicht etwa dazu, ihre lang gepflegte Israel-Feindschaft im Sinne der Zivilisation aufzugeben, sondern sich mit noch grösserem Eifer der Dämonisierung des jüdischen Staates und der Rechtfertigung des Terrorismus zu widmen. Was die antizionistischen Queers im Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten verteidigen

dürften, ist ihr sich darin manifestierter Stellvertreterkrieg gegen die Zivilisation. Als deren verhasstes Symbol gelten ihnen Juden und Israel, das man gern selbst von der Erde fegen würde, aber nicht kann. Die Erfüllung dieses abgespaltenen Wunsches, die Erfüllung der ersehnten Barbarei verteidigt man daher im Terrorismus der Hamas. Bei dieser queeraktivistisch-antizionistischen Agitation darf eine Ikone der Queer Theory nicht fehlen: Judith Butler. Sie scheut diesbezüglich keine Statements und Einschätzungen, aus denen ihre klare Positionierung gegen Israel deutlicher nicht hervortreten könnte. Der Umstand, dass die queere Ikone zugleich scharfe Antizionistin ist, dient dem Queer-Aktivismus als willkommenes Autoritätsargument und als akademisch legitimer Kompass für fortwährende Aufstachelung.»

Im Zusammenhang mit dem Antisemitismus- und Antizionismus-Problem der Queer Theory Bewegung verweist Chantalle El Helou auf das oben zitierte Buch «Freiheit ist keine Metapher» und auf «Beißreflexe, Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten» (2017), ein Buch, das ebenfalls beim schwul-lesbischen Querverlag erschienen ist. Dieses Beispiel zeigt im Übrigen auch auf, dass nicht alle Schwulen, Lesben, Bisexuelle und Transsexuelle mit der Queer Theory Bewegung sympathisieren. Vielmehr distanzieren sich einige ausdrücklich davon.

Beweis: <https://www.querverlag.de/beissreflexe/> (mit Inhaltsverzeichnis und Probestück)

54. Seit einigen Jahren ist das Schweizer Fernsehen aber auch andere Medienkanäle der SRG sehr stark geprägt von der strukturell antisemitischen Queer Theory Bewegung und agiert mittlerweile wie eine queeraktivistische NGO. Das sollte, für diejenigen, die es zuvor nicht bemerkt haben, spätestens mit dem diesjährigen Beitrag der Schweiz beim Eurovision Song Contest klargeworden sein. Das queeraktivistische Aushängeschild der SRG ist Nemo, der seit November 2023 über sich behauptet, er sei «non-binär». Erst im Jahr 2022 hatte der Bundesrat es abgelehnt, das sogenannte «dritte Geschlecht» einzuführen, worüber das queeraktivistische SRF selbst berichtet hatte. Die von der Queer Theory angetriebenen SRG-Journalisten wollen die Rechtsordnung abändern und haben sowohl mit dieser Kandidatur beim ESC als auch nach dem durch die Jury-Stimmen herbeigeführten Sieg Nemos eine einzigartige Propagandamaschinerie in Gang gesetzt, um die Queer Theory zu institutionalisieren und Teil der schweizerischen Rechtsordnung zu machen. Nach dem Erfolg Nemos verging einstweilen kein Tag, an dem die SRG-Medien keine Nachricht über ihn oder über die queeraktivistische Non-Binär-Ideologie brachten.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/schweiz/binaeres-geschlechtermodell-bundesrat-ist-gegen-einfuehrung-einer-dritten-geschlechtsoption>

<https://www.srf.ch/news/schweiz/sieg-von-nemo-am-esc-they-xier-en-wie-soll-ich-non-binaere-menschen-ansprechen>

<https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/geschlechtsneutrale-sprache-wie-geht-non-binaere-sprache-im-alltag>

<https://www.srf.ch/news/gesellschaft/geschlechtsneutrale-sprache-en-und-hen-wie-non-binaere-menschen-bezeichnet-werden-koennten>

<https://www.srf.ch/news/schweiz/drittes-geschlecht-es-schadet-ja-niemandem-hilft-aber-einigen>

<https://www.srf.ch/kids/eltern/esc-musikvideo-2024-im-fokus-code-geknackt-welche-botschaft-hinter-nemos-musikvideo-steckt>

<https://www.srf.ch/wissen/mensch/transidentitaet-und-medizin-es-ist-eine-stille-revolution-im-gang>

<https://www.srf.ch/news/schweiz/arena-zum-dritten-geschlecht-nemos-forderung-nach-drittem-geschlechtseintrag-bleibt-umstritten>

55. An dieser Stelle will der Unterzeichnete klarstellen, dass er nicht die geringsten Vorbehalte gegen homosexuelle und transsexuelle Menschen hat. Immerhin hat er bei einem schwul-lesbischen Verlag (Querverlag) publiziert und ist mit vielen Schwulen und Lesben und einer transsexuellen Person befreundet, die allerdings vehemente Gegner der Queer Theory sind. Es ist ihm auch völlig egal, ob Nemo gerne Frauenkleider trägt und sich als «non-binär» bezeichnet. Der Unterzeichnete hat allerdings Probleme damit, dass die öffentlich-rechtliche SRG sich mittlerweile wie eine queeraktivistische NGO verhält und Politik betreibt. Vor allem hat er entschieden etwas dagegen, dass diese politische Ideologie, die strukturell antisemitisch ist, kritiklos vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen beworben wird. Dass die Queer Theory Bewegung israelfeindlich und antisemitisch ist, konnte man nicht nur beim ESC selbst hautnah miterleben, worüber Christina Neuhaus einen eindrücklichen Leitartikel in der NZZ veröffentlicht hat. Tatsache ist zudem, dass Nemo selbst beim Mobbing gegen die israelische ESC-Teilnehmerin Eden Golan teilnahm. Er wollte sogar bis 25 Minuten vor dem Final die Veranstaltung boykottieren, und dies wegen der Teilnahme Israels. Eden Golan gab nach dem Finalsieg von Nemo an, dass sie ihm gratulieren wollte und Nemo habe sie ignoriert, wie der Tages-Anzeiger berichtete. Auch der Geschäftsführer von Transgender Network Switzerland offenbarte den strukturellen Antisemitismus in der Queer Theory Bewegung. In einem Interview mit bluewin.ch gab er an, dass er sich über den Sieg einer non-binären Person gefreut habe. Das Ereignis sei allerdings überschattet gewesen durch die Teilnahme Israels.

Beweis: <https://www.nzz.ch/meinung/woke-antisemitisch-in-malmoe-zeigten-sich-die-grenzen-der-toleranz-ld.1830817>

<https://www.tagesanzeiger.ch/nemo-spricht-ueber-esc-erfahrung-524203194208>

<https://www.bluewin.ch/de/leben/lifestyle/non-binaere-menschen-gab-es-schon-immer-2204332.html>

56. Um es nochmals zu verdeutlichen, dass der Unterzeichnete keinerlei Vorbehalte gegenüber Menschen hat, die sich entsprechend den Gepflogenheiten des anderen Geschlechts kleiden und sich sogar mit Kunstnamen schmücken, hier noch ein Foto von Patsy L'Amour LaLove, verantwortlich für das oben zitierte Sammelband «Beißreflexe». Kritikwürdig ist linke Identitätspolitik und woker Antisemitismus und Antizionismus sowie politische Propaganda durch die öffentlich-rechtlichen Medien, die wie

NGOs agieren, und sicher nicht die sexuelle Orientierung von Menschen oder die Art und Weise, wie sie sich kleiden.



f. **Bewusste Nichtberichterstattung über Vorgänge und Ereignisse durch die SRG-Medien, die das eigene woke Narrativ stören könnten**

57. In diesem Abschnitt geht es um bestimmte Vorgänge seit dem 7. Oktober 2023, über die das Schweizer Fernsehen und andere SRG-Medien sehr bewusst, gezielt und systematisch nicht berichtet haben. Das ist für die vorliegende Beschwerde deshalb von Relevanz, weil auch über die studentischen Proteste in den Vereinigten Staaten während Monaten praktisch nie berichtet wurde und die nachstehenden Beispiele mit dem woken Antisemitismus im Zusammenhang stehen. Insbesondere, als die Proteste ab dem 17. April 2024 besonders virulent wurden, herrschte bei den SRG-Medien vorerst komplette Funkstille. Erst nachdem man nicht mehr schweigen konnte, weil die Ereignisse in praktisch allen anderen Medien waren, haben die SRG-Medien ihr Schweigen gebrochen und wie zu sehen wird, Fake News verbreitet, indem sie die studentischen Proteste lapidar als «pro-palästinensisch» bezeichneten und unterkomplex als Antikriegsproteste gegen den Krieg in Gaza framen.
58. Bevor die studentischen Proteste in den Vereinigten Staaten ab 17. April 2024 besonders virulent wurden, konnte man sowohl in der Schweiz als auch in den Vereinigten Staaten beobachten, dass an Universitäten Sympathien mit der Hamas bekundet wurde. In der Schweiz wusste man das mindestens im Zusammenhang mit der Universität Bern, Universität Basel und mit der ETH. In den Vereinigten Staaten mindestens im Zusammenhang mit der Harvard, MIT und Penn. Auch an anderen westlichen Universitäten konnte man dieses Phänomen beobachten, über das die SRG-Medien bis heute nie berichtet und auch keine redaktionelle Diskussionssendungen durchgeführt haben. Es hört sich eben ganz anders an, wenn man sagt, dass Studenten mit der Hamas sympathisieren und das Pogrom bejubeln als, wenn man behauptet, sie würden gegen den Krieg demonstrieren. Es gibt daher einen guten Grund, warum es insbesondere im Zusammenhang mit dem Hearing der drei Präsidentinnen von drei Elite-Unis in den Vereinigten Staaten vorerst überhaupt keine Berichterstattung

geschweige denn Diskussionssendungen gab und dann die Sache nach zwei verharmlosenden Berichten anfangs Januar (!) und damit fast einen Monat nach dem Hearing unter den Teppich gekehrt wurde.

59. Da die Thematik in den Vereinigten Staaten, in anderen westlichen Staaten wie beispielsweise in Deutschland oder in Grossbritannien und zudem auch in der Schweiz zu beobachten war, und zwar auch unmittelbar nach dem Pogrom und vor der Militäroffensive Israels in Gaza und sich über Monate fortsetzte, können das Schweizer Fernsehen und die übrigen SRG-Medien sich nicht auf den Standpunkt setzen, das Thema sei vorerst nicht relevant gewesen. Jedenfalls ist das, was praktisch an jeder westlichen Universität geschieht, sicherlich relevanter als die Aktion von Marlene Engelhorn, über welche die SRG-Medien seit drei Jahren immer wieder «berichten», ihren Aktivismus supporten und sie zu Talksendungen einladen.
60. Die bewusste Nichtberichterstattung fiel – wie angetönt – auf, als das Schweizer Fernsehen über das Congress-Hearing der Präsidentinnen von Harvard, MIT und Penn, das am 5. Dezember 2023 stattfand, zunächst kein Wort verlor. Die Präsidentin von Penn musste nur wenige Tage nach dem Hearing, bei dem es um den grassierenden akademischen Antisemitismus an den amerikanischen Universitäten ging, ihren Hut nehmen. Die Präsidentin von Harvard, Claudine Gay, hielt durch und nachdem sie während Wochen zudem wegen Plagiatsvorwürfen im Kreuzfeuer der Kritik stand, musste auch sie zurücktreten. Während des Monats Dezember berichteten sowohl nationale als auch internationale Medien über diese Story. Beim woken Schweizer Fernsehen und bei anderen Medien der SRG herrschte diesbezüglich vollständige Funkstille, weil eine Berichterstattung nur das eigene woke und antizionistische Narrativ gestört hätte. Erst am 2. Januar 2024 kam eine kurze und nichtssagende Berichterstattung auf der Webseite von SRF. Bis zu diesem 2. Januar 2024, als dieser Artikel veröffentlicht wurde, kam, wenn man den Namen «Claudine Gay» in die Suchfunktion auf srf.ch eingab, ein Bericht über einen schwulen DJ.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/antisemitismus-vorwuerfe-harvard-praesidentin-tritt-nach-heftiger-kritik-zurueck>

61. Am 4. Januar 2024 erschien sodann ein Interview mit der Politologin Claudia Brühwiler auf srf.ch, welche die Ereignisse an den amerikanischen Universitäten beschönigte.

Aus dem Interview:

«SRF News: Warum haben Antisemitismuskfälle Claudine Gay und Harvard so viel Kritik eingebracht?»

Claudia Brühwiler: Einerseits haben die Universität Harvard und ihre Rektorin ungeschickt auf den Anschlag vom 7. Oktober und die Reaktion ihrer Studierenden auf den Anschlag reagiert.»

(...)

«Harvard-Präsidentin Claudine Gay drückte sich eher etwas gewunden aus und setzte mehr auf juristische Korrektheit denn moralische Klarheit.»
(...)

«Das führte zu viel Kritik und zu Druck durch grosse Geldgeber.»
(...)

«Neben der Präsidentin von Harvard ist auch jene der University of Pennsylvania zurückgetreten. Haben die amerikanischen Unis ein Antisemitismusproblem?

So pauschal darf man das nicht ausdrücken. Das Problem ist schon länger bekannt und äussert sich vor allem an bestimmten Universitäten. Harvard ist hier besonders exponiert.»

(...)

Konservative Stimmen sehen einen Zusammenhang zwischen antisemitischen Vorfällen und linken, progressiven Ideologien, die an amerikanischen Unis gelehrt werden. Wie berechtigt ist diese Verknüpfung?

Da muss man etwas relativieren. (...)

Das Interview ist eine einzige Relativierung der Vorfälle an den amerikanischen Universitäten, wo sowohl Professoren als auch Studenten offen mit der Hamas sympathisiert hatten. Claudine Gay habe sich bloss ungeschickt verhalten und sich gewunden ausgedrückt. Dass die amerikanischen Universitäten ein Antisemitismusproblem hätten, könne man pauschal nicht ausdrücken, was nicht zutrifft. Vor allem ist das Zeigen von Sympathien gegenüber der Hamas und dem Pogrom nicht bloss ein ungeschicktes Verhalten, sondern pure Menschenverachtung.

Mitnichten geht es hier bloss um Harvard. Nicht genannt werden beispielsweise Columbia, Princeton, Cornell, Stanford und Washington University und viele andere amerikanische Universitäten von Weltrang. Vor allem sei die Kritik gegenüber den woken Ideologien, die vom Interviewer selbst aus welchen Gründen auch immer als «progressiv» eingestuft werden, nur von «konservativen Stimmen» zu hören, womit er seine persönliche Meinung wiedergab.

Die Journalistin Bari Weiss beispielsweise, die früher bei der New York Times angestellt war, ist sicher keine konservative Stimme. Auch die oben zitierten Autorinnen und Autoren sind nicht konservativ. Wokeness ist nicht progressiv und die wissenschaftlich fundierte Kritik daran ist sicher nicht konservativ.

Es gibt zwar eine konservative, wenn nicht gar eine rechtspopulistische Kritik gegenüber Wokeness. Wenn man, so wie viele Woke es tun, jede Kritik gegen ihre Bewegung als konservativ oder sogar als rechtspopulistisch bezeichnet, handelt es sich dabei um ein wokes Narrativ, um jede Opposition gegen die woken Ideologien in die rechte Ecke zu drängen. Eine solche Behauptung stimmt ganz offensichtlich nicht. Die überwiegende Mehrheit der Autorinnen und Autoren, die in den Büchern «Freiheit ist

keine Metapher» sowie «Siebter Oktober Dreiundzwanzig» mitgewirkt haben, stehen politisch links, haben einen migrantischen Hintergrund und sind schwul oder lesbisch.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/antisemitismus-vorwuerfe-harvard-praesidentin-tritt-nach-heftiger-kritik-zurueck>

<https://www.thefp.com/p/bari-weiss-how-to-fix-higher-education> (Artikel von Bari Weiss, einer lesbischen Frau, die alles andere als konservativ ist und die hier angesprochenen Themen adressiert)

62. Der Unterzeichnete hat gegenwärtig über 22'500 Follower auf «X», darunter sehr viele Journalisten, auch solche vom Schweizer Fernsehen und der SRG. Am 22. Dezember 2023 hat er folgenden Post verfasst und das Schweizer Fernsehen wegen seiner fehlenden Berichterstattung über die Angelegenheit Claudine Gay massiv kritisiert.

«Claudine Gay heisst die Präsidentin der wohl renommiertesten Universität der Welt, namentlich von @Harvard.

Diverse Medien haben vor einigen Wochen über sie und die Präsidentinnen von Penn und MIT, die ebenfalls zu den besten Schulen der Welt gehören, berichtet, wie sie vor einem Ausschuss des Kongresses das Pogrom vom 7. Oktober "kontextualisierten".

In der Folge ist die Präsidentin von Penn zurückgetreten. In der Schweiz haben die @NZZ, der @tagesanzeiger und sicherlich auch weitere Medien darüber berichtet. @srfnews schwieg. Wenn man den Namen "Claudine Gay" auf der SRFNews Seite sucht, kommt ein Hinweis auf einen schwulen DJ.

Siehe: <https://srf.ch/suche?q=claudine+gay&date=all&page=0>

Von Claudine Gay scheinen die #Wokies am Leutschenbach noch nie etwas gehört zu haben, was ich eher nicht glaube...

Seit einigen Tagen sind Claudine Gay und Harvard zudem wegen Plagiatsvorwürfen arg unter Beschuss. Die Professorin für die #woke linke Disziplin "African American Studies" soll im Verlauf ihrer gesamten akademischen Karriere gemogelt haben. Die Beweise sind erdrückend und werden von Harvard sogar eingeräumt aber nicht als "schlimm" wahrgenommen, obwohl die Universität damit eigenen Massstäben und Reglementen widerspricht. Der Kongress, der gegenwärtig eine Untersuchung über die Zustände an den amerikanischen Universitäten führt, hat die Untersuchung auf diese Plagiatsvorwürfe ausgeweitet.

Zunächst berichteten die eher links stehenden Medien in den Vereinigten Staaten nicht oder nur stiefmütterlich über die Plagiatsaffäre. Mittlerweile haben die CNN, die Washington Post und die sogar New York Times die Haltung von Harvard kritisiert und auch die Plagiatsvorwürfe als wahr dargestellt. Gestern erschien in der New York Times ein Meinungsbeitrag darüber, warum Claudine Gay gehen müsse.

Dass @srfnews über diese Vorgänge nicht berichtet, erfolgt sehr bewusst, weil damit das woke-linker Narrativ der Redaktionsführung gestört würde.

Man berichtet lieber über die komplett belanglosen Demonstrationen der linken Argentinier, die gegen die geplanten Massnahmen des neuen Präsidenten Milei demonstrieren, für die er von der Mehrheit des argentinischen Volkes gewählt wurde oder über die "BookTokerin" Valentina Vapeaux.

Der grassierende #Antisemitismus an den amerikanischen Universitäten, der von den #Woke-Linken ausgeht, die Sympathien für die #Hamas und andere Islamofaschisten, die Zustände an den amerikanischen Universitäten, wo die zukünftige Führung der Vereinigten Staaten ausgebildet wird und die Plagiatrix Claudine Gay sind für @srfnews keine Themen, um diese journalistisch anzugehen.

Das ist nicht Lügen-, sondern #Lückenpresse!

Und niemand soll behaupten, dass keine Absicht dahinter stecke!

#Halbierungsinitiative»



The New York Times



PLAY THE CROSSWORD

OPINION

JOHN MCWHORTER

Why Claudine Gay Should Go

Dec. 21, 2023, 8:48 p.m. ET



Beweis:

<https://x.com/AtticusJazz/status/1738090103363285271>

63. Das war der zweite Post, den der Unterzeichnete über diese Angelegenheit auf X veröffentlichte. Bereits am 11. Dezember 2023 hatte er den nachfolgenden Text geschrieben:

«Über den grassierenden #Antisemitismus an den amerikanischen Universitäten, über den dort vorzufindenden Support für die #Hamas, über die "kontextualisierenden" #woke-linken Präsidentinnen von Harvard, Penn und MIT, die bei einer Anhörung letzte Woche einen weltweiten Skandal ausgelöst haben, wurde in verschiedenen internationalen Medien berichtet, auch in der Schweiz, beispielsweise in der @NZZ oder im @tagesanzeiger

Selbst die deutschen #OERR-Sender haben sich damit auseinandergesetzt.

Vergeblich sucht man nach einer Meldung oder einem Artikel bei @srfnews.

Keine einzige Zeile!

Offenbar würde ein Bericht über dieses Ereignis und eine journalistische Auseinandersetzung mit diesem Skandal dem antiisraelischen und #woke-linken Narrativ der @srfnews-Redaktion widersprechen.

#Halbierungsinitiative


@SRF»

Beweis: <https://x.com/AtticusJazz/status/1734104976597700618>

63. Obwohl srf.ch am 2. Januar 2024 viel zu spät über die Affäre Claudine Gay berichtete, fand beim Schweizer Fernsehen und bei anderen Sendern der SRG keine echte journalistische Auseinandersetzung mit der Thematik statt, namentlich mit dem akademischen Antisemitismus und mit den Sympathien von Studenten und Professoren mit der Hamas und anderen dschihadistischen Terroristen. Das ist weder zufällig noch ist das auf das journalistische Unvermögen des SRG-Hauses zurückzuführen. Mit anderen Worten führt man nicht nur mit bestimmten Intellektuellen und Akademikern keine Gespräche, wie oben aufgezeigt wurde. Man gibt bestimmten Nachrichten auch keinen Raum, weil damit das eigene woke Narrativ gestört würde. Um nur ein Beispiel von vielen zu geben, wird auf den Artikel des NZZ-Journalisten Lucien Scherrer vom 10. Januar 2024 verwiesen, der sich mit dem Thema akademischer Antisemitismus und mit den offen gezeigten Sympathien in diesen Kreisen gegenüber der Hamas, Hisbollah und der Houthi beschäftigt. Es sollte auch klar sein, dass auch ein Lucien Scherrer, der sich immer wieder kritisch gegenüber dem Phänomen «Wokeness» äussert und über den akademischen Antisemitismus berichtet, ebenfalls nicht den Hauch einer Chance hätte, beim Schweizer Fernsehen einen Gastauftritt zu haben, weil seine Recherchen das woke Narrativ des Schweizer Fernsehens stören würden.

Beweis: <https://www.nzz.ch/feuilleton/claudine-gay-harvard-wokismus-antisemitismus-ld.1773448>


64. In der NZZ erschienen seit dem 7. Oktober 2023 folgende Artikel über Claudine Gay. Man kann den darin vorzufindenden Inhalt nicht einmal ansatzweise mit dem beschönigenden Interview vom 4. Januar 2024 auf srf.ch vergleichen. Und nochmals: Die SRG fing erst am 2. Januar 2024 über Claudine Gay zu berichten. Die NZZ beschäftigte sich mit dem Thema wesentlich früher. Hier eine Auswahl von vielen Artikeln:
- NZZ vom 20. Oktober 2023 (S. 30), «In Harvard und Stanford eskaliert der Antisemitismus – Elitäre Zöglinge feiern den Pogrom», von Josef Joffe
 - NZZ vom 7. Dezember 2023 (S. 4), «Abgeordnete nehmen Universitäts-Präsidentinnen in die Mangel, von David Signer
 - NZZ vom 11. Dezember 2023 (S. 3), «Universitätspräsidentin tritt nach Antisemitismus-Skandal zurück, von David Signer
 - NZZ vom 4. Januar 2024 (S. 32), «Der Widerstand gegen die ideologisierten Unis wächst», von Josef Joffe
65. Obwohl sich beim Tages-Anzeiger die woken Ideologien grösster Beliebtheit erfreuen, kann über diese Zeitung nicht gesagt werden, dass sie die Affäre um die Universitätspräsidentinnen, die am 5. Dezember 2023 begann, sehr bewusst unter den Teppich kehrte, wie dies beim Schweizer Fernsehen und bei anderen Medienkanälen der SRG erfolgte. Dieses manipulative Verschweigen, welches man bei der SRG auch im Zusammenhang mit den Universitätsprotesten vorfinden kann, fand bei dieser linksliberalen respektive linken Zeitung also nicht statt. Nur im Monat Dezember 2023 erschienen insgesamt sechs Artikel über die Affäre, von denen vier im unten zu sehenden Screenshot zu sehen sind. Der Suchbegriff, den der Unterzeichnete in die Suchmaschine von Tages-Anzeiger eingab, war «Claudine Gay». Niemand kann ernsthaft behaupten, dass die Journalistinnen und Journalisten der SRG, die ja auch die Zeitung lesen, über diese Berichterstattung und von dieser Affäre nichts mitbekommen hätten. Dass erst am 2. Januar 2024 darüber berichtet wurde, war alles andere als ein Zufall und kann nicht bloss mit der extrem schlechten journalistischen Qualität von SRG-News-Inhalten begründet werden. Dieses Verschweigen ist eine sehr bewusst erfolgende Manipulation. Es ist klar, dass diese Affäre nicht zum beanstandeten Gegenstand der Popularbeschwerde gehören kann, weil die entsprechende Frist abgelaufen ist. Dass der Unterzeichnete dennoch darauf hinweist, hat damit zu tun, dass die Manipulation durch unterlassene Berichterstattung bei der SRG systematisch ist und weil diese Affäre in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Universitätsprotesten steht, die ab 17. April 2024 besonders virulent wurden und über die sehr bewusst erst eine Woche später berichtet wurde. Die Spät- respektive Nichtberichterstattung ist damit eine Konstante. Weiter unten sind weitere solcher Beispiele aufgeführt.



Präsidentin von US-Universität
Sie löste einen Sturm der Entrüstung aus und muss nun gehen

Die Präsidentinnen dreier führender US-Hochschulen geraten nach Äußerungen zu Antisemitismus enorm unter Druck. Nun gibt Liz Magill von der University of Pennsylvania ihr Amt ab.


10.12.2023 🔖



Aussagen zum Genozid an Juden
Uni-Präsidentin tritt nach heftiger Kritik zurück

Liz Magill sorgte mit ausweichenden Aussagen zum Genozid an Juden für Aufruhr. Nun hat sie ihr Amt als Präsidentin der Universität of Pennsylvania freiwillig niedergelegt.


10.12.2023 🔖



Präsidentinnen von Elite-Unis
Ausweichende Aussagen zu Genozid an Juden empören die USA

Die Präsidentinnen von Harvard, MIT und Penn geraten nach einer Antisemitismus-Anhörung unter Druck. Gewichtige Stimmen verlangen wegen den «widerwärtigen» Antworten ihren Rücktritt.

07.12.2023 🔖



Abo **Antisemitismus an US-Hochschulen**
«Wir bekennen uns zur freien Meinungsäußerung, auch wenn sie hasserfüllt ist»

Nach propalästinensischen Demos an amerikanischen Elite-Universitäten befragen Abgeordnete im Kongress die Präsidentinnen von Harvard, Penn und MIT. Diese verurteilen die Gewalt der Hamas – und weisen auch auf die zunehmende Islamfeindlichkeit hin.

06.12.2023 🔖

66. Erwähnenswert in der Causa Claudine Gay ist noch, dass selbst die deutschen öffentlich-rechtlichen Sender nicht dieselbe Strategie des Verschweigens verfolgt haben wie die SRG, obwohl auch diese eine woke Policy verfolgen, israelfeindlich sind und natürlich auch manipulativ. ZDFheute hat am 10. Dezember 2023 über den Rücktritt von Liz Magill berichtet. Am 12. Dezember 2023 erschien ein Artikel mit dem Titel «US-Unis: Antisemitismus ohne Grenzen?», in welchem über die Affäre berichtet wurde. Diese Beispiele aus dem benachbarten Ausland zeigen, dass die SRG nicht einfach nur woke ist, sondern auch wesentlich manipulativer als andere woke Kolleginnen und Kollegen bei anderen öffentlich-rechtlichen Sendern. Es wird dabei eine Strategie der Unterlassung verfolgt, um die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Beweis: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/usa-antisemitismus-uni-magill-ruecktritt-100.html>

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/usa-antisemitismus-universitaeten-juedische-studierende-anhoerung-100.html>

67. Besonders schön sichtbar wurde diese manipulativ erfolgende Unterlassung im Zusammenhang mit den RKI-Protokollen, als sich am 27. März 2024 der Chefredakteur von SRFNews, Tristan Brenn, auf «X» (vormals Twitter) zu Wort meldete. Er schrieb:

«🔍 Warum berichtet @SRF nicht über die #RKIProtokolle ? Das haben sich viele gefragt, leider oft begleitet von Unterstellungen und Verschwörungstheorien über Medien und Politik, die angeblich Dinge unter den Teppich kehren. Zur Klarstellung ein kurzer #Thread 1/4

Die laufende Bewertung der #Corona-Situation war kompliziert. Widersprüche in der Beurteilung der Lage weisen nicht auf eine «gelenkte» Politik hin. Das zeigt dieser Bericht der @tagesthemen zu den RKI-Files vorbildlich auf:

Für die Schweiz hat die innerdeutsche Diskussion um die Protokolle des #RKI nicht denselben Stellenwert wie für Deutschland. Die Schweiz hatte andere Richtlinien in der #Coronapolitik. Die Entscheide des Krisenstabs des @rki_de hatten somit kaum Einfluss auf die CH.

Es geht nicht darum, wichtige Nachrichten zu ignorieren, sondern um eine sorgfältige Auswahl dessen, was für unser Publikum am relevantesten ist. Das ist nicht immer einfach zu beantworten – und ist eine Herausforderung für jedes Medienhaus.»

Der Unterzeichnete schrieb dazu in den Kommentaren:

«Lieber Herr Brenn

Wenn ich ehrlich bin, würde mich Ihre Berichterstattung über die #RKIProtokolle ohnehin nicht interessieren, weil ich Ihre tendenziösen und manipulativen Sendungen einfach nicht mehr schaue.

Interessant ist allerdings, dass Sie gerade erst vor zwei Stunden über diese linke Demo in Budapest berichtet haben. Ich denke nicht, dass das Interesse des Schweizer Fernsehpublikums gegenüber dieser Demo höher ist als zu den RKIProtokollen, die in unserem Nachbarland Deutschland ein Thema sind.

<https://twitter.com/srfnews/status/1773011908813017409>

Sie haben über das Hearing der drei Präsidentinnen der Elite-Universitäten Harvard, Penn und MIT nicht berichtet, auch nicht über das Plagiatsskandal um Claudine Gay und kaum etwas über die Zustände an den amerikanischen Universitäten. Über Claudine Gays Rücktritt kam dann anfangs Januar eine kurze Meldung.

Seit drei Jahren haben mehrere Formate des @SRF über die komplett belanglose Aktion von Marlene Engelhorn, die es ungerecht findet, dass sie 25 Mio. EUR geerbt hat, mehrfach berichtet.

Sie berichteten immer wieder über linken Protest gegen den gewählten Präsidenten von Argentinien Milei und unterzogen seine Aussagen beim WEF einem sog. Faktencheck. Ich habe nachgesehen. Faktenchecks über linke Politikerinnen und Politiker findet man auf Ihrer Seite nicht.

Zu Diskussionssendungen werden immer wieder Personen eingeladen, die dem Narrativ des SRF-Journalisten entsprechen. Das betrifft die Sendungen #SRFArena und #SRFClub. Kontroverse Meinungen sind dort unerwünscht.

Der einzige Grund, warum ich @SRF nicht vollständig von meiner Sendeauswahl entfernt habe, hat mit Ihrer Filmredaktion zu tun. Auf 6 Kanälen kommen unterschiedlichste Filme in der Originalfassung.

Ihre journalistische Arbeit - ganz besonders die Nahostberichterstattung - finde ich tendenziös und unverantwortlich. Damit meine ich insbesondere die israelfeindliche Journalistin Susanne Brunner.

Da ich keinen Mehrwert in Ihrer Arbeit erkenne, informiere ich mich über die @NZZ und anderswo über das Weltgeschehen und über die Schweiz.

Berichten Sie ruhig nicht über die RKI-Files. Damit bestätigen Sie einmal mehr den negativen Eindruck, den ich über @srfnews habe.

Freundliche Grüsse»

Tristan Brenn hatte 121 Likes für seinen Post, der Unterzeichnete 488. Nicht nur das: Diverse Schweizer Medien haben durchaus über die RKI-Files berichtet. Einzelne haben diesen kein grosses Gewicht beigemessen, andere wiederum sahen es anders. Es fand eine journalistische Auseinandersetzung mit der Thematik statt. Seitens SRF-News kam lediglich eine wenig überzeugende Entschuldigung des Chefredaktors auf X, warum man nicht darüber berichtet. Gerade in einem Themenbereich, in welchem zahlreiche Verschwörungstheorien und Falschdarstellungen existieren, ist das sträflich. Mit ihren strategisch erfolgenden und manipulativen Unterlassungen sorgt das SRF für die Entstehung von Verschwörungstheorien. Das Schweizer Fernsehen verfolgt allerdings - und dies ist keine Verschwörungstheorie - ganz offensichtlich das Ziel, die öffentliche Meinung zu manipulieren und zu beeinflussen, indem über bestimmte relevante Themen, die für die Bevölkerung von Interesse sind, sehr bewusst nicht berichtet wird. Unten werden einige Screenshots aus Schweizer Medienberichterstattungen gezeigt.

Abd Pandemie-Massnahmen Deutschland

Aufregung um interne Corona-Protokolle

Trotz grossflächiger Schwärzungen geben die neu veröffentlichten Protokolle des deutschen Robert-Koch-Instituts Einblicke in die Diskussionen während der Pandemie. Manche Passagen werfen Fragen auf.

Christina Berndt, Markus Grill, Lena Kampf, Kristiana Ludwig, Jana Heck
Publiziert: 30.03.2024, 09:19

10



🏠 | Ausland | So viel Zunder steckt wirklich in den Covid-Protokollen des deutschen RKI

B+ Interne Corona-Akten des deutschen Robert-Koch-Instituts empören

So viel Zunder steckt wirklich in den Covid-Protokollen

Vergangene Woche wurden die Protokolle des deutschen Covid-Krisenstabs veröffentlicht. Einzelne Zitate daraus sorgen für grosse Empörung. Doch ist die berechtigt? Blick beantwortet die wichtigsten Fragen zu den sogenannten RKI-Files.

Publiziert: 28.03.2024 um 00:01 Uhr | Aktualisiert: 28.03.2024 um 06:54 Uhr



Front Wetter Schweiz #WIRTSCHAFTSZUKUNFT Sport Zürich Bern Basel Zentralschweiz Ostschweiz

CORONA-KRISENSTAB Publiziert 27. März 2024, 08:21

Steckt in den RKI-Files wirklich ein Skandal?

Auf Social Media trendet der Hashtag #RKIfiles. Dabei geht es um Protokolle des Robert-Koch-Instituts, die von einem alternativen Magazin freigelegt und veröffentlicht wurden. Sie enthalten angeblich Skandalöses.

von  **Fee Anabelle Riebeling, Jean-Claude Gerber**

 2308 79

International

NZZ

INTERVIEW

«Das ist ein kommunikatives Desaster»: Virologe Hendrik Streeck über die RKI-Files, fehlende Corona-Aufarbeitung und Karl Lauterbach

Die lange unter Verschluss gehaltenen Dokumente des Robert-Koch-Instituts haben viele Fragen aufgeworfen. Mit der NZZ spricht der Mediziner Hendrik Streeck über die «RKI-Files», seinen Rivalen Christian Drosten und darüber, was für die nächste Krise wichtig ist.

Beatrice Achterberg, Berlin

29.03.2024, 05:30 Uhr 4 min



68. Der Unterzeichnete steht nach wie vor zu dem, was er damals an Tristan Brenn geschrieben hat. Die UBI wird insbesondere darauf hingewiesen, wie auf SRG-Kanälen jahrelang über die österreichische Millionenerbin Marlene Engelhorn berichtet wurde und wo sie überall zu Gast war. Warum diese Aktion einer linken Aktivistin für das Schweizer Publikum derart relevant sein soll, über die während drei Jahren und gleich mehrfach berichtet wird, während man über die RKI-Files sehr bewusst nicht

berichtet, kann man nur damit erklären, dass die SRG die öffentliche Meinung ganz im Sinne der woken Journalisten, die dort arbeiten, manipulieren will.

Der Unterzeichnete hat unten die Google-Suche «Marlene Engelhorn srf» verlinkt. Was man erkennen kann: Wie eine linke NGO hat das Schweizer Fernsehen diese komplett belanglose Aktion während mehr als drei Jahren regelrecht promotet. Engelhorn war in den «Sternstunden», im Club und in zahlreichen anderen Sendeformaten dauerpräsent. Über andere Dinge hingegen hat man geflissentlich geschwiegen, obwohl eine News-Relevanz sehr offensichtlich gegeben war und während andere Medien darüber berichteten.

Beweis: <https://x.com/brennr/status/1773047699144618319>

<https://x.com/AtticusJazz/status/1773059942557143173>

https://www.google.com/search?q=marlene+engelhorn+srf&sca_esv=a76695392a9980a7&sxsrf=ADLYWIIPr-caDE4BXGYrYoEa-vuxv3NG1Byw%3A1716982097017&source=hp&ei=UBFXZsquOdGki-gPuPKn6A0&ifl-sig=AL9hbdgAAAAZlcfYSj9LASaq97gPlckhkaTeNgLtMxU&oq=marlene+e&gs_lp=Egdnd3Mtd2l6lglfYXJsZW5lIGUqAggAMgoQlxi-ABBgngloFMgoQlxiABBgngloFMgQQlXgnMggQLhiABBixA-zIFEAAyGaqyBRAAGIAEMgUQABiABDIFEAAyGaqyBRAAGIAEMgUQABiABEjZE1AAWLMlcAB4AJABAjgBVqABjwWqAQE5uAEBYAEA-AEB-mAlJoAK3BclC-CxAAGIAEGLEDGIMBwgIEEC4YA8ICERAUgIAEGLEDGNEDGIMBGMcBwglOEC4YgAQYsQMY0QMYxwHCAgsQLhiABBjRAXjHAcCCxAuGIAEGLEDGIMBwglOEC4YgAQYsQMYgwEYigXCAgUQLhiABMIC-CBAAGIAEGLEDmAMAKgcBOaAH1KAB&sclient=gws-wiz#ip=1 (Google-Suche «Marlene Engelhorn SRF»)

68. Weitestgehend ein Blindfleck bei den Sendern der SRG, namentlich auch beim Schweizer Fernsehen und auf srf.ch ist Judith Butlers Verhalten nach dem 7. Oktober 2023, der Chefideologin der Queer Theory Bewegung. Judith Butler ist eine bekannte Antisemitin (und nicht «bloss» Antizionistin), was auch im oben verlinkten Vortrag von Ingo Elbe angesprochen wird sowie aus diversen Artikeln in den Büchern «Freiheit ist keine Metapher» sowie «Siebter Oktober Dreiundzwanzig» entnommen werden kann. Bereits im Jahr 2006 meinte sie, dass die Hamas und die Hisbollah progressiv seien und zu den globalen Linken gehören würden. Kurz nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 veröffentlichte Judith Butler im London Review of Books einen Artikel, mit dem sie den Massenmord an Juden «kontextualisierte», was auf heftige Kritik stiess. Später bezeichnete sie, die in ihrem Werk die absolute Gewaltlosigkeit postuliert (etwa in «Die Macht der Gewaltlosigkeit»), das Pogrom als «Akt des bewaffneten Widerstands» und stellte in Abrede, dass die grausamsten Sexualverbrechen, die am 7. Oktober 2023 durch Hamas-Terroristen und von Teilen der palästinensischen Zivilbevölkerung begangen wurden, überhaupt stattfanden. Eine journalistische Auseinandersetzung mit der «Starphilosophin», wie sie in woken Kreisen immer wieder genannt wird, welche einerseits die absolute Gewaltlosigkeit

postuliert aber durchaus in der Lage ist, einen genozidalen Massenmord an Juden als «Akt des bewaffneten Widerstands» zu bezeichnen, fand in den SRG-Medien nicht statt.

Beweis: <https://www.lrb.co.uk/the-paper/v45/n20/judith-butler/the-compass-of-mourning> (Essay von Judith Butler)

https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2024/03/16/eva-illouz-judith-butler-s-remarks-on-amas-remind-us-that-intellectuals-too-can-indulge-in-deception_6624620_23.html (unter vielen)

https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2024/03/15/judith-butler-by-calling-amas-attacks-an-act-of-armed-resistance-rekindles-controversy-on-the-left_6621775_23.html

<https://www.amazon.de/Die-Macht-Gewaltlosigkeit-Ethische-Politischen/dp/3518587552> (Buch von Judith Butler)

69. Eine journalistische Auseinandersetzung mit dem offenen Antisemitismus und der Menschenverachtung von Judith Butler fand beim SRF deshalb nicht statt, weil dies das woke Narrativ der SRG und die positive Sicht der woken Journalistinnen und Journalisten der SRG gegenüber Wokeness gestört hätte. In der NZZ hingegen erschienen seit dem 7. Oktober 2023 mehrere Artikel über Judith Butler im Zusammenhang mit dem akademischen Antisemitismus:

- NZZ vom 20. Oktober 2023 (S. 17): «Die Würde des Menschen ist antastbar», von Roman Bucheli
- NZZ vom 30. Oktober 2023 (S. 19): «Terror – ein Perpetuum mobile von Gewalt», Gastkommentar von Eduard Käser
- NZZ vom 4. November 2023 (S. 44): «Ich klage an», von Zelda Biller
- NZZ vom 7. November 2023 (S. 32): Interview von Paul Jandl mit Doron Rabinovici
- NZZ vom 9. November 2023 (S. 29): «Wenn Denker zu Agitatoren werden», von Thomas Ribi
- NZZ vom 11. November 2023 (S. 2): «Opfertationen stehen in ihrem Denken Täternationen gegenüber», von Ulrich Schmid
- NZZ vom 1. Dezember 2023 (S. 21): «Kein Aufbegehren gegen die Hamas», von Mirna Funk
- NZZ vom 2. Dezember 2023 (S. 36): «Als ich Juden nicht riechen konnte – Über den Antisemitismus von Josef Stalin, Judith Butler, Greta Thunberg und mir», von Boris Schumatsky
- NZZ vom 11. Dezember 2023 (S. 32): «Traktat über die Verirrten», von Benedict Neff
- NZZ vom 27. Dezember 2023 (S. 31): «Das Ende der Dämonisierung», von Ahmad Mansour
- NZZ vom 27. Januar 2024 (S. 40): «In Deckung gehen hinter dem Kollektiv», von Roman Bucheli

- NZZ vom 22. März 2024 (S. 35): «Die Philosophin der Gewalt – Frauen sind keine Frauen, der Hamas-Terror ist legitimer Widerstand – Judith Butler verfängt sich in ihren Theorien», von Thomas Ribi
 - NZZ vom 23. März 2024 (S. 40): «Zynische Versuche, die Hamas zu entlasten», von Birgit Schmid
 - NZZ vom 28. März 2024 (S. 35): «Ist es jüdischer Selbsthass?», von Andreas Scheiner
 - NZZ vom 16. Mai 2024 (S. 30): «Gebildete Barbaren», von Michael Wolffsohn
 - NZZ am Sonntag vom 19. Mai 2024 (S. 52 f.): Interview von Martina Läubli mit Ronja Othmann
 - NZZ vom 27. Mai 2024 (S. 19): «Getrieben vom Selbsthass», von Tomer Persico
70. Auch der Tages-Anzeiger hat im Zusammenhang mit Judith Butler und dem akademischen Antisemitismus Artikel veröffentlicht. Beispielhaft werden nachfolgend drei genannt.
- Tages-Anzeiger vom 30. Oktober 2023: «Wo zur Hölle ist der Postkolonialismus falsch abgebogen», von Philipp Bovermann
 - Tages-Anzeiger vom 1. November 2023: «Judith Butlers moralischer Bankrott», von Michèle Binswanger
 - Tages-Anzeiger vom 8. März 2024: «Starphilosophin sorgt für Entsetzen – und rechtfertigt sich», von Andreas Tobler
71. Wenn man auf der Seite von srf.ch «Judith Butler» eingibt, bekommt man mehrere Treffer, womit man klar sagen kann, dass sie keine Unbekannte bei der SRG ist. Seit dem 7. Oktober 2023 wurde dort ein einziger Artikel im Zusammenhang mit der bekannten Antisemitin und Queer Theory Ideologin veröffentlicht, und zwar am 25. Oktober 2023 und damit keine drei Wochen nach dem Pogrom. Der Titel des Artikels von Hannah Krug lautet «*Muss die Schweizer Kulturszene mehr Debatte aushalten?*». Im apologetischen Artikel wird kritisiert, dass Fazıl Say, ein Pianist von Weltrang, von Migros-Kulturprozent eingeladen wurde, nachdem dieser sich in den sozialen Medien mehrfach massiv antisemitisch geäußert hatte und sich positiv über das Verhalten von Erdogan, der die Hamas unterstützt, vernehmen liess.

Lapidar äussert sich die Autorin über Judith Butler wie folgt:

«Die Absage von Says Konzerten steht in einer Reihe mit ähnlichen Vorfällen. Auch ein Symposium in Bern wurde zuletzt abgesagt. Eingeladen war die US-amerikanische Philosophin Judith Butler, die sich kürzlich in einem Essay in der London Review of Books zum Nahostkonflikt positioniert hatte.»

Teil des Artikels ist ein aufklappbares Kästchen, wo man Folgendes nachlesen kann:

«Die Causa Judith Butler erklärt

Die Philosophin und Geschlechterforscherin Judith Butler selbst Jüdin, ist eine der prominentesten Vertreterinnen der globalen Linken. Sie gehört der israelkritischen BDS-Bewegung an.

Butler unterzeichnete kürzlich einen offenen Brief, in dem Kulturschaffende und Intellektuelle «Gerechtigkeit für die Palästinenser in Gaza» fordern. Ausserdem machte sie mit einem Essay in der London Review of Books auf sich aufmerksam. Darin verurteilt sie zwar den Angriff der Terrororganisation Hamas, kommt dann aber schnell auf eine alte linke Kritik an Israels Palästinenserpolitik zu sprechen.

Am 26. Oktober sollte sie beim Symposium «Gender and the Politics of Fear» in der Dampfzentrale Bern einen Vortrag halten. Die Veranstaltung wurde nun von der Universität Bern abgesagt.

In einer schriftlichen Erklärung heisst es dazu: «Der Anlass wurde aufgrund unvorhergesehener Umstände und aus persönlichen Gründen abgesagt. Ob diese Gründe mit dem Krieg im Nahen Osten in Verbindung stehen, entzieht sich unserer Kenntnis.»»

Beweis: <https://www.srf.ch/kultur/musik/nach-ausladung-von-starpianist-muss-die-schweizer-kulturszene-mehr-debatte-aushalten>

72. Man kann diesen Artikel, in welchem – ohne dass es ausdrücklich ausgesprochen wird – Cancel Culture gegen die beiden Antisemiten Fazıl Say und Judith Butler beklagt wird, als eine Schönfärberei bezeichnen. Die Kritik gegenüber Judith Butler, die man in dieser Rechtsschrift bisher zitierten Artikeln (Bücher und Zeitungsartikel) und im YouTube-Video mit dem Vortrag von Ingo Elbe vorfinden kann, nach der Lektüre dieses Artikels nicht einmal erahnen. Der Artikel ist auch nicht eine blossere Vereinfachung, sondern eine Apologie und Fürsprache für Judith Butler. Zunächst wird darauf hingewiesen, dass Butler selbst eine Jüdin sei, um zu suggerieren, dass sie daher gar keine Antisemitin sein kann. Die BDS ist ausserdem nicht bloss «israelkritisch», sondern antisemitisch. In der Bewegung gibt es zahlreiche Islamisten, und die Vernichtung Israels ist deren Ziel. Ausserdem ist Judith Butler keine Geschlechterforscherin. Sie hat Philosophie studiert und unterrichtet sprachwissenschaftliche Fächer. Sie ist Lehrstuhlinhaberin für Rhetorik und Komparatistik an der University of California, Berkeley.

Nach diesem 27. Oktober 2023 kam auch nie ein Wort über Judith Butler in den Medienkanälen der SRG. Der Grund dafür ist einfach: Man wollte das eigene woke Narrativ nicht stören respektive zerstören. Die komplette Auslassung einer Berichterstattung über Claudine Gay bis zum 2. Januar 2024 und dieser apologetische Beitrag über Judith Butler sind daher sicher nicht zufällig. Judith Butler gilt bei den Woken als eine Ikone. Ihr Antisemitismus vorzuwerfen, kommt daher nicht in Frage. Hier wird besonders gut deutlich, dass das Schweizer Fernsehen und die SRG im Allgemeinen sehr bewusst bestimmte Meinungen gar nicht zulassen, Personen, welche diese Meinungen vertreten, gar nicht erst einladen und sehr bewusst über bestimmte Ereignisse und Vorfälle, die das eigene woke Narrativ stören könnten, erst gar nicht berichten. Vor allem: Wenn man ausschliesslich SRG-Medien konsumiert, kann man über die Existenz eines akademischen Antisemitismus und der Radikalität von Judith Butler gar nichts wissen.

73. Ein weiteres Beispiel, um aufzuzeigen, dass das SRF und die SRG ein wokes Narrativ pflegen, über bestimmte Dinge und Ereignisse ganz bewusst schweigen, Personen,

die substantielle Kritik vorbringen könnten, bewusst ignorieren, ist das Beispiel Greta Thunberg, die bekannteste Schulschwänzerin der Welt und der Kopf der Bewegung FFF, die sich queerfeministisch, intersektionell und postkolonialistisch versteht, sprich woke ist. Wenn man in die Suchfunktion von SRF «Greta Thunberg» eingibt, gibt es insgesamt 185 Artikel, in welchen ihr Name vorkommt. Was allerdings auffällt, ist, dass nur zwei von diesen Artikeln nach dem 7. Oktober 2023 geschrieben wurden und keiner von den beiden auf den offenen Antisemitismus der jungen Schwedin eingeht.

Beweis: <https://www.srf.ch/suche?q=%22Greta+Thunberg%22&date=all&page=0>

74. Anders sieht es in der NZZ aus, wo der Antisemitismus von Greta Thunberg in mehreren Artikeln angesprochen wird.

Beweis: <https://www.nzz.ch/feuilleton/greta-thunberg-gaza-israel-hamas-antisemitismus-fridays-for-future-ld.1765847>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/willkommen-zum-genozid-song-contest-greta-thunberg-beteiligt-sich-am-mobbing-gegen-die-israelische-saengerin-edon-golan-das-passt-zu-ihrer-neuen-rolle-als-ikone-von-antisemiten-und-verschwörungstheoretikern-ld.1830302>

<https://www.nzz.ch/meinung/greta-thunberg-und-fridays-for-future-verirren-sich-in-duesterem-antikapitalismus-und-antisemitismus-dem-klima-tun-sie-damit-den-groessten-schaden-an-ld.1762973>

<https://www.nzz.ch/international/antisemitismus-von-greta-thunberg-wenden-sich-sogar-gruene-und-journalisten-ab-ld.1765580>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/als-ich-juden-nicht-riechen-konnte-ueber-den-antisemitismus-von-josef-stalin-judith-butler-greta-thunberg-und-mir-ld.1767043>

<https://www.nzz.ch/der-andere-blick/luisa-neubauer-versagt-bei-der-distanzierung-von-greta-thunbergs-antisemitismus-ld.1763535>

<https://www.nzz.ch/schweiz/die-gruppe-klimastreik-schweiz-erinnert-an-den-holocaust-und-hetzt-dann-gegen-israel-ld.1776383>

<https://www.nzz.ch/international/fridays-for-future-und-die-angebliche-verschwörung-gegen-palaestina-ld.1762832>

<https://www.nzz.ch/meinung/fridays-for-future-und-antisemitismus-luisa-neubauer-macht-es-sich-zu-leicht-ld.1762844>

75. Auch der Tages-Anzeiger hat über den Antisemitismus von Greta Thunberg berichtet, so wie viele andere schweizerische und ausländische Medien. Selbst der Blick und die Gratiszeitung 20 Minuten haben darüber geschrieben. Das Schweizer Fernsehen

und die übrigen SRG-Medien sind an diesem Thema nicht interessiert, weil es das eigene woke Narrativ stören respektive zerstören könnte.

- Beweis:** <https://www.tagesanzeiger.ch/editorial-greta-thunberg-und-ihre-freunde-vom-kalifat-357767232951>
- <https://www.blick.ch/people-tv/vor-der-esc-halle-greta-in-malmoe-von-der-polizei-abgefuehrt-id19729322.html>
- <https://www.watson.ch/international/israel/627515639-greta-thunberg-bei-protest-gegen-israel-teilnahme-am-esc-abgefuehrt>
- <https://www.tagblatt.ch/vermishtes/nahostkonflikt-tausende-protestieren-in-malmoe-gegen-israels-teilnahme-am-eurovision-song-contest-ld.2617337>

g. Rekapitulation des 1. Teils

76. Im ersten Teil der Beschwerdeschrift wurde aufgezeigt, was Antisemitismus und was Antizionismus ist und dass die woken Ideologien, auf die näher eingegangen wurde, strukturell antizionistisch, wenn nicht gar antisemitisch sind, wobei auch keinerlei Berührungspunkte mit dschihadistischen Terroristen existieren, mit denen und deren Taten man sogar sympathisiert. Ferner wurde dargelegt, dass es einen akademischen Antisemitismus gibt, der seit Jahren aus akademischen Kreisen selbst in Büchern und von Journalisten Artikeln kritisiert wird, wobei diese Kritik mehrheitlich nicht konservativ oder rechtspopulistisch ist, sondern oft von migrantischen Kreisen und von politisch links stehenden Personen adressiert wird. Erwähnenswert ist dabei auch, dass diese substantielle und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit den woken Ideologien durch Schwule, Lesben sowie Transsexuelle erfolgt, die den Antisemitismus und den Antizionismus der linksidentitären Szene, die sich selbst als progressiv, queer, postkolonialistisch und antirassistisch definiert, ablehnen.
77. Da das Schweizer Fernsehen und die übrigen SRG-Medienkanäle selbst von den woken Ideologien geprägt sind und viele Journalisten sich seit einiger Zeit wie Aktivisten einer woken NGO benehmen, werden solche Stimmen systematisch nicht gehört und die Medienkonsumenten der SRG können nicht einmal wissen, dass diese Kritik existiert, sofern sie keine anderen Medien konsumieren, wo man diese Kritik durchaus finden kann, und die entsprechenden Fachpublikationen lesen. Damit wird von den SRG-Medien sehr bewusst ein blinder Fleck hergestellt, um das eigene woke Narrativ nicht zu stören.
78. Ganz im Sinne des woken und damit antiisraelischen, antizionistischen und zumindest latent antisemitischen Narrativs der SRG-Medien werden zu Sendungen gezielt jüdische «Kronzeugen» eingeladen, die extrem israelkritisch, antiisraelisch, antizionistisch und nach Wahrnehmung von vielen Juden sogar antisemitisch sind, so beispielsweise Omid Boehm. Obwohl diese Stimmen bei der überwiegenden Mehrheit der Juden umstritten sind und ihre Positionen im besten Fall Minderheitsmeinungen unter den Juden darstellen, werden sie systematisch ausgesucht und eingeladen, während man israelfreundlichen Juden oder anderen Personen, die einen positiven Bezug zu

Israel haben, die eindeutig die überwiegende Mehrheit darstellen, sehr bewusst keine oder höchst selten Gelegenheit gibt, um sich zu artikulieren.

79. Ebenfalls ganz im Sinne des eigenen woken und antizionistischen und latent antisemitischen Narrativs der SRG wird über bestimmte Sachverhalte sehr bewusst wochenlang geschwiegen, die dieses stören könnten, während andere Medien, insbesondere auch schweizerische, mehrfach darüber berichten. Als Beispiele wurden vorgebracht: Der Antisemitismus-Skandal um die drei Präsidentinnen von drei Elite-Universitäten in den Vereinigten Staaten, die komplett fehlende Berichterstattung über Judith Butlers skandalöse Bemerkungen zum 7. Oktober 2023 sowie die komplett fehlende Erwähnung der antisemitischen Radikalisierung von Greta Thunberg.
80. Erwähnt wurde ausserdem die komplett fehlende Berichterstattung über die RKI-Protokolle und die unbeholfene Rechtfertigung von Tristan Brenn, dem Chefredakteur des SRF-News-Teams, welcher der Angelegenheit keine Relevanz beimass. Seine Ausführungen auf «X» machen allerdings deutlich, dass punkto Relevanz bei der SRG eine komplette Willkür vorherrscht. Bei den nachfolgenden Ausführungen geht es konkret über die Vorgänge an den amerikanischen und schweizerischen Universitäten, wo seit dem 7. Oktober 2023 Sympathien gegenüber der Hamas, der Hisbollah und der Houthi offen ausgesprochen, das Pogrom vom 7. Oktober 2023 abgefeiert, die Vernichtung des Staates Israel und damit ein zweiter Holocaust verlangt und die Globalisierung der Intifada postuliert werden. Da gerade an den amerikanischen Universitäten die zukünftige Weltelite ausgebildet wird, welche später an die Spitze von Staaten, Verwaltungen, Unternehmen und anderen Organisationseinheiten kommen wird, kann auf jeden Fall nicht behauptet werden, dass die stiefmütterliche Behandlung dieses Themas einfach ohne Relevanz sei. Da diese Proteste global sind und auch in der Schweiz Ähnliches bereits seit dem 7. Oktober 2023 zu beobachten ist, ist die journalistische Relevanz klar gegeben. Jedenfalls sind diese Vorgänge relevanter als die Aktion von Marlene Engelhorn, über welche die SRG-Medien seit drei Jahren propagandistisch «berichten».
81. Da sich die SRG, ganz besonders das Schweizer Fernsehen, seit einiger Zeit wie eine linksidentitäre NGO aufführt und dabei versucht, die Medienkonsumenten in der Schweiz politisch zu manipulieren, geht es auch nicht um diese vorgeschobene Relevanz respektive Irrelevanz, sondern um das Aufrechterhalten eines eigenen woken Narrativs. Die bisherigen Ausführungen sollten aufgezeigt haben, warum die SRG-Medien derart einseitig, lückenhaft und manipulativ berichten.

2. Teil: Die studentischen Proteste in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz nach dem 7. Oktober 2023

82. Bereits am Tag des Pogroms respektive unmittelbar danach und bevor Israel mit seiner Militäroffensive überhaupt begann, machte sich der akademische Antisemitismus, auf den oben eingegangen wurde, bemerkbar. Diesbezüglich ist zunächst auf den Fall an der Universität Bern hinzuweisen, den auch Dr. Vojin Saša Vukadinović thematisierte. Es wird diesbezüglich auf seine Ausführungen in Ziff. 42 hievor verwiesen. Dieser Fall ist deshalb auch von Relevanz, weil der akademische Antisemitismus ganz offensichtlich nicht bloss die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder betrifft, sondern auch einheimisch ist. Ferner wird dadurch deutlich, dass dieser völlig

unabhängig vom militärischen Eingreifen Israels in Gaza existierte und immer noch existiert. Die israelische Offensive in Gaza begann in der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober 2023. Die Lobpreisungen für die Hamas an den Universitäten und das Bejubeln des Pogroms begannen schon am Tag des grössten Massakers an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg. Damit kann von vornherein gesagt werden, dass die Qualifikation der studentischen Proteste als «Antikriegsproteste» gegen den Krieg in Gaza durch die SRG-Medien mindestens eine grobe Vereinfachung ist, wenn nicht gar falsch. Auch die Bezeichnung «pro-palästinensisch» ist ein irreführendes Framing. Anti-israelisch, antisemitisch und pro-dschihadistisch wären die korrekten Bezeichnungen, es sei denn, dass der Ausdruck «pro-palästinensisch» das Abfeiern eines Pogroms gegen Juden und Verherrlichung von dschihadistischen Terrororganisationen bedeutet.

83. Die NZZ schreibt über den Berner Vorfall: *«Unmittelbar nach dem 7. Oktober hatte ein Mitarbeiter des Instituts den Anschlag als legitimen Akt «palästinensischen Widerstands» gefeiert. In einem Tweet nannte er ihn das «beste Geburtstagsgeschenk» und bedankte sich bei den Terroristen. Der Mitarbeiter, der zugleich der Ehemann der Institutsleiterin ist, wurde fristlos entlassen. Die Universität gab überdies eine externe Untersuchung in Auftrag, deren Resultat nun vorliegt. Die Leiterin des Instituts, Serena Tolino, erhält für die Führungsmängel eine Abmahnung und wird einer administrativen und fachlichen Aufsicht unterstellt. (...) Kritisch erwähnt der Bericht auch die Vermischung von wissenschaftlicher Arbeit und politischem Aktivismus. Die Einsicht, dass hier eine «proaktive Grenzziehung» notwendig sei, habe am Institut gefehlt. Mit anderen Worten: Forschung und politische Stellungnahmen waren in vielen Fällen nicht mehr zu unterscheiden. Auch in diesem Punkt hat die Universitätsleitung unmissverständlich Stellung genommen: «Advocacy und politische Stellungnahmen haben an der Universität Bern keinen Platz», sagte der Rektor vor den Medien: «Forschung hat nach breit abgestützten wissenschaftlichen Kriterien zu erfolgen.» Wenn Forscher zu ihrem Gegenstand eine moralische Nähe hätten, müsse das thematisiert werden – und dies sei klar von der wissenschaftlichen Methodik abzugrenzen.»*

Beweis: <https://www.nzz.ch/feuilleton/antisemitische-tweets-universitaet-bern-loest-das-institut-fuer-studien-zum-nahen-osten-auf-ld.1776899>

84. Da die Sendeverantwortlichen im Schweizer Fernsehen und bei der SRG selbst woke und damit auch von den entsprechenden Ideologien geprägt sind, fand in den SRG-Medien keine echte journalistische Auseinandersetzung mit der Problematik statt, vor allem nicht im Oktober 2023, als das Thema aktuell war. Es wird diesbezüglich auf zwei Artikel verwiesen, einer auf srf.ch und einer auf der Seite der Gratiszeitung «20 Minuten».

Während das Schweizer Fernsehen sich vor allem auf den entlassenen Mitarbeiter fokussiert, fand in der Gratiszeitung «20 Minuten» echter Journalismus statt. Die Pendlertzeitung schreibt: *«Ein rauer Wind bläst auch der zweiten Protagonistin in dieser Uni-Affäre entgegen: Serena Tolino, Co-Direktorin des Instituts und zugleich Ehefrau des umstrittenen Arabisch-Dozenten. Für Entrüstung sorgte, dass die italienische Professorin in einer ersten Reaktion ihren Gatten teils verteidigte. Zwar erachte auch sie die beiden Online-Beiträge als «inopportun», hielt sie in ihrem Statement*

gegenüber 20 Minuten fest. Nach der Analyse der anderen Tweets sei sie jedoch zum Schluss gekommen, dass den fraglichen Posts «keine antisemitische Intention» zugrunde liege – im Gegenteil, ihr Mitarbeiter setze sich «sehr kritisch mit Hamas und Terrorismus auseinander». Diese Darstellung darf allerdings angezweifelt werden. Zum einen war der Ägypter bereits in früheren Tweets mit fragwürdigen Äusserungen aufgefallen. Beispielsweise postete er einen Judenwitz und zeichnete diesen mit «Adolf Hitler». Zum anderen veröffentlichte er am Tag des Hamas-Überfalls, nachdem ihn 20 Minuten bereits mit seinen lobenden und spöttischen Kommentaren (den Angriff bezeichnete er als «bestes Geschenk») konfrontiert hatte, noch weitere Tweets, aus denen die Bewunderung für die palästinensische Terrororganisation spricht. Eines ihrer Propagandavideos kommentierte er etwa mit den Worten: «Something beyond imagination ... beyond pure» («Etwas jenseits der Vorstellungskraft. Jenseits der Reinheit»). Die Institutsleiterin hat sich indes auch selbst schon aktiv gegen Israel eingesetzt. Wie Recherchen von 20 Minuten zeigen, unterzeichnete Tolino im Jahr 2016 – damals noch an der Uni Zürich tätig – zusammen mit 167 weiteren italienischen Wissenschaftlern ein Manifest, welches das Ende der Zusammenarbeit zwischen italienischen und israelischen Universitäten forderte. Darin wurde insbesondere zum Boykott des Technions in Haifa aufgerufen, einer der weltweit renommiertesten technischen Hochschulen. Mit seinen Forschungsprogrammen unterstütze das Technion das israelische Militär und damit die Gewalt gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, argumentierten die Unterzeichnenden. Die Kampagne war Teil der grösseren BDS-Bewegung. BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen. Mit diesen Mitteln solle Israel international isoliert und dadurch gezwungen werden, die Besetzung und Besiedlung der arabischen Gebiete zu beenden. Die Bewegung ist umstritten, weil aus ihren Reihen immer wieder das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird. Der Deutsche Bundestag hat sie 2019 als antisemitisch eingestuft. Im BDS National Committee (BNC) sind ferner die Palestinian National and Islamic Forces vertreten, zu denen wiederum terroristische Gruppen wie die judenfeindliche Hamas oder der Islamische Jihad in Palästina gehören. Schliesslich werfen auch Serena Tolinos eigene Twitter-Aktivitäten Fragen auf. Wie die Zeitungen von CH Media berichteten, likte sie am Tag des Hamas-Angriffs mehrere Tweets, die nahelegen, dass sie den palästinensischen Widerstand als legitim betrachtet. Auf das «Gefällt mir»-Herz klickte sie etwa bei einem Kommentar auf Englisch, in dem Parallelen zwischen dem Verteidigungskrieg der Ukrainer gegen Russland und dem Widerstand der Palästinenser gezogen werden. Weder distanzierte sie sich dabei von den Gräueltaten der Terrororganisation noch differenzierte sie zwischen Hamas-Attacke und palästinensischem Widerstand. Mangelnde Distanzierung von ihrem Ehemann, Beteiligung an der BDS-Kampagne und heikle Likes auf X: Die Aktivitäten der Institutsleiterin sorgen auch bei der Unileitung für Unmut. «Die Universität Bern ist unglücklich über die Rolle von Frau Tolino in der aktuellen Situation», lässt die Medienstelle unumwunden verlauten.»

Beweis: <https://www.srf.ch/news/schweiz/uni-bern-zieht-konsequenzen-nach-hamas-tweets-universitaet-bern-entlaesst-dozenten-fristlos>

<https://www.20min.ch/story/uni-bern-ffaere-professorin-unterstuetzte-kampagne-der-israelfeindlichen-bds-355887886299>

85. SRG-Medien berichteten erst wieder am 1. Februar 2024 über den Vorfall. Über die in Ziff. 84 hievor erwähnten Details über Prof. Tolino erfuhren die Medienkonsumenten der SRG nichts, weil dies nicht in das woke Narrativ der SRG-Medien gepasst hätte. So berichtet srf.ch: *«Die Co-Leiterin des Instituts, Serena Tolino, wurde für Mängel im Führungsverhalten, namentlich bei der Einstellung von Personal, ermahnt. «Aber ihre wissenschaftliche Arbeit gibt keinen Anlass zu ihrer Entlassung», erklärt Leumann.»*

An dieser Stelle ist auf die oben in Ziff. 83 gemachten Ausführungen in der NZZ hinzuweisen, die man in der Berichterstattung des SRF nirgends findet, womit die starke Kritik, die sich im Bericht von Antonio Loprieno an der Arbeit von Tolino sehr bewusst unterschlagen wird. Die NZZ schreibt ganz anders als srf.ch:

«Kritisch erwähnt der Bericht auch die Vermischung von wissenschaftlicher Arbeit und politischem Aktivismus. Die Einsicht, dass hier eine «proaktive Grenzziehung» notwendig sei, habe am Institut gefehlt. Mit anderen Worten: Forschung und politische Stellungnahmen waren in vielen Fällen nicht mehr zu unterscheiden. Auch in diesem Punkt hat die Universitätsleitung unmissverständlich Stellung genommen: «Advocacy und politische Stellungnahmen haben an der Universität Bern keinen Platz», sagte der Rektor vor den Medien: «Forschung hat nach breit abgestützten wissenschaftlichen Kriterien zu erfolgen.» Wenn Forscher zu ihrem Gegenstand eine moralische Nähe hätten, müsse das thematisiert werden – und dies sei klar von der wissenschaftlichen Methodik abzugrenzen.»

Mit anderen Worten beschränkt sich das Schweizer Fernsehen darauf, auf organisatorische Mängel bei der Arbeit von Prof. Tolino hinzuweisen und verweist zudem auf Interessenkonflikte, während ihrer wissenschaftlichen Arbeit ein Persilschein ausgestellt wird. Sowohl der Untersuchungsbericht als auch die NZZ widersprechen den Angaben des SRF.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/schweiz/uni-bern-zieht-konsequenzen-umstrittenes-nahost-institut-der-uni-bern-wird-aufgeloeset>

<https://www.nzz.ch/feuilleton/antisemitische-tweets-universitaet-bern-loest-das-institut-fuer-studien-zum-nahen-osten-auf-ld.1776899>

86. Ganz anders als das SRF sieht es auch Lucien Scherrer in seinem NZZ-Artikel vom 2. Februar 2024, der sich, wie es echte Journalisten tun, mit der Thematik auseinandergesetzt und Probleme beim Namen genannt hat. Er schreibt: *«Seither stellt sich die Frage, ob die Universität Bern, namentlich das Institut für Studien zum Nahen Osten und zu muslimischen Gesellschaften, ein Aktivismus- und Extremismusproblem hat. Denn der Mann, der den Terror der Hamas bejubelte, ist mit der Institutsleiterin Serena Tolino liiert – und diese verteidigte ihren Gatten nicht nur gegen Antisemitismuvorwürfe. Sie hatte 2016 auch einen Aufruf der Israel-Boycott-Bewegung BDS unterzeichnet, die organisatorisch mit der Hamas verbunden ist und antisemitische Propaganda verbreitet. Am 7. Oktober versah sie zudem einen Kommentar mit einem Like, in dem das Massaker der Hamas mit dem Widerstand der Ukrainer verglichen wurde. (...) Glauvt man dem Bericht von Antonio Loprieno, wurden diese Grundsätze am Institut von Serena Tolino nicht sonderlich ernst genommen. Statt*

wissenschaftlicher Vielfalt habe man eine «methodologische Homogenität» gefördert. Es sei, so sagten Mitarbeiter aus, nicht primär um Kompetenz, sondern um die richtige Gesinnung gegangen. Die Rede ist von einem «ideologischen Korsett». Dieses Korsett bildeten postkoloniale Theorien, die derzeit weltweit im Trend sind. Oberflächlich interpretiert, fördern diese Theorien ein Feind-Freund-Denken, das dazu verleitet, die Hamas als Widerstandsbewegung und Israel als Kolonialstaat zu betrachten. Serena Tolino, so hält der Loprieno-Bericht fest, habe diesen «postkolonialen Wandel» nach Bern gebracht. Was das konkret bedeutete, bleibt jedoch oft unklar. Insbesondere lässt der Bericht eine zentrale Frage der Untersuchung mehrheitlich unbeantwortet. Sie lautete: «Lassen sich im Institut antiisraelische oder antisemitische Tendenzen feststellen?» Der NZZ liegen Hinweise vor, dass diese Frage mit «Ja» beantwortet werden muss – und dass es um ein strukturelles Problem geht. So gibt es Bilder aus einem Seminar, das eine Serena Tolino nahestehende Mitarbeiterin leitete. Auf dem Bürotisch liegen Brote, Kägifret und Früchte für die Teilnehmer bereit, das Errex-Gestell im Seminarraum ist mit einer Palästina-Flagge geschmückt. Auf die Wand ist ein Bild des israelischen Staates projiziert – eingefärbt in Rot, Weiss und Grün, den Farben der Palästinenser. Dieselbe Mitarbeiterin teilte nach dem 7. Oktober einen Beitrag der Palästina-Aktivistin Mariam Barghouti auf Instagram. «Gaza», so frohlockte diese, «just broke out of prison», Gaza ist aus dem Gefängnis ausgebrochen. Barghouti schrieb kurz darauf auf dem vom islamistischen Wüstenstaat Katar finanzierten Portal von al-Jazeera, es habe sich unglaublich angefühlt, die Männer zu beobachten, die unter «Allahu akbar»-Rufen die Grenzzäune durchbrochen hätten. (...)»

Wenn man die Ausführungen des SRF mit denjenigen von Lucien Scherrer vergleicht, kann man feststellen, dass das einzige Problem bei Prof. Tolino gemäss dem Narrativ des SRF «organisatorische Mängel» gewesen seien, während der NZZ-Journalist auf den ideologischen Humus verweist, der auch für die studentischen Proteste relevant ist. Auch der Untersuchungsbericht spricht eine ganz andere Sprache als der SRF-Beitrag, wie oben gezeigt werden konnte. Die SRG-Medien haben den Inhalt des Untersuchungsberichts ganz offenkundig nicht korrekt wiedergegeben.

Wenn jemand ausschliesslich SRG-Medien konsumiert, erfährt er oder sie über diese Problematik nichts. Und wenn man nichts davon weiss, kann man auch das SRG-Publikum anlügen und behaupten, dass die studentischen Proteste sich einfach bloss gegen den Krieg in Gaza richten würden. Das Narrativ der SRG-Medien entpuppt sich damit als ein sorgfältig erstelltes Lügengebäude. Einerseits werden wesentliche Fakten und Nachrichten verschwiegen und unterschlagen, andererseits kommen keine Kritiker dieser Entwicklungen an den Universitäten zu Wort und vor allem fehlt es komplett an einer journalistischen Auseinandersetzung mit den entsprechenden Themen, was sogar ein Pendlerblatt wie «20 Minuten» besser gemacht hat als die mit Zwangsgebühren finanzierte SRG.

Beweis: <https://www.nzz.ch/feuilleton/palaestinenserflaggen-im-seminarraum-freude-ueber-hamas-terror-und-eine-welt-ohne-israel-wie-die-universitaet-bern-postkoloniale-ideologen-gewaehren-liess-ld.1776945>

87. In der NZZ erschien auch ein Kommentar von Thomas Ribi, welches sich mit der Thematik beschäftigt und auf den Kern des Problems eingeht, den man in den SRG-

Medien nirgends finden kann: «Schweizer Unis: Der postkoloniale Ungeist sitzt zu tief, als dass man ihn mit ein paar organisatorischen Massnahmen austreiben könnte - Die Universität Bern handelt: Nach antisemitischen Umtrieben wird das Institut für Nahoststudien aufgehoben und neu organisiert. Das ist gut. Doch es löst das Problem nicht.»

Im Text wird das Problem sehr unmittelbar angesprochen: «Damit ist das Problem benannt, das weit über die Universität Bern hinaus von Bedeutung ist: ein Konzept, das Forschung als anwaltschaftliche Tätigkeit im Dienst der Entrechteten dieser Welt begreift. Die postkoloniale Theorie teilt die Welt ein in Weiss und Schwarz, Unterdrücker und Unterdrückte. Und sie versteht Universitäten nicht mehr als Institutionen, die sich um Wissen und Erkenntnis bemühen, sondern als Akteure im politischen Kampf – in einem höheren Sinn legitimiert durch das Siegel der Wissenschaft. Am Anfang der Wissenschaft stehen für die Vertreter der Postkolonialen Studien allerdings keine Fragen, sondern Gewissheiten. Zum Beispiel die, dass Weisse immer privilegiert und deshalb auch rassistisch sind. Oder dass Vernunft ein von weissen Männern erfundenes Konstrukt zur Unterdrückung all dessen sei, was sich dem Machtanspruch der Weissen nicht fügen will. Zu den Dogmen der Postkolonialisten gehört es, dass die Aufgabe einer kritischen Wissenschaft darin bestehe, Rassismus sichtbar zu machen, auch wo er nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist. Und dass Juden zu den weissen Unterdrückern gehörten und grundsätzlich Täter seien, nicht Opfer. Das also, was am Berner Nahostinstitut als Mehrheitsmeinung gilt. Aber nicht nur dort. Im Fachbereich «Urban Studies» der Uni Basel gelten die gleichen Standards. (...) Wissenschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie ihre Grundlagen kritisch reflektiert. In der Berner Islamwissenschaft ist davon ebenso wenig zu spüren wie bei den Basler «Urban Studies», denen ein interner Untersuchungsbericht vergangene Woche einen Persilschein ausgestellt hat. Wo Wissenschaft und politischer Aktivismus so unauflöslich ineinander verschlungen sind, ist das Problem nicht mit ein paar administrativen Massnahmen zu lösen. Der Ungeist sitzt zu tief.»

Beweis: <https://www.nzz.ch/meinung/der-postkoloniale-ungeist-an-schweizer-unis-die-universitaet-bern-handelt-ld.1776957>

88. Anders als in anderen Medien (sowohl Tamedia als auch NZZ) hat sich das Schweizer Fernsehen und die SRG-Medien überhaupt nie mit dem ideologischen Humus des Vorfalls, namentlich mit der postkolonialen Ideologie auseinandergesetzt. Es gab darüber weder eine Club-Sendung noch eine Diskussion in der Sendung Sternstunden. Wenn man die Berichterstattung der SRG-Medien zusammenfasst, hat ein Mitarbeiter problematische Tweets abgesetzt und seiner Frau, welche die Institutsleiterin ist, wird mangelhafte Organisation und Interessenkonflikte vorgeworfen, und sie wurde deswegen verwarnt, wobei auch wahrheitswidrig behauptet wurde, dass ihre wissenschaftliche Arbeit nicht bemängelt worden sei.

Über die Zustände in diesem Institut vor dem 7. Oktober 2023, über die Beteiligung der Institutsleiterin bei einer Kampagne der antisemitischen BDS, über den Boykott israelischer Universitäten, über die Israelfeindlichkeit und über vieles, worüber andere Medien berichtet haben, erfuhren die SRG-Medienkonsumenten nichts. Darüber hinaus verbreiteten die SRG-Kanäle Fake News, indem sie behaupteten, man habe in

ihrer wissenschaftlichen Arbeit keine Mängel vorgefunden. Wie oben zitiert gab es diesbezüglich sehr wohl Kritik.

89. Wesentlich dabei ist, dass diese Vorgänge an der Universität Bern auch anderswo in der Schweiz und im Westen zu beobachten waren, und zwar noch im Jahr 2023. Parallelen konnte man beispielsweise bei der Anhörung der drei Präsidentinnen von Penn, Harvard und MIT feststellen, worüber die SRG-Medien sehr bewusst nicht berichteten, um das eigene woke und von der postkolonialen Ideologie geprägte antiisraelische Narrativ nicht zu stören. Diese Anhörungen fanden statt, weil an den Universitäten in den Vereinigten Staaten das Pogrom vom 7. Oktober 2023 gefeiert wurde, Studenten offene Sympathien zur Hamas zeigten, das Pogrom als «Akt des bewaffneten Widerstands» bezeichneten und jüdische und israelische Studenten bedrohten. Genau gleich äusserte sich die Ikone der Queer Theory Bewegung Judith Butler. Prof. Russell Hickford, Geschichtspräsident an der renommierten Cornell University, bezeichnete das Pogrom als «exhilarating» und «energizing». Aufgrund dieser Äusserungen kann man ohne weiteres feststellen, dass die verbalen Ausfälle des entlassenen Berner Uni-Mitarbeiters bei weitem kein Einzelfall waren und in einem internationalen Kontext stehen. Auf die unten verlinkten Äusserungen von Russell Hickford und Judith Butler (Kurzvideos) wird ausdrücklich hingewiesen.

Beweis: https://x.com/anshul_aliganj/status/1716119904473190789 (Russell Hickford)
<https://x.com/EllaTravelsLove/status/1766173682940911827> (Judith Butler)

90. In den meisten inländischen und ausländischen Medien wurde seit dem 7. Oktober 2023 die postkoloniale Ideologie thematisiert, damit verbunden auch der strukturelle Antisemitismus, der darin vorzufinden ist. Im Tages-Anzeiger erschien 30. Oktober 2023 ein Artikel mit dem Titel «Wann ist der Postkolonialismus falsch abgebogen?» Am 1. Juni 2024 veröffentlichte die NZZ einen Artikel mit dem Titel «Seit der Eskalation im Nahen Osten steht der Postkolonialismus in der Kritik. Was ist da dran?» Weitere Artikel wurden bereits weiter oben genannt.

Beweis: <https://www.tagesanzeiger.ch/krieg-in-nahost-wo-zur-hoelle-ist-der-postkolonialismus-falsch-abgebogen-758659752829>
<https://www.nzz.ch/report-und-debatte/postkolonialismus-in-der-kritik-wie-die-denkschule-in-der-schweiz-fuss-fasste-ld.1832558>

91. Die Autorinnen und der Autor der vorzitierten beiden Artikel haben nicht dasselbe stark negative Bild über die postkoloniale Ideologie wie der Unterzeichnete. Wesentlich ist allerdings, dass in den Medien eine journalistische Auseinandersetzung mit der Thematik Postkolonialismus und mit den Antisemitismusvorwürfen, die damit zusammenhängen, überhaupt stattfinden. Bei der SRG ist diese Debatte ein kompletter blinder Fleck. Einzig in den beiden Regionaljournalbeiträgen und auf SRF Aktuell wurde der Vorfall von Bern überhaupt thematisiert. Es fand weder eine Club-Sendung zum Thema statt noch eine Sternstunde, welche geeignete Formate für entsprechende Debatten wären. Wenn SRG-Konsumenten, die nichts über diese Vorgänge und über die ideologischen Grundlagen erfahren, wenn keine kritischen Akademiker

oder Journalisten zu Sendungen eingeladen werden, die sich mit der Thematik «akademischer Antisemitismus» beschäftigen und vertiefte sowie fundierte Kenntnisse darüber verfügen, wenn über die Hearings der drei Uni-Präsidentinnen bewusst geschwiegen wird, wenn man nichts über die menschenverachtenden Ausführungen von Judith Butler erfährt, kann man den Zuschauern, Zuhörern und Lesern der SRG-Medien jene Lügen erzählen, die dem Narrativ der SRG passten, namentlich, dass die Universitätsproteste «Antikriegsproteste» seien, die sich gegen den Krieg in Gaza richten würden und diese lapidar als «pro-palästinensisch» bezeichnen.

92. "Documenting Jew Hatred on Campus" auf "X" hat am 26. April 2024 ein etwas mehr als sieben Minuten dauerndes Video gepostet, welches die studentischen Proteste an der Columbia University in New York zwischen 17. April 2024 und 24. April 2024 zeigt, als diese massiv eskalierten. SRG-Medien, die über praktisch jede linke Demonstration auf der Welt berichten, verzichteten zunächst sehr bewusst auf eine Berichterstattung über diese Vorgänge, um das eigene woke und antiisraelische Narrativ nicht zu stören. Wie zu sehen ist, geht es bei diesen Protesten ganz und gar nicht um «Antikriegsproteste» gegen den Krieg in Gaza, den die SRG-Medien absurderweise mit den Antikriegsprotesten gegen den Vietnam-Krieg verglichen und auch die Beschreibung «pro-palästinensisch» ist erheblich irreführend. Nachfolgend wird dieses Video zusammengefasst. Die Aufnahmen stammen hauptsächlich vom Campus und einige wenige entstanden vor dem Campus.

- Slogan im Campus: «Zionism will fall, brick by brick Israel will fall!».
- Auf einem Zelt im Campus steht auf einer Tafel Folgendes: «Whoever is in solidarity with our corpses and not with our rockets is a hypocrite and not one of us. Until victory».
- Ein studentischer Aktivist in Columbia sagt: «We're gonna sail the fucking Zionists to the middle of the ocean and sink it.» Interviewer dazu: «So, that's genocide.» Der Student: «Oh well...»
- «Go to a synagogue!». Hier wird deutlich, dass es bei diesen Protesten bei weitem nicht «nur» um Israelfeindlichkeit geht, sondern um Judenhass.
- Studentinnen und Studenten skandieren im Campus «Fuck Israel, Israel is a bitch!»
- Wieder eine Szene im Campus. Studenten skandieren: «Say it loud, say it clear! We don't want no Zionists here!»
- Nerdeen Kiswani (Pro-Hamas-Aktivistin, die nicht an der Columbia studiert) skandiert im Campus, wo Unberechtigte eigentlich keinen Zugang haben, gemeinsam mit einem studentischen Mob: «There's only one solution, Intifada revolution!»
- Wieder ein Slogan auf einem Zelt im Campus: «With a rifle, with a rifle, we will free Palestine!» (übersetzt aus dem Arabischen)

- Studentischer Protest in der Nacht bei Columbia University mit dem folgenden Slogan: «Al-Qassam make us proud, take another soldier out! Al-Qassam we love you, we support your rockets too!» Bei den Qassam-Brigaden handelt es sich um eine terroristische Untergruppe der Hamas.
- Im Campus-Gelände wird der BDS-Slogan «From River to the Sea, Palestine will be free» skandiert. Damit wird die Vernichtung des Staates Israel gefordert und damit implizit ein zweiter Holocaust.
- Im darauffolgenden Videoausschnitt ist zu sehen, wie ein arabischer Student anderen Studenten beibringt, wie man auf Arabisch «Ich wünschte, ich wäre ein Märtyrer» sagt.
- Der darauffolgende Videoausschnitt zeigt, wie eine studentische Demonstrantin im Campus «Israel will fall, brick by brick, wall by wall, Zionism will fall» skandiert und der studentische Mob ihr nachbrüllt.
- Auf einem Foto sind zwei Slogans zu sehen, die an ein Gebäude der Columbia University aufgehängt wurden. Ein Slogan lautet «By any means necessary», der von Malcolm X stammt und die Gewaltanwendung für die Erreichung der Ziele gutheißt. Neben diesem Slogan ist eine mit den palästinensischen Farben gemalte Landkarte zu sehen. Auf der Karte ist Israel verschwunden und von Palästina ersetzt worden.
- Vor dem Campus skandiert ein studentischer Mob «You can't hide! You're supporting genocide!»
- Im Campus wird die israelische Flagge als «Nazi-Flagge» bezeichnet. Dann sieht man proisraelische Studenten, welche die amerikanische und die israelische Fahnen schwenken. Vor diesen Studenten, ist eine vermummte Pro-Hamas-Aktivistin zu sehen, die eine Tafel hochhält, auf der «Al-Qassam's next targets» steht, wobei sie die proisraelischen und proamerikanischen Studenten meint.
- Pro-Hamas-Aktivisten stehlen auf dem Campus-Gelände die israelische Fahne. Daraufhin jubelt die Menge sowohl ausserhalb als auch innerhalb des Campus.
- In der darauffolgenden Videosequenz ist zu sehen, wie unter Jubel des studentischen Pro-Hamas-Mobs die Fahne Israels verbrannt wird, und dies im Campus. Zuvor treten einige Aktivisten auf der Fahne herum. Auf einen Kippa tragenden jüdischen Studenten wird ein Stein geworfen.
- Daraufhin ist eine Videosequenz zu sehen, in der der studentische Mob «Bye bye, fucker, bye bye Israel! You genocidal piece of shit» skandiert.
- In der darauffolgenden Videosequenz ist zu sehen, wie der studentische Pro-Hamas-Mob «We don't want two states, we want all of it!» skandiert. Der Slogan wird sowohl aus dem Inneren als auch aus dem Äusseren des Campus gebrüllt.

- Ein Pro-Hamas-Aktivist ruft: «Go back to Poland, get the hell out of here!» Dass die Juden nach Polen gehen sollen, ist ein beliebter Slogan in der Postcolonial Theory Bewegung, die annimmt, dass die Juden Israels aus Polen stammen würden, obwohl die Mehrheit der Juden Israels nicht aus Europa stammt. Namentlich in Polen wurde während des Holocausts ein erheblicher Teil der jüdischen Bevölkerung ermordet. Auschwitz liegt in Polen. Von den 3,3 Mio. Juden, die vor dem Krieg in Polen lebten, überlebten nur 380'000, was etwa 11,5% entspricht. Ungefähr 88,5% der polnischen Juden wurden im Holocaust ermordet, und etwa die Hälfte der im Holocaust ermordeten Juden stammten aus Polen.
- Ein offenkundig nicht-arabischer Pro-Hamas-Aktivist sagt zur Kamera: «I'm going to do just like they did to all the soldiers on October 7th! Did you see how many soldiers we got? Y'all got smoked!»
- Ein Pro-Hamas-Aktivist ausserhalb des Columbia-Campus brüllt «Remember the 7th of October? That will happen not one more time, not 5 more times, not 10 more times, not 100 more times, not 1'000 more times but 10'000 more times!» Ein anderer brüllt «7th of October is about to be every day for you, Nazi bitches!» Dann skandiert die Menge «Nazi bitches!»
- Anschliessend eine Fotoaufnahme mit einem Studenten auf dem Campus-Gelände, der das Hamas-Emblem auf sein Smartphone geklebt hat und sein Handy hochhält, um das auch zu zeigen.
- Es folgt eine Videoaufnahme, auf der eine verummte Pro-Hamas-Aktivistin «We are Hamas!» brüllt. Daraufhin meint eine Person «You are Hamas? Wow!» Sie meint daraufhin «Yes, we are all Hamas! Pig! Long live Hamas!»
- Dem arabischen Israeli Joseph Haddad wird die Israel-Flagge entrissen und jemand brüllt ihn an: «Kill yourself! Commit suicide!» Anschliessend wird er umgerempelt und er landet auf dem Boden. Dann kassiert er einen Faustschlag von einem Pro-Hamas-Supporter. Später berichtet er, dass er sich dabei verletzt habe.
- Während jüdische Studenten von Columbia im Campus zu ihren Schlafsälen gehen, werden sie wie folgt angebrüllt: «Yahoodi! Yahoodi! Fuck you! Stop killing children! Go back to Poland». Yahoodi ist das arabische Wort für Juden.
- In der darauffolgenden Videosequenz ist ein Pro-Hamas-Aktivist mit einer palästinensischen Flagge zu sehen, der «Go back to Belarus» brüllt.
- Auf dem Campus-Gelände wird Folgendes skandiert (auf Arabisch): «Oh Hamas! Oh loved one! Strike Tel Aviv!»
- Auf dem Campus-Gelände brüllt eine Pro-Hamas-Aktivistin: «Repeat after me!» und daraufhin wiederholt der studentische Mob ihre Worte und folgt ihren Forderungen: «We have Zionists! // Who entered the camp! // We are going to create a human chain! // Where I am standing! // So that! // They do not pass this point!» Wenig später geht es weiter: «Start to push them! // Out of the camp! // One step forward! // Another step forward!»

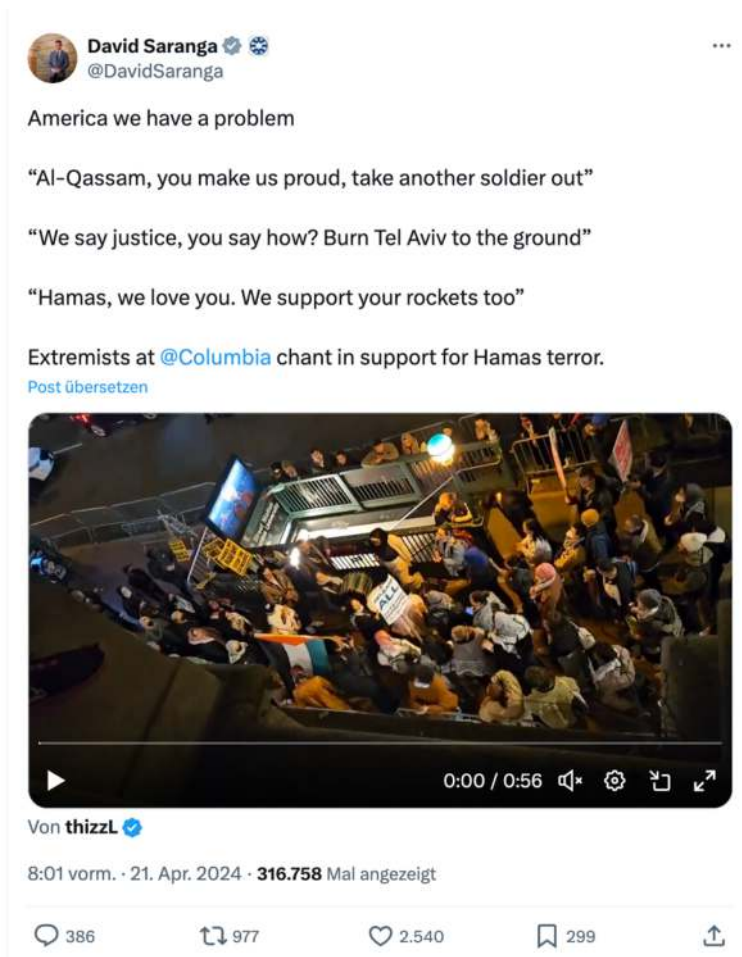
Damit haben die woken Pro-Hamas-Studenten mehrfach verhindert, dass jüdische Studenten universitäre Gebäude und Einrichtungen betreten und diese mit Körpergewalt verdrängt. Das Vorgehen hat sich an der Columbia mehrfach wiederholt. Ihr Verhalten ist durchaus vergleichbar mit den Vorgängen an der Universität Wien im Jahr 1938, als Nazis jüdischen Studenten und Professoren den Zugang zur Universität versperrten.



- In der letzten Videosequenz wird eine jüdische Studentin auf dem Campus-Gelände als «Nazi» bezeichnet.

Beweis: <https://x.com/CampusJewHate/status/1783890901577699352>

93. Am 21. April 2024 postete der israelische Botschafter den folgenden Post auf X mit Video von der Nacht zuvor (20.04.2024). Die Aufnahme entstand vor dem Campus.



Beweis: <https://x.com/DavidSaranga/status/1781926252284166460>

94. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass zwischen 17. April 2024 und 24. April 2024 (und natürlich auch früher und später) ein massiver Antisemitismus an der Universität Columbia sehr offensichtlich war, und dies vor allem auf dem Campus-Gelände. Sowohl der 7. Oktober 2023 als auch die Hamas wurden hochgelobt, es wurde zu Gewalt aufgerufen oder diese gerechtfertigt, ein Genozid an den Juden verlangt und Israel haltlos Genozid vorgeworfen, die gewaltsame Vernichtung Israels postuliert, Juden und Israeli massiv bedroht, genötigt und tötlich angegangen, Israel-Fahnen angezündet und Juden mit den Nazis verglichen, was gemäss IHRA-Definition antisemitisch ist. Ferner wurden Juden (nicht «nur» Israeli) dazu aufgefordert, nach Polen oder Belarus «zurückzukehren». Ausserdem wurden Juden mehrfach daran gehindert, universitäre Gebäude zu betreten. Was man in diesen Aufnahmen nicht sehen konnte, ist, dass gegen den Krieg in Gaza demonstriert wurde.

95. Die Columbia ist nicht irgendeine Universität. Sie gehört zu den renommierten Ivy League Universitäten. Sie befindet sich nicht irgendwo in der tiefsten amerikanischen Provinz, sondern in New York. Mitte April konnte man in New York diese Proteste, die an mehreren New Yorker Universitäten stattfanden, unmöglich verpassen und nicht bemerken. Sie fanden auch an anderen Universitäten des Landes statt. Das SRF und die SRG-Medien verfügen über USA-Korrespondenten. Das SRF hat sogar eine Korrespondentin in New York selbst, die Viviane Manz heisst. Es ist unmöglich, dass diese Proteste an ihr vorbeigegangen sind. Obwohl die Eskalation am 17. April 2024 begann, erfolgte die erste Berichterstattung, auf welche weiter unten eingegangen wird, erst am 24. April 2024, also eine ganze Woche später.

Beweis: https://de.wikipedia.org/wiki/Ivy_League

<https://www.srf.ch/unternehmen/standorte/korrespondenten-netz/schweiz-und-weltweit-dichtes-netz-an-korrespondentinnen-und-korrespondenten-2>

96. Obwohl die studentischen Proteste in den Vereinigten Staaten stattfanden, hatten sie auch einen Bezug zur Schweiz, auch schon bevor es in der Schweiz mit der Besetzung der Universität Lausanne losging. Spätestens seit Oktober 2023 gab es in der Schweiz bekannte Vorfälle – wie jene in Bern, Basel und Zürich (sowohl UZH als auch ETH) – und diese stehen mit den amerikanischen Protesten in einem Zusammenhang, namentlich mit den offen gezeigten Sympathien gegenüber der Hamas und dem Pogrom vom 7. Oktober 2023. Aufgrund dieses Bezugs zur Schweiz kann man daher nicht sagen, dass sie vergleichbar wären wie linke Proteste in Argentinien, die sehr lokal sind und vor allem Argentinier und Argentinien betreffen. Darüber berichten das Schweizer Fernsehen und alle übrigen SRG-Medien sehr gerne, weil der argentinische Präsident Milei dezidiert antiwoke ist. Allein die Tatsache, dass die Eskalation der studentischen Proteste später auf die Schweiz hinübergeschwappt sind, zeigt die Relevanz dieser Vorgänge. Dass die SRG-Medien eine ganze Woche lang schwiegen, während in den Vereinigten Staaten überall die Proteste eskalierten, hat mit dem systematischen Verschweigen bestimmter Vorgänge zu tun, auf das bereits hingewiesen wurde.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/radikale-deregulierung-argentinens-praesident-leitet-reformen-ein-proteste-brechen-aus>

<https://www.srf.ch/news/international/generalstreik-in-argentinien-der-unmut-gegen-die-libertaire-schocktherapie-steigt>

https://www.srf.ch/play/tv/srf-news-videos/video/wuetende-proteste-in-argentinien-gegen-reformplaene?urn=urn:srf:video:e289169c-beb8-4d6f-904f-7386f13d1e2c&aspectRatio=4_5

97. Die SRG-Medien und im Besonderen das SRF gingen auch bei der Eskalation der Proteste an den amerikanischen Universitäten ab dem 17. April 2024 genau gleich vor wie bei der Anhörung der drei Präsidentinnen von Harvard, MIT und Penn. Sie verschwiegen die Angelegenheit in manipulativer Absicht, um dem eigenen woken und antiisraelischen Narrativ nicht zu schaden. Columbia, Harvard, MIT und Penn und

waren auch bei weitem nicht die einzigen amerikanischen Universitäten, wo Ähnliches stattfand. An der Ivy League Universität Princeton wurde auf dem Campus-Gelände beispielsweise am 25. April 2024 die Flagge der schiitischen Hisbollah Terroristen gesichtet.



Beweis: <https://x.com/journalite/status/1784013287861977370>

98. Auch die nachfolgende Aufnahme stammt vom 25. April 2024 und zeigt, wie an der Ivy League Universität Princeton die Flagge der schiitischen Hisbollah-Miliz gezeigt, wurde, die Israel seit dem 8. Oktober 2023 täglich mit Raketen angreift. Dieses Beispiel zeigt besonders gut, dass die Bezeichnung «Antikriegsproteste» gegen den Krieg in Gaza und «pro-palästinensisch» weit von der Wahrheit entfernt sind. Die

vom iranischen Mullah Regime gesteuerte und finanzierte Hisbollah ist vor allem in Libanon aktiv und deren Mitglieder sind zudem gar keine Palästinenser.



Beweis: <https://x.com/KareemRifai/status/1783913384812949818>

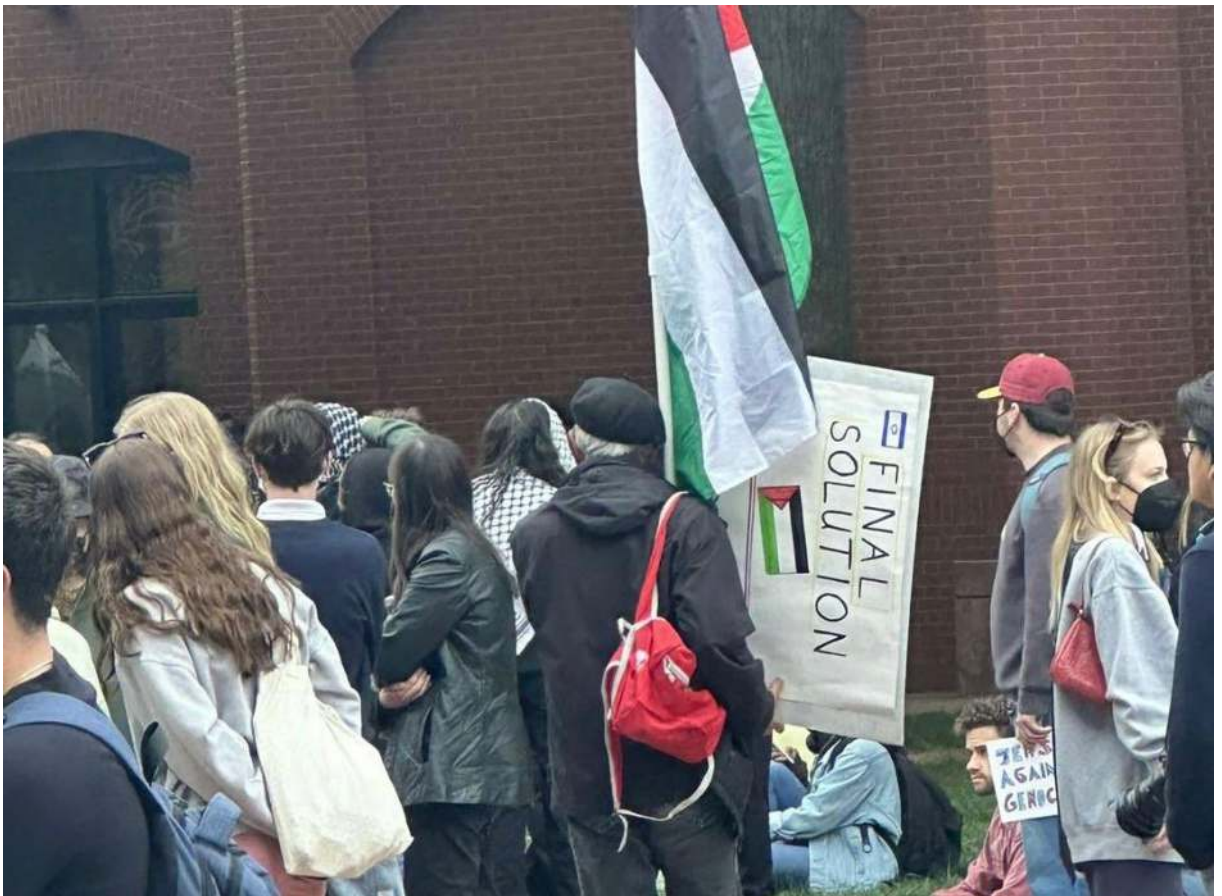
99. Eine weitere Video-Aufnahme, dieses Mal vom Campus von Yale, um bei den Ivy League Universitäten zu bleiben, welche die Elite der Vereinigten Staaten ausbilden.

Die Aufnahme stammt vom 21. April 2024. Hier wird ein antisemitischer Rap-Song gespielt mit dem nachfolgenden Text:

«*Fuck Israel
Israel is a bitch
...
Free Palestine bitch
Israel gon' die bitch
Nigga it's they land
Why you out here tryna rob it
Bullshit prophets
Y'all just want the profit*»

Beweis: <https://x.com/MarinaMedvin/status/1782103155360084394>

100. An der George Washington University in Washington schliesslich zeigte ein Aktivist auf dem Campus neben der Palästina-Fahne eine Tafel, auf der «Final Solution» (Endlösung) zu lesen war. Der Ausdruck stammt von der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, wo die Nazis die systematische Ermordung des jüdischen Volkes im Rahmen des Holocausts besprochen und entschieden hatten.



Beweis: <https://x.com/StopAntisemites/status/1783830037889982860>

101. Ebenfalls aus der George Washington University in Washington stammt eine Videoaufnahme, auf der die Menge Folgendes skandiert:

"Israel, Israel, you will learn! By the millions we'll return."

"Settlers, settlers, go back home! Palestine is ours alone."

Beweis: <https://x.com/sfmcquire79/status/1783916822993031544>

102. Bei den Protesten an den amerikanischen Universitäten nehmen nicht nur Studenten und Aussenstehende teil, sondern auch Professoren und Universitätsangestellte, wie ein Video vom Campus der George Washington University vom 2. Mai 2024 zeigt. Diese haben sich schützend vor die Uni-Besetzer gestellt.

Beweis: <https://x.com/FordFischer/status/1786046016589844487>

103. An der George Washington University wurde die amerikanische Flagge, die vor dem Gebäude wehte, heruntergeholt und mit einer palästinensischen Flagge ersetzt. Die Statue des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten George Washington bekam ein palästinensisches «Make-Over» (Tweet vom 3. Mai 2024). Alles auf dem Campus-Gelände.

Beweis: <https://x.com/MarioNawfal/status/1786187292299636882>

<https://x.com/YayAreaNews/status/1786185907193987402>

104. Erwähnenswert ist, dass die prodschihadistischen Aktionen an der George Washington University bereits am 25. Oktober 2023 zu vernehmen waren. Auf Universitätsgebäude wurden Slogans projiziert, die wie folgt lauteten: «Free Palestine from River to the Sea», was implizit die Vernichtung des Staates Israel bedeutet und «Glory to our martyrs». Nota bene: Die Offensive der israelischen Armee in Gaza begann in der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober 2023.

Beweis: <https://x.com/canarymission/status/1717288674348749051>

105. Eine der zentralen Forderungen der Studentenproteste im Westen ist die Globalisierung der Intifada. Als Intifada werden gewalttätige Aufstände und Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung Israels bezeichnet. Der Begriff kommt aus dem Arabischen und bedeutet «sich erheben». Die Globalisierung der Intifada bedeutet insofern einen Aufruf zu Gewalt gegen alle Juden, und dies weltweit. Intifada ist nie bloss ein heftiger Protest, sie ist immer mit Gewaltanwendung verknüpft, die sich gegen Juden richtet. Der Intifada-Aufruf ist eine Konstante bei den studentischen Protesten seit dem vergangenen Oktober, worüber die SRG-Medien bis 14. Juni 2024 kein einziges Wort verloren haben.

Auf dem Campus der Columbia University wurden Pamphlete verteilt, mit denen zur weltweiten Intifada aufgerufen wurde.

Beweis: <https://x.com/persianjewess/status/1783195763960602656>

106. Der Intifada-Aufruf ist auch in einer Aufnahme von der Columbia University vom 29. April 2024 zu sehen, die am 30. April 2024 auf X gepostet wurde. Ausserdem wird

auf das oben verlinkte Video verwiesen, wo man immer wieder Intifada-Slogans hören und sehen kann (vgl. Ziff. 92 hievor).

Beweis: <https://x.com/AvivaKlompas/status/1785266759366226128>

107. Auch an der renommierten MIT gab es Ähnliches zu sehen. Ein Post vom 5. Mai 2024 mit einer Aufnahme vom Campus-Gelände:

«Insane videos from MIT...

In Arabic they chant that "Palestine will be Arab" and "Death to Jews," then in English they chant "we don't want no Zionists here" and that "there is only one solution, Intifada revolution"

Don't look away.»

Beweis: <https://x.com/AGHamilton29/status/1787229073124560897>

108. Die Aufrufe zur Globalisierung der Intifada fanden schon vor dem Eingreifen der israelischen Armee in Gaza statt. Eine Aufnahme vom Oktober 2023 zeigt wie NYU-Studenten zur Globalisierung der Intifada aufrufen, und dies vor Beginn des militärischen Eingreifens Israels in Gaza. Auf einer Tafel steht zudem: «We can't wait for the caliphate».

Beweis: <https://x.com/OfficialUScrime/status/1717404810797072555/video/1>

109. Auf einem Flyer, der an der NYU auftauchte, wurden folgende Slogans entdeckt: «Death to Israeli real estate!», «Death to America!» und «Long live the Intifada!»

Beweis: <https://x.com/bklynborn1210/status/1787194958111281180/photo/1>

110. Auch Harvard-Studenten skandierten Ähnliches: «Intifada! Intifada! Coming to America!».

Beweis: <https://x.com/OliLondonTV/status/1792944723440652663>

111. Die studentischen Proteste in den Vereinigten Staaten, mit denen seit Oktober 2023 zur «Globalisierung der Intifada» aufgerufen und an denen offen mit dschihadistischen Terroristen sympathisiert wurde, gab es im ganzen Land. Ein weiteres Beispiel, das bisher nicht genannt wurde, ist die Northwestern University in Everton, Illinois. Dort konnte man Islamisten auf dem Campus beobachten, welche die Studenten aufstachelten. Es wird auf die unten aufgeführten Posts auf X mit den entsprechenden Videos verwiesen.

Beweis: <https://x.com/AmyMek/status/1783745540746105235>

https://x.com/rich_goldberg/status/1783566767098384884

112. An der Columbia University in New York wurde einem jüdischen Professor namens Shai Davidai, der seit Oktober über die Zustände auf seinem Campus berichtet, der Zutritt in den Campus verwehrt, indem sein Badge gesperrt wurde. Gleichzeitig wurde ein islamistischer Professor der Columbia namens Mohammed Abdou, der den 7. Oktober 2023 gefeiert hatte und die illegale Besetzung der Columbia unterstützte, dem aber gemäss Angaben der Columbia Präsidentin Shafik der Arbeitsvertrag gekündigt worden war, im Campus gesichtet.

Beweis: <https://x.com/CampusJewHate/status/1782581885090120051>

<https://x.com/CampusJewHate/status/1782425846537462226>

113. Shai Davidai hat ausserdem einen Auszug von einer Vorlesung des islamistischen Professors Abdou auf X gepostet, auf dem der ideologische Humus der studentischen Proteste zu erkennen ist: Der Postkolonialismus, auf den oben eingegangen wurde.

Prof. Shai Davidai schreibt dazu:

"How it could be that so many American students have been radicalized to support terrorism and hate everything the U.S. stands for?"

The answer is simple: indoctrination.

Consider this video of Dr. Mohamed Abdou, a Hamas-supporting, Visiting Professor at @Columbia."

Beweis: <https://x.com/ShaiDavidai/status/1764690298267951553/video/1>

114. Auch in der Schweiz gab es Ähnliches zu beobachten, und zwar bereits am 12. Oktober 2023, lange bevor die israelische Armee in Gaza eingriff und nur fünf Tage nach dem Pogrom. Zwei Organisationen riefen zur «Intifada bis zum Sieg» auf.



115. Am 28. Februar 2024 hat «Der Funke» an der Universität Zürich «Intifada bis zum Sieg» gefordert, was eine Videoaufnahme zeigt.

Beweis: <https://x.com/zsonline/status/1762839512533614763/video/1>

116. An der Universität Basel wurde am 14. Mai 2024 in einem Hörsaal der folgende Slogan gezeigt:

«FROM BASEL TO AMSTERDAM TO GENEVA TO ATHENS TO ZURICH -
SOLIDARITY WITH STUDENT INTIFADA»



Beweis: https://x.com/Ass_Sol_Pal/status/1790339590609338454/photo/1

117. Ebenfalls in Basel wurde an einer studentischen Demonstration am 15. Mai 2024 die Globalisierung der Intifada gefordert. Nochmals: Dass praktisch an jeder studentischen Demonstration zur Intifada und damit zum Judenmord aufgerufen wurde, kommt in der Berichterstattung der SRG-Medien überhaupt nicht vor.

Der Nebelspalter-Journalist Serkan Albrecht postete auf X diesbezüglich:

«Globalise the Intifada» an der Uni Basel #unibas. Komplet normal offenbar heutzutage.



Beweis: <https://x.com/serkanabrecht/status/1790688796771512806/photo/1>

118. Dass auch in der Schweiz die Globalisierung der Intifada gefordert wurde, ist ein Fakt. Das sieht man an diesem Foto, welches am 23. Mai 2024 von @sozialismus_ch auf X gepostet wurde.

Der Text des Posts:

🔥 BREAKING: Uni Basel erneut besetzt! 🔥

Heute besetzen wir die Uni Basel angesichts des über 7 Monate fortlaufenden Genozids in Gaza erneut. Die Uni Basel hat sich bisher geweigert, auf unsere Forderungen einzugehen, deshalb sind wir zurück!



Beweis: https://x.com/sozialismus_ch/status/1793652888650310141

119. Der gleiche Ort wurde auch von einem Fotojournalisten aufgenommen, auf dessen Foto der Slogan «Globalize Intifada» zu sehen ist. In diesem Gebäude ist der woke Fachbereich «Urban Studies» zuhause, der wegen antisemitischen und prodschiachistischen Umtrieben bereits im Oktober 2023 in die Schlagzeilen geraten war. Es existiert ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dieser pseudowissenschaftlichen und aktivistischen «Fachrichtung» und den Protesten.



Beweis: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/pro-palaestina-protest-immobilien-basel-stadt-bereitet-strafanzeige-vor-uni-besetzende-machen-sich-bereit-fuer-raeumung-ld.2622972>

120. An der Besetzung der Universität Basel wurden Stickers von der berühmten palästinensischen Terroristin und Adolf-Hitler-Fan Leila Chaled entdeckt.

Über Laila Chaled:

«Chaled kam am 9. April 1944 als eines von 13 Kindern in Haifa zur Welt. Ihre Eltern stammten aus dem Libanon. Dorthin flohen sie 1948 vor dem israelischen Unabhängigkeitskrieg. In ihrer Schulzeit bewunderte Chaled Adolf Hitler als „Feind der Juden“. Später wurde Che Guevara ihr großes Vorbild. Sie wurde Anhängerin des dialektischen Materialismus nach Karl Marx und Friedrich Engels. Ihre politische Karriere begann sie als 15-Jährige in der „Arabischen Nationalbewegung“ im Libanon. Sie studierte in Beirut und unterrichtete danach an einer staatlichen Schule in Kuwait. In dieser Zeit war sie an die dortige Fatah angeschlossen. Der Beitritt zum militärischen Flügel wurde ihr jedoch verwehrt. Deshalb kündigte sie ihren Job und schloss sich der neu gegründeten Terror-Organisation PFLP an.»

Johannes Saal schrieb auf X:

«Bei der Besetzung der Uni Basel lagen auf einem Info-Tisch auch Sticker mit dem Portrait von Leila Khaled, führendes Mitglied der terroristischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), aus. Berühmtheit erlangte sie durch ihre Beteiligung an zwei Flugzeug-Entführungen 1969/70»



Beweis: <https://www.israelnetz.com/terror-ikone-leila-chaled-wird-80/>

https://x.com/johannes_saal/status/1791817875990176039

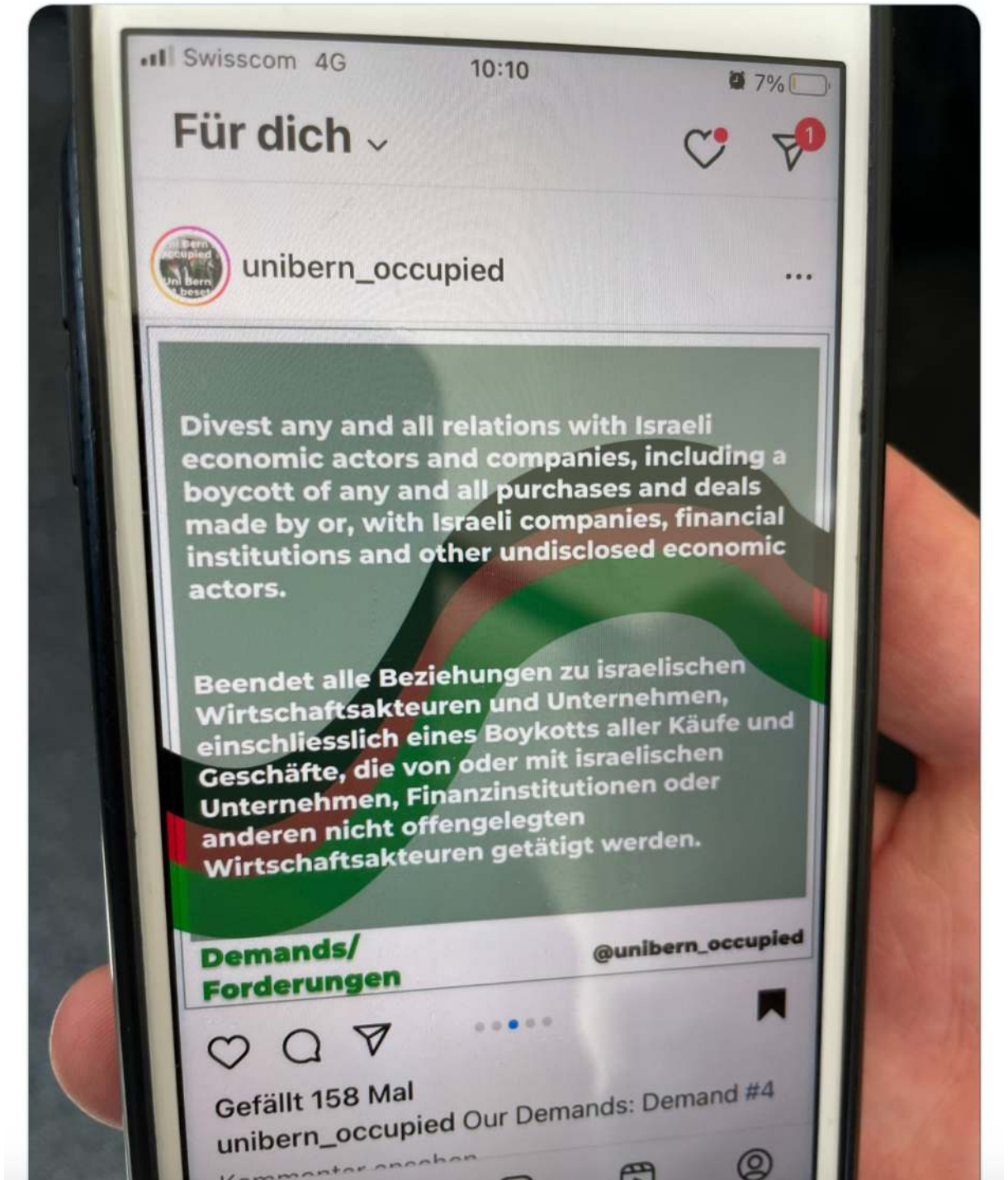
121. Reporter bei NZZ am Sonntag, Georg Humbel, postete am 14. Mai 2024 eine Aufnahme seines Handys im Zusammenhang mit der Besetzung von Uni Bern. Das Foto zeigt die Forderungen der Uni-Besetzer.



georg humbel
@georghumbel



Jetzt ist es soweit: Die Maske fällt. Die Berner Unibesetzer fordern jetzt "Kauft nicht bei Juden".



122. Der Schweizer Investigativ-Reporter Fabian Eberhard postete am 10. Mai 2024 auf X:

Palästina-Besetzer der Uni Lausanne treten im Hisbollah-nahen TV-Sender Al

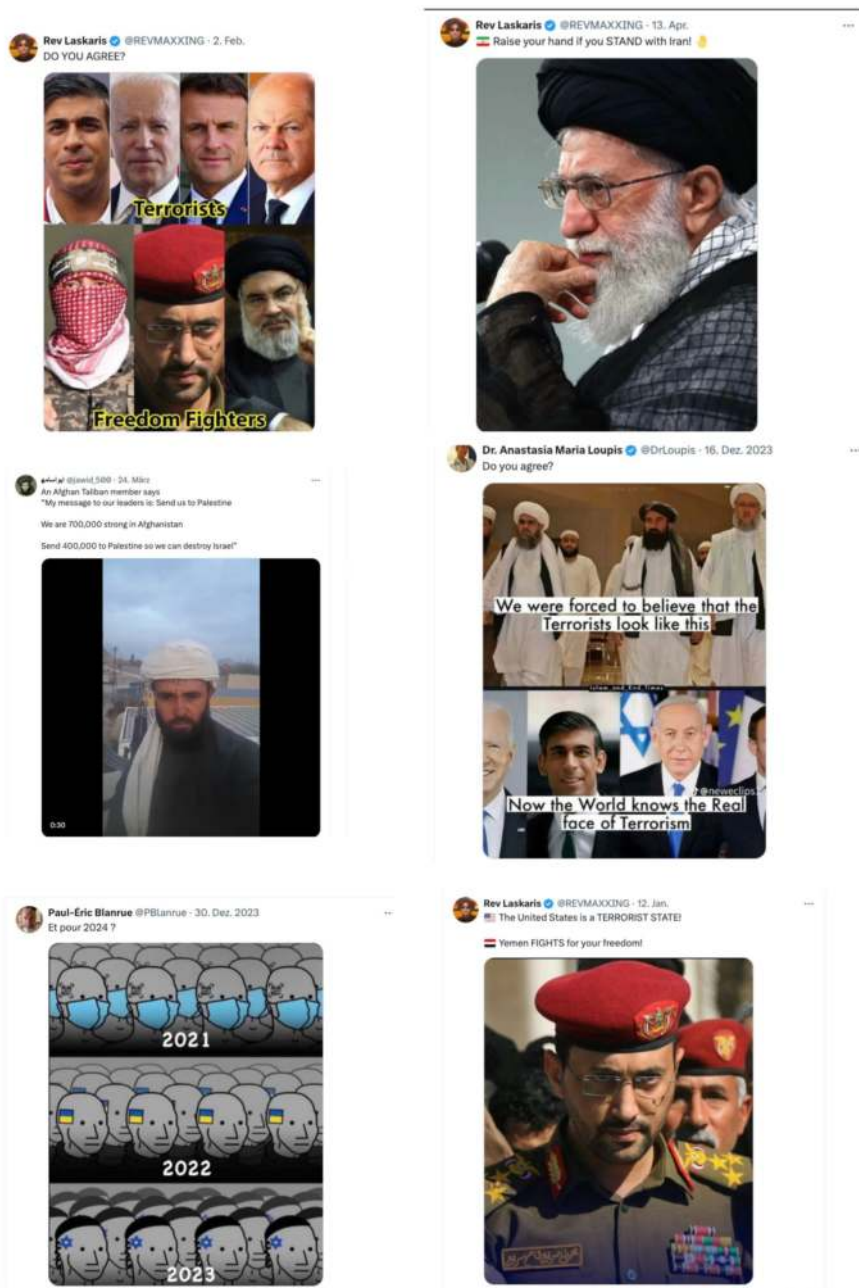
Mayadeen auf, ein Propagandakanal für den Iran und den syrischen Diktator Baschar al-Assad. Alles ganz normal.

x.com/almayadeennews/AlMayadeenNews/status/1788312671655198801/video/1 (Link in der Zwischenzeit gelöscht)

Beweis: <https://x.com/FabianEberhard/status/1788911101393985957>

123. Fabian Eberhard hat am 13. Mai 2024 einen Post mit dem nachfolgenden Wortlaut auf X gepostet:

«Diese Beiträge markierte @JMountazar mit „gefällt mir.“ Er ist ein Wortführer der pro-palästinensischen Uni-Besetzung in Lausanne – und offenbar Fanboy islamistischer Mörderregimes. Alles nur ein Versehen?»



Beweis: <https://x.com/FabianEberhard/status/1789902017873285393>

124. Bei Mountazar Jaffar handelt es sich um einen irakischstämmigen Schweizer, der an der Universität Lausanne Assistent und Doktorand ist. Ausserdem politisiert er im Gemeinderat von Lausanne für die SP. Er sympathisiert, wenn man seine Posts anschaut, offensichtlich mit dem Mullah Regime im Iran, mit den Houthi, mit der Hamas, mit den Taliban und mit der Hisbollah. Auf dem Screenshot (unten links) ist zudem zu sehen, dass er ein Antisemit ist. Auf der letzten Abbildung (siehe oben) ist nicht etwa die israelische Fahne zu erkennen, sondern der Davidstern. Ausserdem tragen die Figuren die Kippa.

Beweis: <https://x.com/JMountazar>

125. Über den Mullah Regime Sympathisanten Mountazar Jaffar hat Rico Bandle im Tages-Anzeiger am 2. Juni 2024 einen Artikel mit dem Titel *«Sympathisant von Ayatollah Khamenei darf in der SP bleiben - Einem Lausanner Stadtrat gefielen im Netz Beiträge, die Israel mit Hitlerdeutschland gleichsetzen. In der Partei sorgt der Gaza-Krieg zunehmend für Spannungen – das Chef-Duo schweigt.»* veröffentlicht.

Bandle schreibt: *«Ein Klick auf den «Gefällt mir»-Knopf auf Plattformen wie Facebook, Instagram oder X ist schnell gemacht – und ihm sollte in der Regel nicht allzu viel Bedeutung beigemessen werden. Der Lausanner SP-Stadtrat und Uni-Doktorand Mountazar Jaffar allerdings hat zum Gaza-Krieg bei so vielen gewalt- und terrorverherrlichenden Beiträgen ein Herzchen verteilt, dass nicht mehr von Unbedarftheit gesprochen werden kann. So likte er mindestens vier Beiträge des iranischen Revolutionsführers und Hamas-Unterstützers Ali Khamenei, der dem «kriminellen zionistischen Regime» eine «vernichtende Niederlage» wünscht. Ali Khamenei ist jener Machthaber, der jährlich Hunderte Oppositionelle öffentlich exekutieren und Frauen systematisch verfolgen lässt. (...)»*

Beweis: <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz-iran-und-gaza-khamenei-sympathisant-darf-in-sp-bleiben-327670165393>

126. Anders als die SRG-Medien hat auch der Blick über den Islamisten Mountazar Jaffar, der bei der SP politisiert, berichtet.

Beweis: <https://www.blick.ch/politik/hat-sich-entschuldigt-taliban-freund-darf-bei-sp-waadt-bleiben-id19797013.html>

127. Der Tamedia-Investigativ-Journalist Sylvain Besson schreibt im Zusammenhang mit der Mountazar Jaffar Affäre: *«Le cas de @JMountazar n'est pas isolé. D'autres activistes lausannois comme @lorykhyseni (ancien porte-parole de la Jeunesse socialiste) estiment qu'Israël est «un État qui n'aurait jamais dû exister» 4/»*

Beweis: <https://x.com/SylvainBesson/status/1789895288817086783>

128. Am 12. Mai 2024 veröffentlichte Sylvain Besson auf «24 heures» einen Artikel mit dem Titel *«Sur les campus romands, des activistes «likent» le Hamas et l'Iran. Des*

figures de la mobilisation étudiante pour Gaza approuvent les groupes armés en lutte contre Israël. Parmi elles, l'élu PS lausannois Mountazar Jaffar.»

Beweis: <https://www.24heures.ch/sur-les-campus-des-activistes-likent-le-hamas-et-liran-264340213187>

129. Auch andere Medien berichteten über den Wortführer der Lausanner Unibesetzung Mountazar Jaffar. Und wie oben zu sehen ist, haben bekannte Investigativjournalisten über ihn Posts in den sozialen Medien erstellt. Unten ist die Berichterstattung über Mountazar Jaffar, die noch nicht zitiert wurde.

Beweis: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/pro-palaestina-proteste-ein-lausanner-sp-politiker-quittiert-eine-taliban-erklaerung-zum-gaza-krieg-mit-gefaellt-mir-jetzt-droht-ihm-der-parteiausschluss-ld.2618342?reduced=true>

<https://www.watson.ch/fr/suisse/lausanne/767071084-le-ps-condamne-les-likes-de-son-elu-mountazar-jaffar>

<https://lecourrier.ch/2024/05/29/pas-de-sanction-pour-mountazar-jaffar/>

<https://www.lematin.ch/story/action-pro-palestine-antisemitisme-le-ps-vaudois-recadre-un-de-ses-membres-103105070>

<https://www.24heures.ch/pas-de-sanctions-contre-lelu-lausannois-mountazar-jaffar-366709854751>

<https://www.watson.ch/fr/suisse/parti-socialiste/157148112-soupcons-d-antisemitisme-mountazar-jaffar-reste-au-ps-vaud>

<https://www.24heures.ch/le-ps-vaudois-condamne-les-likes-pro-iraniens-dun-elu-212144682751>

130. Erwartungsgemäss haben die SRG-Medien über Mountazar Jaffar kein Wort verloren, auch nicht die TSR, während andere Medien sowohl in der Deutschschweiz als auch in der Romandie ausgiebig berichteten. Der Grund dafür ist klar. Eine Berichterstattung über den Islamisten und Antisemiten, der in der SP politisiert, hätte dem eigenen woken und israelfeindlichen Narrativ der SRG geschadet. Das Verschweigen unliebsamer Nachrichten hat bei den SRG-Medien System und erfolgt bewusst. Man kann unter Einbezug der bisher genannten Beispiele ohne weiteres sagen, dass die fehlende Berichterstattung keineswegs bloss auf journalistisches Unvermögen oder Ahnungslosigkeit zurückzuführen ist.

Die TSR hat übrigens durchaus schon über Mountazar Jaffar berichtet, allerdings nicht im Zusammenhang mit der Universitätsbesetzung, sondern als sich dieser über «Rassismus» beklagte, und dies ohne Erfolg. Bemerkenswert ist dabei, dass diese Berichterstattung einen Zusammenhang mit seiner «Palästina-Solidarität» hat. Es wird auf den Artikel von rts.ch verwiesen. Das Beispiel macht deutlich, dass SRG-Medien dann berichten, wenn etwas in ihr Narrativ passt aber auf eine Berichterstattung

verzichten, wenn dieses Narrativ gestört werden könnte. Das ist in hohem Grade manipulativ.

Beweis: <https://www.rts.ch/info/regions/vaud/14441789-un-conseiller-communal-lausannois-veut-porter-plainte-pour-racisme-sans-succes.html>

131. Was die SRG-Medien nicht erkennen, ist Folgendes: Im Jahr 2024 leben wir in einem Zeitalter der Medienvielfalt. Es gibt Gratiszeitungen, es gibt das Internet, mit dem man Zugriff auf diverse Medien hat, und dies weltweit. Die Schweiz ist ein Land, in welchem die Menschen oft mehrere Sprachen sprechen. Der Unterzeichnete spricht fließend vier Sprachen und kann ohne Probleme Medien konsultieren, die in diesen Sprachen publizieren, vor allem auch im Internet. Dann gibt es Tools, welche Online-Artikel, die in einer Fremdsprache, die man nicht beherrscht, erschienen sind, sofort übersetzen lassen kann. Dann gibt es die sozialen Medien, welche auf bestimmte Vorgänge, Entwicklungen und Ereignisse in Echtzeit aufmerksam machen. Wir leben nicht in einer Zeit wie vor den Neunziger Jahren, als die Familie um 19:30 Uhr vor dem Fernseher sass, um die Nachrichten des Tages anzuschauen oder wenn man um 18:00 Uhr «Echo der Zeit» hörte, wenn man mit seinem Auto im Stau steckte.

Anders ausgedrückt: Dieses bewusste manipulative und systematisch erfolgende Verschweigen von unliebsamen Nachrichten durch die SRG-Medien bleibt im Jahr 2024 nicht unentdeckt.

132. Am Schluss dieses zweiten Teils der vorliegenden Beschwerdeschrift sei darauf hingewiesen, dass auch an den Universitäten anderer westlichen Länder sehr ähnliche Proteste stattfanden, wie oben beschrieben wurde, wobei es auch zu Gewalt gegen Juden kam. Der Unterzeichnete hat sich auf die Vereinigten Staaten, wo die Ideologien, welche die Grundlage dieser Proteste bilden, ihren Ursprung haben, und auf die Schweiz konzentriert. Diese Fokussierung erfolgte, um nicht Hunderte von Seiten zu schreiben und den Rahmen gänzlich zu sprengen. Ein solches Vorgehen kann man mit der Medienberichterstattung der SRG-Kanäle nicht gleichsetzen. Die SRG-Medien berichteten über Proteste in anderen Ländern pflichtwidrig nicht, obwohl die Newsrelevanz durchaus gegeben war, auch nicht über studentische Proteste in den Nachbarländern der Schweiz, wie beispielsweise in Deutschland, wo sich seit dem Oktober 2023 die unglaublichsten Szenen abspielen. Es wird lediglich auf die nachfolgenden Posts auf X über einige Vorgänge in Deutschland verwiesen. Das Schweizer Fernsehen, welches gerne über linke Proteste in Argentinien berichtet, verlor über diese ungeheuerlichen Ereignisse kein Wort, wo es unter jüdischen Studenten auch Verletzte gab.

Beweis: https://x.com/JFDA_eV/status/1794048494241460487

<https://x.com/tagesschau/status/1793621440694038624>

<https://x.com/LindaTeuteberg/status/1793575558976319760>

<https://x.com/susanschroeter/status/1793563522972201353>

<https://x.com/Antisemiticblog/status/1793310194723586099>

https://x.com/th_so2/status/1793289797840077021

<https://x.com/welt/status/1792062568493638079>

3. Teil: Die Berichterstattung über die studentischen Proteste im SRF und in den SRG-Medien

a. Fehlende und mangelhafte Berichterstattung durch die SRG-Medien der studentischen Proteste in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und anderswo vor dem 17. April 2024

133. Die prodschihadistischen, antiisraelischen und antisemitischen Proteste an den westlichen Universitäten begannen bereits unmittelbar nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023, als die Hamas und Teile der palästinensischen Bevölkerung in Israel einen Völkermord verübten, diesen bejubelten und auch mehrheitlich unterstützten.

134. Völkermord wird in Art. II des Internationalen Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes definiert:

Dort heisst es:

«In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.»

Wie man oben sehen kann, gibt es mehrere Tatbestandsvarianten, um das Vorliegen eines Genozids zu bejahen.

Sehr wesentlich ist dabei, dass die verschiedenen Handlungen, die einen Völkermord darstellen könnten, in der Absicht begangen werden müssen, um eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.

Die Absicht, ein Volk ganz oder teilweise zu zerstören, ist damit die Grundvoraussetzung. Fehlt es an dieser Zerstörungsabsicht, liegt kein Völkermord vor.

Mit anderen Worten reicht die oben aufgeführte «Tötung von Mitgliedern einer Gruppe» allein nicht aus.

Wie man aus dem Konventionstext entnehmen kann, geht es dabei auch nicht um eine konkrete Zahl. Eine solche ist in der Konvention nicht einmal aufgeführt.

Das bedeutet: Selbst wenn sehr viele Menschen beispielsweise aufgrund eines Konflikts umkommen, muss nicht unbedingt ein Völkermord vorliegen, wohingegen das Töten einer wesentlich kleineren Zahl von Menschen durchaus Völkermord sein kann, wenn die erwähnte Zerstörungsabsicht gegeben ist.

Die letzte Tatbestandsvariante (Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe) zeigt zudem, dass ein Völkermord sogar dann vorliegen kann, wenn überhaupt niemand getötet wird. So wurde beispielsweise das Überführen von Kindern von Fahrenden (Sinti / Roma) in Schweizer Familien im Rahmen des Projekts «Kinder der Landstrasse», welches in der Schweiz bis anfangs der Siebziger Jahre lief, in einem später erstellten Rechtsgutachten als Völkermord eingestuft. Bei diesem Völkermord wurde niemand umgebracht. Die vorerwähnte Zerstörungsabsicht war aber gegeben. Mit anderen Worten bedeutet Völkermord nicht automatisch «viele Tote».

Diese erforderliche Zerstörungsabsicht ist bei den Handlungen der israelischen Armee im Rahmen ihrer Offensive im Gaza-Streifen nicht einmal erkennbar. Die Absicht der israelischen Armee ist die Zerschlagung der Hamas und die Befreiung der Geiseln und nicht die teilweise oder ganze Zerstörung der Bevölkerung von Gaza.

Natürlich sterben bei dieser Offensive auch unbeteiligte Menschen wie in jedem Krieg. Das ist allerdings noch lange kein Völkermord, selbst wenn die von der Hamas angegebenen Opferzahlen stimmen würden, weil die Absicht Israels nicht auf die Zerstörung der dort ansässigen Bevölkerung ausgerichtet ist.

Ganz anders sieht es aus beim Pogrom vom 7. Oktober 2023.

Die entsprechenden Tathandlungen erfolgten ganz klar mit der Absicht, zumindest einen Teil der israelischen Bevölkerung zu zerstören, wobei diese Tathandlungen geplant waren. Die Tatbestandsvarianten «Tötung von Mitgliedern der Gruppe» und «Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe» (Bst. a und b) sind klar erfüllt.

Diese Genozidabsicht ist auch der Hamas-Charta zu entnehmen.

Art. 7 der Hamas Charta besagt:

«Auch wenn die Verbindungen weit voneinander entfernt waren und die Hindernisse, die von den Lakaien des Zionismus den Kämpfern in den Weg gelegt wurden, die Fortsetzung des Kampfes behinderten, strebt die islamische Widerstandsbewegung nach der Verwirklichung des Versprechens Allahs, egal wie lange es dauern sollte. Der Prophet, Allah segne ihn und schenke ihm Heil, hat gesagt:

"Der Tag des Gerichts wird erst kommen, wenn die Moslems gegen die Juden kämpfen (die Juden töten) und der Jude sich hinter Steinen und Bäumen verstecken wird. Dann wird der Jude sich hinter Steinen und Bäumen verstecken. Die Steine und Bäume werden sagen: O Moslems, o Abdulla, hinter mir ist ein Jude, kommt und tötet ihn. Nur der Gharkad-Baum (offensichtlich eine bestimmte Art von Baum) würde das nicht tun, weil er einer der Bäume der Juden ist." (Überliefert von al-Bukhari und Moslem).»

Entgegen der haltlosen Unterstellung der woken Studenten und ihren islamistischen Kommilitonen kann beim Vorgehen der israelischen Armee in Gaza von einem Völkermord nicht die Rede sein. Das haben selbst die vom SRF beigezogenen Rechtsexperten am 20. Mai 2024 bestätigt. Da sie nicht gefragt wurden, ob das Pogrom vom 7. Oktober 2023 den Tatbestand von Völkermord erfülle, haben sie sich dazu nie geäußert. Die Tatbestandsmässigkeit ist, wie oben gezeigt wurde, klar zu bejahen.

Beweis: https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp

<https://www.srf.ch/news/international/proteste-an-schweizer-unis-vor-wuerfe-gegen-israel-das-steckt-hinter-pro-palaestina-parolen>

135. Obwohl die weiter oben beschriebene Reaktion auf diesen Völkermord gerade in westlichen Bildungseinrichtungen ein bemerkenswerter Vorgang ist, zumal dieser regelrecht bejubelt wurde, was eindeutig mit der Indoktrination, die an den Universitäten stattfindet, im Zusammenhang steht, gab es in den SRG-Medien keinerlei journalistische Auseinandersetzung mit dem ideologischen Humus, und dies aus dem einfachen Grund, weil diese Ideologien bei der SRG selbst vorherrschend sind. Welche Ideologien und welche aktivistischen Wissenschaften für diese Vorgänge ursächlich sind, wurden oben im ersten Teil der Beschwerdeschrift aufgezeigt. Natürlich könnten jetzt die woken SRG-Journalisten einwenden, dass dies nicht stimmt, um die von ihnen hochgehaltenen Ideologien und ihre Haltung zu diesen zu rechtfertigen. Das Problem dabei ist, dass es abweichende Stimmen sowohl in der Wissenschaft als auch in den Medien gibt, die in den SRG-Medien nie zu Wort kommen und das Thema nie behandelt wird. Wie weiter oben aufgezeigt werden konnte, sind diese Stimmen bei weitem nicht «rechtspopulistisch», «konservativ» oder gar «rechtsradikal», so wie die Woken das selbst wahrnehmen. Vielmehr widersprechen ganz normale Leute der politischen Mitte, Linke, Schwule und Lesben sowie linke, liberale und linksliberale Wissenschaftler den woken Ideologen und lehnen diese Ideologien ab. Es gab auch zahlreiche Zeitungsartikel sowohl in den Schweizer als auch in ausländischen Medien, die sich mit der Problematik fundiert auseinandersetzten, wie oben ausgeführt wurde. In den SRG-Medien fand diese Debatte überhaupt nie und nirgends statt, weil man dem eigenen woken Narrativ nicht schaden wollte.
136. Wie oben ebenfalls aufgezeigt wurde, verfolgten die SRG-Medien bei Sachverhalten, Verlautbarungen und Ereignissen ganz eindeutig eine Strategie des Verschweigens. Ganz besonders deutlich wurde das bei der komplett fehlenden Berichterstattung über das Hearing der drei Universitätspräsidentinnen am 5. Dezember 2023 im Monat Dezember 2023, während andere Medien im In- und Ausland ausgiebig darüber berichteten. Natürlich betrifft das auch die woken Ideologien, welche die Senderverantwortlichen bei der SRG hochhalten.

137. Wenn über die Vorgänge an den westlichen Universitäten nur ungenügend oder gar nicht berichtet wird und die Kritik gegenüber dem ideologischen Humus ein kompletter Blindfleck ist, können sich SRG-Medienkonsumenten unmöglich eine eigene und fundierte Meinung darüber bilden. Und nur wenn man sich wie der Unterzeichnete mit diesen Ideologien und mit der Kritik auseinandergesetzt hat, die in der SRG-Medienberichterstattung nicht vorkommt, kann man auch erkennen, was hinter den Universitätsprotesten steckt und warum insbesondere Fachbereiche betroffen sind, die mit «Studies» enden. Dieser blinde Fleck bei den SRG-Medien betrifft nicht nur Nachrichtenformate, sondern vielmehr auch redaktionelle Diskussionssendungen, wo aufgrund der woken Grundeinstellung der Sendeverantwortlichen diese Debatten überhaupt keinen Platz haben.

b. Komplette fehlende Berichterstattung in den SRG-Medien während der heissen Phase der sog. «Encampments» zwischen 17. April 2024 und 24. April 2024

138. Die studentischen Proteste in den Vereinigten Staaten, die bereits im Oktober unmittelbar nach dem Pogrom begannen, erreichten am 17. April 2024 eine neue Eskalationsstufe mit der Besetzung des Campus von Columbia University. Oben wurde ein Video gepostet, welches nur die Ereignisse zwischen dem 17. April 2024 und dem 24. April 2024 zeigt, dessen Inhalt vom Unterzeichneten auch zusammengefasst wurde. Solche Proteste fanden nicht nur an der Columbia statt, sondern auch an anderen amerikanischen Universitäten. Insgesamt sollen mindestens an 60 amerikanischen Universitäten (vgl. Wikipedia-Eintrag) solche «Encampments» stattgefunden haben.

Beweis: https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_pro-Palestinian_protests_on_university_campuses_in_2024

139. Über diese neue Eskalation berichteten das Schweizer Fernsehen und die übrigen SRG-Medien erstmals erst eine Woche nach Eskalationsbeginn, namentlich am 24. April 2024, am letzten Tag der heissen Phase. Das ist keineswegs ausschliesslich auf die extrem schlechte Qualität des Journalismus bei den SRG-Medien zurückzuführen. Vielmehr schwieg man sehr bewusst, kehrte die Angelegenheit unter den Teppich und erst im Zeitpunkt, als die Geschichte längst bekannt war, konnte man im öffentlich-rechtlichen Medienhaus der Schweiz ebenfalls nicht mehr schweigen. Obwohl die Vorgänge keineswegs Anti-Kriegsproteste waren, die sich gegen den Krieg in Gaza richteten, schufen die SRG-Journalisten ihre eigene Fake-Story, die im Einklang mit ihrem woken Narrativ stand.

c. X-Post von srfnews am 24. April 2024, 16:07

140. Der erste Bericht aus dem SRG-Medienhaus im Zusammenhang mit den Protesten in den Vereinigten Staaten war ein Post auf X am 24. April 2024 (mit Video) mit dem nachfolgenden Text:

«An zahlreichen Universitäten in den #USA finden pro-palästinensische #Demonstrationen statt. Die Proteste richten sich unter anderem gegen das israelische Vorgehen in #Gaza und die amerikanische #Israel-Politik. Nun verschärft sich die Gangart.»

Beweis: <https://x.com/srfnews/status/1783135569578484123>

141. Im Video verbreitet das Schweizer Fernsehen Fake News und behauptet, dass die Forderungen der Studierenden ein «Waffenstillstand in Gaza» sei. Von der Forderung der Globalisierung der Intifada und anderen Pro-Hamas-Slogans, die im zweiten Teil dieser Rechtschrift gezeigt wurden, erfuhren die SRF-Zuschauer nichts. Vor allem deuten die weiter oben gezeigten Videos, Fotos und Posts in den sozialen Medien überhaupt nicht daraufhin, dass eine Forderung nach einem Waffenstillstand überhaupt gestellt wurde. Vielmehr wurde zu Gewalt aufgerufen, einerseits gegen Israel und andererseits gegen Juden. Die SRF-Zuschauer erfuhren auch nichts über die offen gezeigten Sympathien gegenüber dem Pogrom vom 7. Oktober 2023.

Zu dieser vorgeblichen Waffenstillstandsforderung ist noch anzumerken, dass sie sich ausschliesslich und einseitig gegen Israel richtet und nicht gegen die Hamas und die Hisbollah, welche Israel seit dem 7. Oktober 2023 täglich mit Raketen angreifen. Mit der Forderung «Ceasefire Now!» wird euphemistisch verlangt, dass Israel sich einfach nicht mehr wehren soll. Zu keinem Zeitpunkt hat man bei den Universitätsprotesten hören oder sehen können, dass die Hamas aufgefordert worden wäre, die Geiseln freizulassen und Israel nicht mehr mit Raketen anzugreifen. Ganz im Gegenteil.

Es wird lediglich an die folgenden Slogans erinnert:

«Whoever is in solidarity with our corpses and not with our rockets is a hypocrite and not one of us. Until victory!»

«With a rifle, with a rifle, we will free Palestine!»

«Ich wünschte, ich wäre ein Märtyrer!»

«Israel will fall, brick by brick, wall by wall, Zionism will fall!»

«Globalize the Intifada!»

Solche Slogans und andere, die bereits genannt wurden und die offen gezeigten Sympathien gegenüber der Hamas und dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 zeigen ohne weiteres, dass die Forderung «Ceasefire now!» sich nie gegen die islamistischen Aggressoren richten, mit denen man sogar sympathisiert, sondern ausschliesslich gegen Israel.

142. Der Unterzeichnete reagierte am 25. April 2024 auf die Fake-News-Verbreitung vom Schweizer Fernsehen und hat dazu einen Post auf X veröffentlicht.

«Aus welchen Gründen auch immer, sah ich diesen Post von Ihnen erst jetzt, @srf-news. Wie bereits mehrfach angekündigt, verbreiten Sie Fake News!»

Da der Unterzeichnete den Post des Schweizer Fernsehens nicht gesehen hatte, verlinkte er seinen neuen Post mit einem früheren Post von ihm vom 25. April 2024. Dessen Text lautet wie folgt (mit Fotos):

«Die von der strukturell antisemitischen, rassistischen und antiwestlichen Postcolonial Theory Ideologie angetriebenen Studenten an den amerikanischen Universitäten demonstrieren NICHT gegen den Krieg in Gaza und auch nicht nur gegen Israel.

Sie demonstrieren für die Globalisierung der Intifada, für die Hamas, für die Houthi-Terroristen und für die Hezbollah und rufen zum Dschihad im Westen auf.

Es ist bei totalitären Ideologien üblich, dass allen voran Juden dämonisiert werden, was auch hier erfolgt, aber es geht bei weitem nicht "bloss" um die Juden und um Israel. Es geht um den Westen!

Sämtliche postmodernen Ideologien, namentlich aber nicht ausschliesslich die Postcolonial Theory Ideologie, die Critical Race Theory Ideologie, Queer Theory Ideologie und der Intersektionalismus sind auf die Dekonstruktion des Westens und dessen Zerstörung ausgerichtet.

Das erste Foto zeigt ein Pamphlet, welches an der Columbia University verteilt wurde.

 @jessicaschwalb7

Das zweite Foto zeigt das Campus-Gelände von Columbia, wo dieselbe Botschaft nochmals zu sehen ist.

Das dritte Foto stammt ebenfalls vom Campus-Gelände von Columbia. Die Botschaft lautet: "Wer immer solidarisch ist mit unseren Leichen aber nicht mit unseren Raketen, ist ein Heuchler und gehört nicht zu uns. Bis zum Sieg!"

Das vierte Foto entstand ebenfalls auf dem Campus-Gelände von Columbia. Die arabische Inschrift besagt: "Mit dem Gewehr, mit dem Gewehr, werden wir Palästina befreien."

Nur damit es klar ist: Diese Fanatiker, die Israel völlig haltlos Genozid vorwerfen, rufen selbst zu einem Genozid auf. Ihre Slogans "From the River to the Sea..." sowie "Free Palestine" haben keine anderen Bedeutungen.

Meanwhile bei @srfnews am Leutschenbach in Zürich: Keine Berichterstattung über diese Vorgänge. Stattdessen gab es gestern gleich zwei Berichte über die sog. "toxische Männlichkeit", jene in Australien und jene in der Schweiz.

Wenn @srfnews überhaupt über diese Ereignisse berichten wird, was ich bezweifle, wird sie behaupten, dass die Demonstrationen sich gegen den Krieg in Gaza richten. Ich nehme es vorweg: Das wäre eine infame Lüge, um das eigene Narrativ nicht zu zerstören.»

Beweis: <https://x.com/AtticusJazz/status/1783368363751690491>

143. Mit anderen Worten hatte der Unterzeichnete es vorausgesehen, dass das SRF die prodschihadistischen Studenten, die mit der Hamas und mit dem Pogrom sympathisierten, zur Globalisierung der Intifada, zu einem Genozid an den Juden sowie zur

Vernichtung Israels aufriefen, jüdische Studenten drangsalierten und ihnen den Zutritt in universitäre Einrichtungen versperrten, als «Friedensaktivisten» framen würde, die doch bloss gegen den Krieg in Gaza waren. Eine ganze Woche hatte das SRF gebraucht, um diese Story zusammenzubasteln, die zu seinem woken und antiisraelischen Narrativ passte.

144. Krieg ist etwas Furchtbares und niemand, der vernünftig ist, befürwortet Kriege. Wenn bestimmte Personengruppen gegen den Krieg sind und ihre Antikriegshaltung bei Demonstrationen kundtun, ist dies grundsätzlich etwas Sympathisches. Unsympathisch ist eine Antikriegshaltung höchstens dann, wenn dem Angegriffenen das Recht abgesprochen wird, sich zu verteidigen, wie im Fall der Ukraine. Durch ihre tendenziöse Berichterstattung über das Eingreifen Israels in Gaza hatten die SRG-Medien es längst geschafft, Israel als Aggressor zu framen. Obwohl Israel seit dem 7. Oktober 2023 täglich mit Raketen angegriffen wird, berichten die SRG-Medien kaum darüber, insbesondere nicht über die Aggression seitens der Hisbollah-Miliz. Seit dem 7. Oktober 2023 sind insgesamt über 19'000 Raketen auf Israel abgefeuert worden, um wahllos Zivilisten zu ermorden. Jede einzelne Rakete ist ein Kriegsverbrechen und verletzt das Völkerrecht, was die antiisraelischen SRG-Journalisten allerdings nicht kümmert.

Da die Berichterstattung der SRG-Medien über die Israel-Gaza-Krise ganz grundsätzlich tendenziös und antiisraelisch ist, hat es eine Vielzahl von Beanstandungen bei der Ombudsstelle und Beschwerden bei der UBI gegeben. Es wird hiermit beantragt, bei der Ombudsstelle anzufragen, wie viele solche Beanstandungen eingegangen sind und in wie vielen die tendenziöse Berichterstattung der SRG-Medien beanstandet wurde. Ausserdem wird beantragt die Zahl der gutgeheissenen Beanstandungen und Beschwerden festzustellen.

Die Parteinahme der SRG-Medien ist sehr eindeutig. Zu Beginn der Krise hatten sich die SRG-Medien sogar noch geweigert, die Hamas-Terroristen als «Terroristen» zu bezeichnen. Stattdessen verwendeten sie für diese Mörder, Entführer, Vergewaltiger und Geiselnnehmer den Ausdruck «Kämpfer». Wie der Unterzeichnete es über Drittpersonen erfahren hat, gab es diesbezüglich intensive Diskussionen bei den Redaktionen, bis die palästinabewegten SRG-Journalisten ihr Wording anpassten.

Beweis: https://x.com/Fabi_el_/status/1800245671573758190

Erkundigungen bei den Ombudsstellen über die Beanstandungen
durch die UBI vorzunehmen

- d. **srf.ch-Artikel vom 25. April 2024, 22:19 sowie Tagesgespräch, 25.04.2024, 13:00 Uhr**

145. Das zweite Mal, als die SRG-Medien über die Vorgänge an den amerikanischen Universitäten überhaupt berichteten, war der 25. April 2024. Die Ausstrahlung erfolgte einerseits im Radio und andererseits wurde auf srf.ch das entsprechende Interview mit Prof. Andreas Wimmer veröffentlicht.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/us-eliteuniversitaeten-die-antisemitischen-vorfaelle-finden-off-campus-statt>

146. Der Titel des Interviews auf srf.ch, was von besonderer Relevanz ist, zumal viele Medienkonsumenten vor allem den Titel eines Beitrags lesen, lautet «Die antisemitischen Vorfälle finden <off campus> statt». Bereits das ist faktenwidrig, wie oben dargelegt wurde. Es wird auf das Video vom Columbia Campus verwiesen, welche im Besonderen Szenen innerhalb des Campus zeigt. Entweder hat Wimmer keine Ahnung über die Vorgänge in seinem Campus, wo einem anderen Professor, namentlich Shai Davidai, sogar der Zutritt ins Campus-Gelände verweigert wurde und jüdische Studenten durch den antisemitischen Mob verdrängt wurden und ihnen der Zutritt in universitäre Einrichtungen verweigert wurde, oder er beschönigt den Sachverhalt absichtlich. Vor allem: Ist es wirklich viel besser, wenn die antisemitischen Vorfälle ausserhalb des Campus stattfinden? Zwar stimmt das nicht, aber allein diese Verniedlichung der Vorfälle in New York zeigen auf, wie er die Sache bewusst verharmlost.
147. Dass er es absurd findet, dass sich jüdische Studenten unsicher fühlen, ist an Menschenverachtung kaum zu übertreffen, insbesondere auch der Hinweis auf bestimmte jüdische Gruppierungen, welche das Encampment unterstützen. Einerseits haben jüdische Studenten selbst ausgeführt, dass sie sich bedroht fühlen und andererseits ist die Bedrohungslage real. Es ist faktenwidrig, dass nur ausserhalb des Campus-Geländes Hamas-freundliche Slogans skandiert wurden, wie oben gezeigt wurde. Entweder hat er das nicht mitbekommen, oder er sagt nicht die Wahrheit.
148. Das gesamte Interview ist ein Kleinreden der Vorgänge an der Columbia, wobei anzumerken ist, dass diese Dinge ja nicht nur an seiner Uni stattfanden. Wimmer hält das Ganze für eine Kampagne und Inszenierung. Die im dritten Teil gezeigten Bilder, die Videos, und die Inhalte der skandierten Parolen zeigen ohne weiteres, dass er derjenige ist, der hier eine Kampagne betreibt, um die Vorwürfe gegen seine Universität kleinzureden.
149. Am 30. April 2024, damit nach diesem Interview, wurde an der Columbia University die Hamilton Hall besetzt und Studenten haben sich darin verbarriadiert. Insofern waren seine «Einschätzungen» komplett falsch.

Beweis: <https://x.com/jessicaschwalb7/status/1785207643897827621>

<https://x.com/visegrad24/status/1785240225813233732>

https://x.com/Ostrov_A/status/1785263930996088887

<https://x.com/emilykschrader/status/1785224645928428012>

150. Andreas Wimmer wurde bereits am 15. Dezember 2023 vom SRF interviewt. Damals gab er an, dass die Chancen für eine Zweistaatenlösung nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 gestiegen seien. Diese geradezu menschenverachtende Einschätzung dürften nicht alle teilen, weil ein palästinensischer Staat nach dem Terrorangriff die Bestätigung dafür wäre, dass sich Terrorismus lohnen würde. In Israel jedenfalls ist die Zustimmung für einen unabhängigen palästinensischen Staat seit dem 7. Oktober

2023 massiv gesunken. Dass Wimmer nach dem 7. Oktober 2023 eine Chance für einen stabilen Frieden im Nahen Osten sieht, dürfte höchstens noch die Meinung von SRG-Journalisten und einiger extrem links stehenden Personen sein.

Beweis: <https://www.srf.ch/audio/tagesgesprach/andreas-wimmer-chance-fuer-stabilen-frieden-in-nahost-besteht?id=12506724>

<https://www.pewresearch.org/short-reads/2023/09/26/israelis-have-grown-more-skeptical-of-a-two-state-solution/>

151. Ganz am Schluss des Interviews wird besonders gut deutlich, wie Andreas Wimmer tickt. Er meint, dass woke Institutionen progressiv seien, was höchstens eine Selbstwahrnehmung der Woken selbst ist. Wokeness ist nicht progressiv, sondern regressiv, antiwestlich, strukturell antisemitisch, sexistisch, frauenfeindlich, wissenschaftsfeindlich und pro-islamistisch. Nichts daran ist progressiv und die Kritik daran ist sicher nicht ausschliesslich konservativ, rechtspopulistisch oder gar rechtsextrem, wie die Woken das immer wieder behaupten. Die überwiegende Mehrheit der Menschen im Westen ist nicht woke und kann mit den kolportierten Ideologien nichts anfangen.
152. Entgegen der Angabe zu Beginn des Interviews berichtet Wimmer nicht aus «erster Hand», nur weil er bei der Columbia tätig ist. Letztendlich ist er dort Professor und es kann ja kaum erwartet werden, dass jemand, der dort beschäftigt ist, die Vorgänge an der Universität und die Präsidentin der Universität massiv und auf eine fundierte Art und Weise kritisiert, obwohl dies angebracht wäre. Im Interview wird zwar kritisch nachgefragt, aber bereits die Wahl von Wimmer als Interviewpartner war sehr ungeschickt. Vor allem konnten sich die SRG-Medienkonsumenten keine eigene Meinung nach diesem Interview bilden, da die SRG-Medien zuvor eine ganze Woche lang über die Vorgänge an der Columbia nicht berichtet hatten. Wenn man nichts darüber weiss, keine Berichterstattung stattfand, keine Bilder und Videoaufnahmen gezeigt wurden, die im Interview sogar vom SRG-Journalisten sogar angesprochen werden, und keine ernsthafte Diskussion geführt wurde, mit der man Wimmer widersprechen hätte können, kann sich ein Durchschnittszuschauer unmöglich eine eigene Meinung bilden, erst recht nicht aufgrund der von der SRG hergestellten Autorität der Person Wimmer, der Professor für Politologie ist und an der Columbia lehrt. Nur jemand, der über die Vorgänge Bescheid weiss und mit eigenen Augen gesehen hat, was an der Columbia während einer Woche lief und was auch danach geschah, kann wirklich feststellen, dass die Angaben von Wimmer reine Propaganda sind.
- e. **srf.ch Artikel von Dienstag, 30.04.2024, 16:10 Uhr, aktualisiert um 18:21 Uhr und Tagesschau, 30.4.2024, 12:45 Uhr**

153. In der Tagesschau werden die Vorgänge an den amerikanischen Universitäten beschönigt, indem erzählt wird, dass die protestierenden Studenten seit zwei Wochen, worüber die SRG-Medien bewusst nicht berichtet haben, einfach bloss gegen die amerikanische Israel-Politik und andererseits gegen die israelische Kriegsführung demonstrieren würden. Nirgends wird erwähnt, dass die Studenten die Globalisierung der Intifada fordern und Sympathien für die Hamas und deren Taten zeigen würden. Dann wird angegeben, dass die jüdischen Studenten angeben würden, sich auf dem Campus «allerdings nicht mehr sicher fühlen». Damit werden die massiven

Bedrohungen und das, was auf dem Campus geschah, auf das subjektive Empfinden der Juden heruntergeholt. Dass sie drangsaliert werden und massivste Drohungen und Beschimpfungen ausgesprochen wurden und die Gewalt, die sie erfuhren, ist damit nur ein subjektives Gefühl. In der Tagesschau heisst es weiter, dass den Demonstranten antisemitische und gewaltverherrlichenden Aussagen bloss vorgeworfen würden. Mit anderen Worten sind es bloss Vorwürfe seitens der Juden und keine Tatsachen. In Ziff. 92 hievore wurden die Slogans und die Szenen gezeigt. Es geht hier nicht um das subjektive Empfinden von Juden und um bloss Vorwürfe. Aus dem Interview mit Wimmer ist übrigens deutlich geworden, dass die SRG-Journalisten die problematischen Aufnahmen durchaus gesehen haben müssen, die sie allerdings bewusst nicht zeigten. Im Interview wird die folgende Frage gestellt:

«Machen Sie es sich nicht zu einfach, wenn Sie sagen, dass die problematischen Proteste ausserhalb des Universitätsgeländes stattfinden?»

Nur jemand, der diese Aufnahmen selbst gesehen hat und sehr wohl weiss, was an der Columbia abging, würde eine solche Frage stellen. Gezeigt wurden diese Aufnahmen allerdings bewusst nie, damit sich das Publikum keine eigene Meinung bilden konnte.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/us-eliteuniversitaeten-die-antisemitischen-vorfaelle-finden-off-campus-statt>

154. Zum ersten Mal erwähnen die SRG-Medien in dieser Tagesschau-Ausgabe, dass die Eskalation an den Universitäten auch an anderen Universitäten stattfinden würden. Das sind ganze 13 Tage nach dem Beginn der Eskalation der Proteste! Im Interview mit Pascal Weber heisst es sodann, dass die Präsidentin von Columbia *«von der rechten Seite harsch kritisiert werde»*. Dass die Kritik unter anderem aber nicht nur auch von amerikanischen Juden kommt, die traditionell Demokraten wählen und keineswegs rechts sind, wird nicht erwähnt und natürlich auch nicht, dass diese Kritik auch ausserhalb des rechten politischen Spektrums existiert. Einmal mehr zeigt sich hier das woke Narrativ, dass die Ablehnung gegen die strukturell antisemitische Woke-Bewegung ausschliesslich von den «Rechten» komme. Dann meint Pascal Weber, dass das Ganze eine «Instrumentalisierung dieser Debatte» zeige. Die Kritik gegen den antisemitischen Mob an den Universitäten, die von den woken Ideologien angetrieben wird und die Kritik daran ist keine «Instrumentalisierung». Die woken Ideologien sind strukturell antisemitisch. Wer diesen Antisemitismus kritisiert und darauf aufmerksam macht, instrumentalisiert nicht.

Am Schluss ergreift Pascal Weber Partei für die prodschihadistischen Demonstranten, welche die Globalisierung der Intifada und die Vernichtung Israels fordern und meint, dass die Jungen – damit meint er die woke Jugend – Präsident Biden vorwerfen würden, die USA resp. dessen Regierung seien viel zu unkritisch gegenüber Israel.

Die unten zu sehende Grafik (PEW-Research-Center) zeigt, dass aufgrund der in den Schulen und Universitäten stattfindenden Indoktrination und Agitation von woken Lehrkörpern die Sympathien gegenüber Israel bei der amerikanischen Jugend durchaus tiefer sind als bei der Gesamtbevölkerung. Tatsache ist allerdings, dass immer

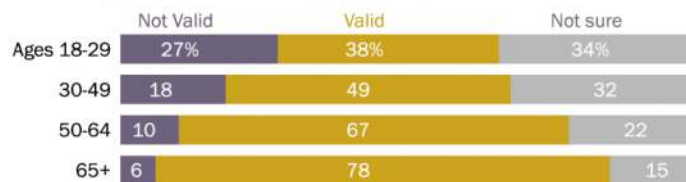
noch die Mehrheit der amerikanischen Jugendlichen den militärischen Eingriff Israels für gerechtfertigt sieht.

Die Interpretation, dass die «Jugend» für oder gegen etwas sei, wobei ausschliesslich die woke Jugend gemeint ist, ist bei woken Journalisten sehr typisch. Die Jugend in der Schweiz, die beispielsweise ausserordentlich gerne fliegt und Auto fährt, wird unter Greta Thunbergs «Klimajugend» hineingepfercht. Tatsache ist allerdings, dass die Jugend in politischer Hinsicht genau so vielfältig ist wie die ältere Generation, was man bei der Europawahl sehr gut beobachten konnte. Entgegen der Meinung der Woken ist die Jugend trotz der Indoktrination an den Schulen und Universitäten sehr divers und ist keineswegs woke und grün, so wie die woken Erwachsenen dies gerne hätten.

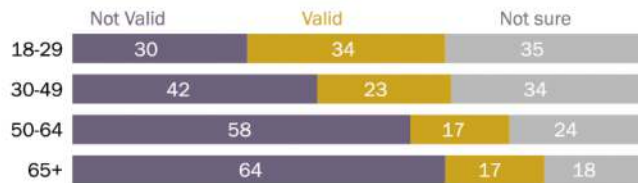
Young adults more critical of Israel's reasons for fighting – and less critical of Hamas' reasons – than are older Americans

WHY THEY ARE FIGHTING

% who say **Israel's** reasons for fighting Hamas are ...



% who say **Hamas'** reasons for fighting Israel are ...



HOW THEY ARE FIGHTING

% who say the way **Israel** is carrying out its response to Hamas' Oct. 7 attack is ...



% who say the way **Hamas** carried out its attack on Israel on Oct. 7 was ...



Note: Those who did not answer are not shown.

Source: Survey of U.S. adults conducted Feb. 13-25, 2024.

*Majority in U.S. Say Israel Has Valid Reasons for Fighting; Fewer Say the Same about

Beweis: <https://www.pewresearch.org/2024/03/21/majority-in-u-s-say-israel-has-valid-reasons-for-fighting-fewer-say-the-same-about-hamas/>

155. Interessant bei diesem Tagesschau-Beitrag ist allerdings, dass das Narrativ der SRG etwas angepasst wurde. Die Studenten demonstrieren nicht nur angeblich gegen den Krieg in Gaza, was nicht stimmt, sondern gegen die amerikanische Regierung und deren Israel-Politik. Die propalästinensische und antiisraelische SRG stellt sich dabei auf die Seite der Hamas-Supporter auf dem Campus und kritisiert damit ebenfalls die amerikanische Regierung. Was im zweiten Teil dieser Beschwerdeschrift gezeigt wurde, wird weiterhin komplett verschwiegen, damit beim Schweizer Fernsehpublikum Sympathien gegenüber der studentischen Protestbewegung hergestellt wird. Man erfährt nichts über Gewaltaufrufe, über den Wunsch, dass Israel vernichtet werde, dass Tel Aviv bombardiert werden sollte, Sympathien gegenüber der Hamas und andere Dinge, die weiter oben gezeigt wurden.

156. Beim fünften Foto im Artikel steht der nachfolgende Satz: *«Die Columbia empfahl Studierenden und Mitarbeitern, aus Sicherheitsgründen am Dienstag nur in dringenden Fällen den Campus aufzusuchen.»*

Mit anderen Worten richtet die Columbia diesen Aufruf nicht «nur» gegenüber jüdischen Studenten und Professoren, sondern ganz generell gegenüber allen Studenten und Professoren. Ganz offensichtlich war die Sicherheitslage auf dem Campus nicht bloss ein subjektives Unsicherheitsgefühl der jüdischen Studenten, wie die Tagesschau dies gegenüber den Zuschauern weismachen wollte. Offenbar hatte die Universitätsleitung durchaus generelle Sicherheitsbedenken aufgrund der Militanz der pro-schiadistischen Studentenbewegung. Im Tagesschau-Beitrag wurde das nicht nur nicht thematisiert. Man spielte das Ganze vielmehr herunter, um dem eigenen woken Narrativ nicht zu schaden und die studentischen Proteste journalistisch zu supporten.

157. Ganz am Schluss des Artikels heisst es: *«Einigen wird Antisemitismus und die Verharmlosung der Hamas vorgeworfen, deren Ziel unter anderem die Vernichtung des Staates Israel ist.»*

Es geht hier nicht bloss um einen Antisemitismus-Vorwurf, sondern um Fakten. Diese Proteste waren und sind klar antisemitisch. Der Ausdruck «Vorwurf» ist reines Framing, mit dem der Antisemitismus auf das rein subjektive Empfinden bestimmter Personen heruntergeholt wird. Ausserdem wurde die Hamas nicht bloss verharmlost, sondern verherrlicht. Es wird auf die Slogans an der Columbia University verwiesen, die oben gezeigt wurden (Ziff. 92 hievore). Ausserdem ist die Vernichtung des Staates Israel nicht «bloss» das Ziel der Hamas, sondern auch jenes dieser Pro-Hamas-Studentenbewegung.

158. Im Artikel ist ferner von der «Columbia Students for Justice in Palestine» die Rede. Diese Gruppierung, die auch in der Schweiz aktiv ist, ist mit der Hamas verbandelt, was die SRG-Medienkonsumenten freilich nicht erfahren. Wenn man nur den Namen der Gruppe hört und nichts über sie weiss, hat das eine sehr harmlose Wirkung.

159. Die Anti Defamation League schreibt über die Students Justice for Palestine:

«In den Tagen nach der Invasion Israels durch die Hamas am 7. Oktober 2023 unterstützten die nationale Führung der Studenten für Gerechtigkeit in Palästina (SJP) und viele der Hochschulgruppen der Organisation ausdrücklich die Aktionen der Hamas und ihre bewaffneten Angriffe auf israelische Zivilisten und forderten in immer radikalerer Weise die Konfrontation mit dem Zionismus und dessen „Zerschlagung“ auf den amerikanischen Hochschulgeländen. Einige SJP-Gruppen veröffentlichten Pro-Hamas-Botschaften und/oder förderten gewalttätige Anti-Israel-Botschaften.

Eine der bekanntesten Aktionen von SJP war der Aufruf zu einem „Tag des Widerstands“ am 12. Oktober, an dem Ortsgruppen an Universitäten im ganzen Land Kundgebungen und andere Aktionen durchführen würden, um den palästinensischen „Widerstand“ gegen Israel zu unterstützen. Der Tenor des Aufrufs wurde von einer früheren SJP-Erklärung übernommen, die „nicht nur Slogans und Kundgebungen, sondern bewaffnete Konfrontation mit den Unterdrückern“ in Israel forderte. Es gab auch ein „Day of Resistance Toolkit“, in dem die SJP klarstellte, dass sie für die Eroberung ganz Israels durch die Hamas oder andere palästinensische Kräfte sowie für die „vollständige Befreiung“ Israels und den vollständigen Zuzug von Palästinensern in israelisches Land eintritt. Das Toolkit rief die Sektionen auch dazu auf, diesen Widerstand in die USA zu bringen, indem sie „den Zionismus“ auf ihren Universitäten „demonstrieren“ und „die zionistische Hegemonie herausfordern“.

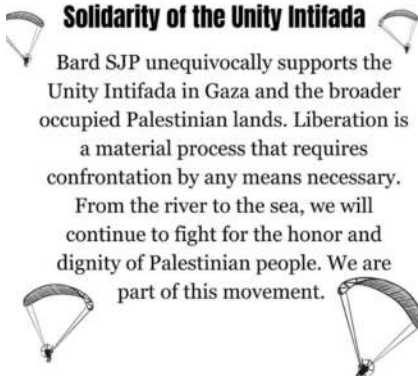
Zahlreiche SJP-Sektionen veröffentlichten aufrührerische Erklärungen zur Unterstützung der Palästinenser, die die Kontrolle über israelisches Territorium übernommen haben, darunter einige, die ausdrücklich die Anwendung von Gewalt und Angriffe auf Zivilisten befürworten. "Wir lehnen die Unterscheidung zwischen ‚zivil‘ und ‚militant‘ ab. Wir lehnen die Unterscheidung zwischen ‚Siedler‘ und ‚Soldat‘ ab", schrieb die SJP der George Washington University. „Ein Siedler ist ein Aggressor, ein Soldat und ein Besetzer, auch wenn er an unseren besetzten Stränden faulenz.“ Die SJP-Sektion der CUNY Law teilte mit: „Wenn Sie Palästina unterstützen, verstehen Sie, dass das bedeutet, dass Sie unser Recht unterstützen müssen, uns zu verteidigen und unser Heimatland mit allen notwendigen Mitteln zu befreien.“

Die Ortsgruppen haben auch das Bild einer Person, die in einem Gleitschirm fliegt, als Symbol für ihren Aufruf zum Widerstand übernommen - eine klare Anspielung auf die Hamas-Terroristen, die bei ihren Massakern an israelischen Zivilisten Gleitschirme eingesetzt haben.

Bard SJP's Statement in Support and Solidarity of the Unity Intifada

Bard SJP unequivocally supports the Unity Intifada in Gaza and the broader occupied Palestinian lands. Liberation is a material process that requires confrontation by any means necessary.

From the river to the sea, we will continue to fight for the honor and dignity of Palestinian people. We are part of this movement.



Einige SJP-Gruppen veröffentlichten Pro-Hamas-Botschaften und/oder förderten gewalttätige Anti-Israel-Propaganda in den sozialen Medien. Die SJP-Gruppe der Universität von Illinois veröffentlichte ein Video, das einen Hamas-Terroristen zu zeigen scheint, der sich während des Angriffs aus dem Haus einer israelischen Familie heraus filmt. Mindestens drei Ortsgruppen verwiesen seit dem Hamas-Anschlag auf das Resistance News Network (RNN) - Teil einer verschlüsselten Messaging-Anwendung, die gewalttätige Bilder und Videos von Angriffen auf Israelis verbreitet und Hamas-Propaganda verbreitet - und fünf weitere Ortsgruppen teilten bereits vor dem 7. Oktober 2023 routinemäßig RNN-Inhalte.»

Beweis: <https://www.adl.org/resources/backgrounder/students-justice-palestine-sjp>

f. srf.ch Artikel von Mittwoch, 1. Mai 2024, 05:44 Uhr sowie Tagesschau vom 1. Mai 2024

160. In der Tagesschau wird ausgeführt, dass die Studenten gegen den Krieg in Gaza demonstriert hätten, was faktenwidrig ist. Die Studenten protestierten nicht gegen den Krieg, sondern für die Globalisierung der Intifada, für die Vernichtung Israels, für die Hamas und zeigten dabei auch Sympathien gegenüber dem 7. Oktober 2023. Obwohl der offene Antisemitismus bereits ab dem 17. April 2024 sichtbar war (und natürlich auch zuvor) und obwohl die SRG-Medien erst eine Woche nach Protestbeginn über die Angelegenheit berichtet hatten, wird hier angegeben, dass die Studenten antisemitische Parolen skandiert hätten. Zwei Wochen nach Protestbeginn erfuhren die SRG-Medienkonsumenten über diese Tatsache, wobei das natürlich gleich verharmlost wurde. Die entsprechenden Parolen seien lediglich «zum Teil» erfolgt.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/propalaestinensische-proteste-polizei-stuermt-gelaende-der-columbia-university-in-new-york>

161. Obwohl keinerlei Bezüge zu den Vietnam-Protesten bestehen und dies vom studentischen Pro-Hamas-Mob auch nie geltend gemacht wurde, behauptet das Schweizer Fernsehen, dass die Studenten sich ein «geschichtsträchtiges Gebäude ausgesucht» hätten. Die Bezugnahme zum Vietnamkrieg und zu den Antikriegsprotesten gegen den Krieg in Vietnam entspringt zu 100% aus einem erfundenen Storytelling der SRG-Journalisten. Zu keinem Zeitpunkt haben irgendwelche Protestierende an der Columbia, welche sich für die Globalisierung der Intifada einsetzen und zur Vernichtung Israels aufriefen, selbst einen solchen Bezug hergestellt oder den Ort aufgrund deren Geschichtsträchtigkeit ausgesucht. Insofern ist diese Bezugnahme eine reine Erfindung der SRG-Journalisten, welche die pro-dschihadistischen und antisemitischen Proteste als «Antikriegsproteste» framen wollen. Bei den SRG-Medienkonsumenten soll der Eindruck entstehen, dass der studentische Pro-Hamas-Mob in der Tradition der Antikriegsproteste stünden und die Studenten dies auch so beabsichtigt hätten, was nicht stimmt. Insofern ist diese Bezugnahme nichts anderes als Fake News und Herstellung eines neuen Narrativs, auf den in späteren SRG-Beiträgen Bezug genommen wurde. Anders als die News-Moderatorin, welche die antisemitischen Äusserungen als Fakt darstellt, ist im News-Beitrag erneut von «Antisemitismus-Vorwürfen» die Rede. Dass es sich dabei nicht bloss um Vorwürfe oder subjektive Wahrnehmungen handelt, wurde bereits weiter oben erklärt.

162. Im Artikel heisst es ferner: «Die Demonstrierenden kritisieren das Vorgehen Israels im Gaza-Krieg und fordern Solidarität mit den Palästinensern.» Das ist eine grobe Verharmlosung der Vorgänge und ist offenkundige Parteinahme für den Pro-Hamas-Mob durch die SRG-Journalisten. Den SRG-Journalisten widerspricht sogar John Kirby, was man dem Artikel selbst entnehmen kann. Im Artikel heisst es: «Hassrede und Symbole des Hasses hätten in den USA keinen Platz.» Diese Angabe des Kommunikationsdirektors des Nationalen Sicherheitsrates steht im diametralen Widerspruch zu den verharmlosenden Ausführungen der palästinabewegten SRG-Journalisten, die voll auf der Seite des studentischen Mobs stehen. Wenn es keine Hassrede und Symbole des Hasses geben würde, würde Kirby wohl nicht über das Vorhandensein dieser Dinge sprechen.

163. In einem Kästchen im srf.ch Artikel steht sodann Folgendes:

*«Schon vor zwei Wochen Polizeieinsatz
Bereits vor knapp zwei Wochen war die New Yorker Polizei schon einmal auf Bitten der Universitätsleitung gegen die Protestierenden vorgerückt. Diese kritisierten das Vorgehen als unverhältnismässig, in der Folge kam es an Dutzenden Universitäten in den USA zu Protesten und der Errichtung von Zeltlagern.»*

Wenn man diese Ausführungen so liest, entsteht unweigerlich der Eindruck, dass die Zeltlager an den anderen Universitäten nur deshalb entstanden sind, weil der Polizeieinsatz bei Columbia gemäss Wahrnehmung des studentischen Pro-Hamas-Mobs «unverhältnismässig» gewesen sei. Einerseits wird das durch den Titel im Kästchen suggeriert («Schon vor zwei Wochen Polizeieinsatz») und andererseits dadurch, dass zwischen «unverhältnismässig» und «in der Folge» ein Komma steht. Damit wird den Lesern suggeriert, dass die übrigen Zeltlager an anderen Universitäten eine Folge des Polizeieinsatzes bei Columbia seien, was nicht zutrifft. Vor allem waren die Polizeieinsätze alles andere als unverhältnismässig. Wenn Unbefugte einen Ort besetzen und trotz mehrfacher Aufforderung diesen nicht räumen, wird dies durch die Polizei vorgenommen. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Polizeiaktion unverhältnismässig gewesen sei. Das Schweizer Fernsehen übernimmt unkommentiert die Position des studentischen Mobs.

Die Universität ist ein Ort der Lehre und der Forschung und kein Ort, wo radikale Islamisten und ihre von den woken Ideologien indoktrinierten Kameraden den Lehrbetrieb stören dürfen. Eine Universität muss sich auch nicht den Forderungen eines Pro-Hamas-Mobs beugen. Es ist völlig natürlich, dass irgendeinmal die Polizei einrückt und den studentischen Mob entfernt, wenn alle Aufrufe nichts genützt haben. Insofern ist die Meinung des studentischen Mobs, wonach der Polizeieinsatz unverhältnismässig gewesen sei, was ohnehin nicht zutrifft, gänzlich ohne Relevanz. Hier wird deutlich, dass die SRG sich als Sprachrohr des Mobs einsetzt und dessen Qualifizierung der angeblichen «Unverhältnismässigkeit» einfach so übernimmt.

g. srf.ch Artikel von Mittwoch, 1. Mai 2024, 13:22 Uhr, Rendez-vous vom 1. Mai 2024

164. Zu bemängeln gibt es im Radio-Beitrag, dass die Aussage der linksradikalen Studentin nicht korrekt übersetzt wurde. Die Studentin, die zu hören ist, wirft Israel haltlos

«Apartheid» vor, einem Land, wo muslimische Araber (rund 20% der Bevölkerung) mehr Rechte besitzen als andere Araber in jedem arabischen Land. Israel ist ein multikulturelles, multireligiöses, multiethnisches Land mit einer Demokratie und einem Rechtsstaat, was über kein arabisches Land behauptet werden kann. Warum dieser haltlose Apartheid-Vorwurf nicht übersetzt wurde, ist klar. Die SRG-Journalisten sympathisieren mit den Unibesetzern, deren Radikalität bewusst verborgen wird. Diesbezüglich ist auch darauf hinzuweisen, dass in der Berichterstattung im besten Fall von einer «Verharmlosung der Hamas» die Rede ist. Das ist Fake News. Im zweiten Teil der Beschwerdeschrift wurde aufgezeigt, dass an den Universitäten die Hamas verherrlicht wird ebenso das Pogrom vom 7. Oktober 2023, und dies seit dem vergangenen Oktober. In der gesamten Berichterstattung der SRG-Medien seit dem vergangenen Oktober bis heute findet man darüber nichts, damit dem eigenen woken und pro-palästinensischen Narrativ nicht geschadet wird.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/proteste-an-us-unis-es-ist-diesmal-eine-relativ-kleine-gruppe-an-den-universitaeten>

165. Zu kritisieren ist ferner, dass diese Boykott-Aufrufe gegenüber Israel jenen der antisemitischen BDS-Bewegung entsprechen. Ähnlich wie die Nationalsozialisten, die «Kauft nicht bei den Juden!» forderten, will die BDS-Bewegung sämtliche Geschäftsbeziehungen im Westen mit Israel kappen. Diese Parallele und die offenkundigen Verbindungen des studentischen Mobs zur BDS wurde in den SRG-Medien zu keinem Zeitpunkt thematisiert.

Natürlich müssen die woken SRG-Journalisten nicht die gleiche Meinung über die BDS haben wie der Unterzeichnete. Sie müssen aber auf diese Parallelen der studentischen Forderungen und jene der BDS hinweisen.

166. Im Interview versucht die SRG-Journalistin eine Parallele zu den Antikriegsprotesten gegen den Krieg in Vietnam in den Sechziger Jahren herzustellen, was vom Amerika-Experten zu Recht verneint wird. Sie verweist wie bereits im vorangehenden Beitrag auf die Besetzung der Hamilton Hall und will dem Narrativ der SRG folgend, eine Art Tradition herstellen. Der Pro-Hamas-Mob stünde in der Tradition der Antikriegsbewegung gegen den Vietnamkrieg. So wie die Studenten in den Sechziger Jahren gegen den Krieg in Vietnam protestierten, würden die Studenten dieses Mal gegen den Krieg in Gaza demonstrieren, so das Narrativ, welches schlicht und einfach nicht stimmt. Eine Gemeinsamkeit, die sowohl vom Experten als auch vom Unterzeichneten bejaht wird, ist der Umstand, dass sowohl in den Sechziger Jahren als auch neulich vor allem linksstehende Studenten protestierten. Das ist allerdings ein «No-Brainer», da die meisten studentischen Proteste von politischen Linken ausgehen. In diesem Fall kommen allerdings Islamisten dazu, mit denen insbesondere die Postcolonial Theory Bewegung seit Jahrzehnten sympathisiert. Es ist daher kein Zufall, dass der studentische Pro-Hamas-Mob einerseits aus politisch links stehenden Studenten besteht, welche die antiwestliche, strukturell antisemitische und proislamistische postkoloniale Ideologie verinnerlicht haben und aus arabischstämmigen Islamisten, deren Zahl – wie der Experte völlig korrekt ausführt – in den Vereinigten Staaten zugenommen hat.
167. Was im Interview aber auch im Artikel mit keinem Wort erwähnt wird, ist der ideologische Humus der Proteste, auf den im ersten Teil dieser Beschwerdeschrift

eingegangen wurde. Der Experte deutet das Problem immerhin an. Es geht um das einfache Weltbild der Woken, «Unterdrücker gegen Unterdrückte», dieses Schwarz-Weiss-Denken, welches in allen woken Ideologien vorhanden ist. Darauf wurde bereits eingegangen.

h. srf.ch Artikel von Mittwoch, 1. Mai 2024, 20:57 Uhr

168. Dieser Artikel ist ein typischer SRG-Medienbeitrag, mit dem ein jüdischer «Kronzeuge» zu Wort kommt, damit die SRG-Medien hemmungslos gegen Israel agitieren können. Weiter oben in der Beschwerdeschrift wurde beschrieben, wie die SRG-Medien solche jüdische «Kronzeugen» immer wieder und sehr bewusst einsetzen. Hinzu kommt in diesem Fall, dass sie eine Holocaust-Überlebende ist, was die mediale Propaganda der SRG gegen Israel besonders gut zum Durchbruch verhelfen kann. Insofern ist er an Perfidie kaum zu übertreffen.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/dialog/uni-proteste-in-den-usa-ich-weiss-wie-sich-die-kinder-in-gaza-fuehlen>

169. Mitten im Artikel steht ganz gross ein Zitat der jüdischen Aktivistin: «Es ist nicht Holocaust, aber es ist Völkermord.» Weiter oben wurde bereits dargelegt, dass beim Vorgehen der israelischen Armee in Gaza von einem Völkermord nicht die Rede sein kann, was sogar die juristischen Experten, die vom SRF selbst beigezogen wurden, bestätigt haben, allerdings erst am 20. Mai 2024. Vielmehr war der 7. Oktober 2023 ein Völkermord. Die jüdische Aktivistin ist keine Juristin und kann nicht beurteilen, ob das Vorgehen der israelischen Armee Völkermord ist. Ihre Aussage hat aber, da sie eine Holocaust-Überlebende ist, beim juristisch unkundigen Publikum Gewicht. Die Suggestion ist eindeutig: «Seht her! Selbst eine Holocaust-Überlebende sagt, dass das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza Völkermord ist!»

170. Das Vorgehen der SRG-Medien ist auch antisemitisch. In der IHRA-Definition sind einige Beispiele aufgeführt, was als antisemitisch gilt. Dort ist auch dieses Beispiel vorzufinden:

«Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.»

Zwar wird mit diesem Zitat nicht gesagt, dass das Vorgehen Israels in Gaza mit dem Holocaust gleichzusetzen sei. Aber die Bezugnahme auf den Holocaust und die darin enthaltene Suggestion sind eindeutig, auch die fette Überschrift im Text «Alles, was ich in Gaza sehe, habe ich erlebt».

171. Weiter oben wurden Vorgänge an der George Washington University gezeigt, unter anderem auch dieses Foto.



Kann die 89-jährige Frau Kenntnis darüber haben, dass Studenten, mit denen sie protestiert, die Endlösung verlangen? Kann sie wissen, was dort gegen Israel skandiert wird? Kann sie wissen, dass noch vor dem israelischen Eingreifen die nachfolgenden Slogans auf der George Washington University zu sehen waren? Oder ist es nicht wahrscheinlicher, dass sie sowohl von den Protestierenden als auch von den Medien missbraucht und instrumentalisiert wird?



Beweis: <https://x.com/canarymission/status/1717288674348749051>

172. An den amerikanischen Universitäten wird entgegen der Darstellung in diesem Artikel nicht gegen den Krieg, sondern gegen Israel, für die Hamas und für die Globalisierung der Intifada demonstriert. «Free Palestine from the River to the Sea» bedeutet die Vernichtung Israels und impliziert die Herbeiführung eines zweiten Holocausts. Die Holocaust-Überlebende kann von diesen Dingen keine Ahnung haben, wird aber ganz offensichtlich für Propagandazwecke missbraucht, auch durch die SRG-Medien.

173. Ebenfalls an der George Washington University war dieser Slogan zu hören:

“Israel, Israel, you will learn! By the millions we'll return.”

“Settlers, settlers, go back home! Palestine is ours alone.”

Man kann davon ausgehen, dass die ältere Dame von diesen Vorgängen keine Ahnung hat.

Beweis: <https://x.com/sfmcquire79/status/1783916822993031544>

174. Im Artikel heisst es ferner, dass die ältere Dame «seit dem ersten Vergeltungsschlag» im Oktober vor dem Weissen Haus demonstriere. Damit wird suggeriert, dass Israels Vorgehen Vergeltung sei, schon seit dem ersten Angriff. Das ist nicht korrekt. Israels Militärschläge richten sich gegen die Hamas, und dies schon seit dem ersten Tag des militärischen Eingreifens. Das ist nicht einfach bloss «Vergeltung» resp. «Rache», sondern militärisch begründet. Es geht darum, der Hamas es zu verunmöglichen, Israel wieder anzugreifen und wahllos Menschen zu ermorden, zu vergewaltigen, zu entführen und zu brandschatzen. Ungeachtet dessen haben die Raketenangriffe gegen den jüdischen Staat seit dem 7. Oktober 2023 nie aufgehört. Hier einfach bloss von «Vergeltung» zu sprechen, wird der Sache nie gerecht.

175. Der Artikel hat überhaupt keinen journalistischen Wert, enthält Falschinformationen und dient allein der Stimmungsmache der palästinabewegten SRG-Journalisten gegen Israel, was sie seit dem 7. Oktober 2023 unaufhörlich tun, wobei hier auf eine besonders perfide Art und Weise eine hochbetagte, offenkundig verwirrte und ahnungslose Holocaust-Überlebende eingesetzt wird, um gegen Israel zu agitieren. Was aber durch diesen Artikel besonders gut deutlich wird, ist die Parteinahme der SRG für die Pro-Hamas-Proteste in den Vereinigten Staaten und anderswo. Mit jüdischen «Kronzeugen», erst recht mit hochbetagten Holocaust-Überlebenden, kann man völlig ungehemmt gegen Israel hetzen, indem man einfach nur darauf hinweist, dass ja sogar eine Holocaust-Überlebende selbst diese Dinge gesagt habe. Es handelt sich um eine reine politische Instrumentalisierung.

i. **srf.ch Artikel von Donnerstag, 2. Mai 2024, 17:55 Uhr und Tagesschau vom 2. Mai 2024**

176. Im Tagesschau-Beitrag (Fernsehen) ist die Aussage von US-Präsident Joe Biden hervorzuheben. Joe Biden sagt, dass friedlicher Protest erlaubt sei, gewalttätige Proteste hingegen nicht geschützt seien. Wenn Joe Biden dies so sagt, kann man davon ausgehen, dass an diesen Protesten zu Gewalt gekommen ist. Ansonsten würde Biden diese Proteste nicht scharf kritisieren, wie dies in der Berichterstattung ausgeführt wird. In der Medienberichterstattung der SRG-Medien ist von dieser Gewalt nichts zu sehen. Stattdessen behauptet der Nachrichtensprecher allen Ernstes zu Beginn seiner Ausführungen, dass auch *«teils auch antisemitisch kritisiert»* worden sei. Die Frage, die sich stellt, ist, ob man antisemitische Hetze überhaupt unter dem positiv besetzten Begriff «Kritik» subsumieren kann. Die Behauptung des Nachrichtensprechers, dass gegen den Krieg in Gaza demonstriert würde, kann ohne weiteres bestritten werden. Es wird auf die bereits oben gemachten Ausführungen verwiesen.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/international/proteste-in-den-usa-die-uni-proteste-schaffen-viele-verlierer-und-einen-gewinner>

177. Und nun einige Bemerkungen zur «Analyse» von Viviane Manz, die eigentlich ein Kommentar ist und damit ein Meinungsbeitrag und keine Analyse. Zunächst ist es unzutreffend, dass es zu den «nobelsten Aufgaben einer Universität» gehöre, «die freie Meinungsbildung und die Diskussion» zu pflegen. Die Aufgaben der Universität sind Studium, Lehre und Forschung und nicht die Ermöglichung der politischen Agitation. Die illegale Besetzung eines Universitätscampus durch einen studentischen Mob, der für die Globalisierung der Intifada, für die Verherrlichung der Hamas und Hisbollah, für die Verherrlichung des 7. Oktober 2023 steht, Israel von der Landkarte weggehen will, wobei auch vor Gewalt gegenüber Juden nicht zurückgeschreckt wird, hat weder mit freier Meinungsbildung und Diskussion etwas zu tun noch mit den Kernaufgaben einer Universität. Antisemitische Slogans brüllen und was in Ziff. 92 hievor und anderswo in dieser Beschwerdeschrift zu sehen war, ist ausserdem keine Diskussion. Was im zweiten Teil dieser Beschwerdeschrift gezeigt wurde, kann unmöglich unter freie Meinungsbildung und Diskussion subsumiert werden. Ausserdem findet bei einer freien Meinungsbildung eine Debatte mit unterschiedlichen Positionen statt. Das ist hier nicht der Fall. Das ist auch die Meinung des amerikanischen Präsidenten. Friedlicher Protest ist in den Vereinigten Staaten erlaubt, gewaltsame Protestaktionen hingegen nicht. Fraglich ist zudem, ob der Protest auf einem Gelände stattfinden kann, das für Studium, Lehre und Forschung reserviert ist. Ein Universitätsgelände ist nicht öffentlicher Boden, wo Proteste stattfinden dürfen. Im Schweizer Recht gehören sie zum sogenannten Verwaltungsvermögen, das einem konkreten Zweck gewidmet ist, namentlich dem Studium und der Forschung aber nicht für gewaltsame und antisemitische Proteste und für Agitation gegen einen Staat und gegen Juden.
178. Die Heranziehung der Antikriegsproteste gegen den Vietnamkrieg entspricht dem Narrativ der SRG-Journalisten. Man kann diese Parallelen nicht herstellen, zumal sich die Pro-Hamas-Studenten nie darauf berufen haben. Auch ein US-Experte hat die entsprechende Frage verneint (vgl. Ziff. 167 hievor). Es handelt sich um ein eigenes Storytelling der SRG-Journalisten, um behaupten zu können, dass es sich bei diesen Protesten um Antikriegsproteste handeln würde, was nicht zutrifft. Die Demonstranten wollen nicht wie behauptet die palästinensische Zivilbevölkerung unterstützen, sondern die Hamas, wie man weiter oben im zweiten Teil sehen konnte. Dass der Krieg in Gaza kritisiert worden sei, ist eine haltlose Behauptung. Vielmehr wird gegen Israel, gegen Israeli und gegen Juden gehetzt. Von einer Kritik kann nicht die Rede sein. Kritik hat Substanz, die Proteste des Pro-Hamas-Mobs haben das nicht.
179. Gerade zu zynisch ist der nachfolgende Abschnitt: *«Gleichzeitig sind die Leitungen von US-Universitäten seit langem im Visier von konservativen Politikern, die sie schwächen wollen. Die Unis seien zu links, zu «woke», also zu achtsam etwa gegen Diskriminierung. Nun nutzen Republikaner die Krise politisch, werfen den Universitäten vor, blind zu sein gegen Antisemitismus. Zwei Universitätspräsidentinnen mussten bereits gehen. Verliererin ist die akademische Unabhängigkeit.»*

Wie oben dargelegt wurde, sind nicht einzig die «Konservativen» gegen Wokeness. Das ist ein unzutreffendes wokes Narrativ, wie im ersten Teil dargelegt wurde. Es gibt sogar unwoke und antiwoke Linke. «Woke» bedeutet nur nach Wahrnehmung der Woken «achtsam gegen Diskriminierung». Heute wird der Begriff vor allem in einem negativen Sinne verwendet, und dies von den allermeisten, namentlich durch die unwoke und die antiwoke Mehrheit der Bevölkerung, die keineswegs woke ist. Wenn

vor allem Konservative diesen Begriff verwenden, ist dies sicher nicht im positiven Sinne, wie die SRF-Journalistin den Begriff versteht.

Wokeness ist strukturell antisemitisch, antiwestlich, proislamistisch, rassistisch, sexistisch und frauenfeindlich. Darüber hinaus sind die woken Disziplinen anti- und pseudowissenschaftlich. Es sind nicht nur die Republikaner, die den Universitäten vorwerfen, dass sie blind gegen Antisemitismus sind. Es sind auch ganz normale Bürger und vor allem auch die überwiegende Mehrheit der Juden, die in ihrer grossen Mehrheit hinter Israel steht. Gerade die Verquickung der akademischen Linken mit den radikalen judenhasenden Islamisten bereitet vielen grosse Sorgen, nicht nur der überwiegenden Mehrheit der Juden auf der ganzen Welt. Dass die Universitätspräsidentinnen gehen mussten, war recht und billig. Sie haben nicht nur nichts gegen den grassierenden Antisemitismus und Prodschihadismus an ihren Universitäten unternommen. Sie haben diese sogar gerechtfertigt und haben die Gewalt gegen Juden und das Pogrom «kontextualisiert». Ausserdem kam bei Claudine Gay heraus, dass sie praktisch in allen Arbeiten, die sie verfasst hat, Harvard-Standards nicht eingehalten und plagiiert hatte, weshalb selbst die New York Times im Dezember einen Meinungsbeitrag mit dem Titel «Why Claudine Gay should go» publizierte. Dass die Kommentatorin gerade diese Affäre heranzieht, über welche die SRG-Medien aus «strategischen» Gründen nicht berichtet hatte, ist ganz besonders skandalös, erst recht, wie sie diese Angelegenheit herunterspielt.

j. srf.ch Artikel von Donnerstag, 2. Mai 2024, 20:08 Uhr

180. Im srf.ch Artikel vom 2. Mai 2024 wird lediglich über die gegenwärtige Lage an der Universität Lausanne berichtet und die Forderungen der Uni-Besetzer wiedergegeben. Eine journalistische Auseinandersetzung mit der Unibesetzung findet durch die SRG-Journalisten nicht statt.

Im Text ist diese Passage kritikwürdig:

«Die Studierenden würden sich weigern, Komplizen des «Völkermords» durch das «israelische Regime» zu sein, hiess es im Communiqué.»

Damit wird srf.ch nicht nur zu einem Sprachrohr der Uni-Besetzer. Man lässt diesen Satz auch einfach so im Raum stehen. Von einem Völkermord in Gaza kann nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Das haben auch juristische Experten, die von der SRG herangezogen wurden, bestätigt. Dies erfolgte allerdings erst am 20. Mai 2024, also achtzehn Tage später.

Ausserdem ist Israel kein Regime, sondern ein demokratischer Rechtsstaat. In Gaza regiert ein Regime, namentlich die Hamas seit 2006 und im Westjordanland hat sich die Palästinensische Autonomiebehörde unter Mahmoud Abbas seit 19 Jahren keiner demokratischen Wahl gestellt und verfügt seit 15 Jahren über keine demokratische Legitimation. Dort und in anderen arabischen Ländern kann man über sogenannte Regimes sprechen.

Seriöser Journalismus bedeutet, dass man sich nicht einfach zum Sprachrohr von radikalen Extremisten macht, was die Unibesetzer nun einmal sind. Über ihren

Wortführer Mountazar Jaffar hat sich der Unterzeichnete geäußert. Über ihn haben die SRG-Medien kein Wort verloren, auch nicht über die Organisationen, die hinter der Universitätsbesetzung stecken.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/schweiz/ingangshalle-besetzt-pro-palaestinesische-studierende-besetzen-uni-gebaeude-in-lausanne>

<https://www.srf.ch/news/international/proteste-an-schweizer-unis-vor-wuerfe-gegen-israel-das-steckt-hinter-pro-palaestina-parolen>

k. srf.ch Artikel vom Dienstag, 7. Mai 2024, 12:09 Uhr

181. Auch in diesem Artikel macht sich die SRG zu einem reinen Sprachrohr des antiisraelischen studentischen Mobs an der ETH und an der EPFL. Völlig lapidar werden die Forderungen und auch die Feststellungen der linksextremistischen und proislamistischen Studenten wiedergegeben, ohne dass eine ernsthafte journalistische Auseinandersetzung stattfindet. Über die Gruppe «Students for Palestine» und wer diese Leute sind, erfahren die SRG-Medienkonsumenten nichts. Weiter oben wurde ausgeführt, wer diese Personen sind. Man lässt Sätze wie «anhaltender Völkermord in Gaza» einfach so stehen, womit der entsprechende Vorwurf gegenüber den Zuschauern bestätigt wird. Bereits zuvor hatte die SRG diesen Vorwurf mit der Veröffentlichung des Artikels mit der Holocaust-Überlebenden bestätigt. Wie bereits erwähnt, hat die SRG erst am 20. Mai 2024 durch Juristen feststellen lassen, dass in Gaza kein Völkermord stattfindet. Das ist viel zu spät, weil die entsprechende Meinungsbildung bereits stattgefunden hat, reicht nicht, und das ist kein Journalismus.
182. In der Fotostrecke findet man ein Foto, welches die SRG-Medien von der Klimastreikbewegung entnommen hat. Nur wenn man andere Medien konsumiert, kann man wissen, warum ausgerechnet die Klimastreik-Bewegung, die sich postkolonialistisch, queerfeministisch, intersektionell und damit als woke versteht und deren Ikone Greta Thunberg eine radikale Antisemitin ist, ein solches Foto auf ihrem Instagram-Account teilt. SRG-Journalisten übernehmen gerne Fotos von der Klimastreikbewegung, haben aber bis heute nicht ein einziges Mal auch nur ein einziges Wort über den strukturellen Antisemitismus in der Bewegung verloren. Andere Medien haben, wie bereits weiter oben aufgezeigt wurde, über die Radikalisierung Greta Thunbergs, umfangreich berichtet.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/schweiz/demos-auch-in-der-westschweiz-pro-palaestina-protest-an-eth-zuerich-polizeieinsatz-beendet>

l. srf.ch Artikel vom Dienstag, 7. Mai 2024, 13:56 und Rendez-vous

183. Einmal mehr wird im Radio-Beitrag behauptet, dass das Thema der Proteste der Gaza-Krieg sei. Wenn man aber das Foto anschaut, welches von srf.ch zu diesem Beitrag gezeigt wird, wird deutlich, dass das schlicht und einfach nicht stimmt. Auf den gezeigten Plakaten steht «Settlers Fuck Off!», womit sämtliche Juden in Israel gemeint sind. In Gaza gibt es keine Siedler, und dies seit dem Jahr 2005 nicht mehr. Die woken Postcolonial Theory Anhänger sehen allerdings sämtliche jüdischen Israeli, auch solche im israelischen Kernland, als «Siedlerkolonialisten» und wollen, dass

das Gebiet zu Gunsten eines palästinensischen Staates «judenrein» gemacht wird. Jedenfalls hat diese Forderung rein gar nichts mit dem Krieg in Gaza zu tun. Gleich rechts von diesem Plakat ist ein weiteres, wo «Jerusalem is Palestinian» steht. Jerusalem ist die Hauptstadt Israels und befindet sich nicht in Gaza. Auch diese Forderung hat rein gar nichts mit dem Gaza-Krieg zu tun.

184. Dass sich die Proteste an den Universitäten in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz einfach bloss gegen den Krieg in Gaza wenden würden, ist insofern eine extrem grobe Vereinfachung der tatsächlichen Verhältnisse wenn nicht gar Fake News. Wie oben aufgezeigt wurde, sind diese Proteste an den westlichen Universitäten bereits am Tag des Pogroms ausgebrochen, als sowohl Lehrkräfte als auch Studenten ihre Sympathien gegenüber der Hamas kundtaten und mit dem Pogrom. Die SRG-Medien sprechen entweder gar nicht darüber, oder sie framen diese Tatsache mit der Angabe, dass der Pro-Hamas-Mob an den Universitäten die Hamas bloss «verharmlosen» würde. Die Verharmlosung findet höchstens seitens der SRG-Medien statt, indem diese Dinge verschwiegen und unter den Teppich gekehrt werden. Die Botschaften der Protestbewegung sind hingegen sehr eindeutig und an Radikalität nicht zu übertreffen.

Beweis: <https://www.srf.ch/news/schweiz/studentenprotest-in-lausanne-uni-leitung-will-besetzung-beenden-droht-eskalation>

n. **srf.ch Artikel vom Dienstag 14. Mai 2024, 16:48**

185. Der Artikel beginnt mit der Falschdarstellung über die tatsächlichen Gegebenheiten: «An vielen Schweizer Universitäten demonstrieren Studierende für ein Ende des Krieges im Gazastreifen.»

Beweis: <https://www.srf.ch/news/schweiz/proteste-an-schweizer-unis-unsere-studierenden-sind-typischerweise-recht-zahm>

186. Obwohl bei sämtlichen Universitätsprotesten zu einem Boykott Israels aufgerufen wurde, obwohl antisemitische Slogans wie «From River to the Sea...» skandiert wurden, was der Vernichtung des Staates Israel gleichkommt und obwohl Israel völlig haltlos Genozid vorgeworfen wurde, hält die SRG am Narrativ fest, dass es sich vorliegend um Antikriegsproteste handle. Gehetzt wird übrigens ausschliesslich gegen Israel. Wenn es sich wirklich um Antikriegsproteste handeln würde, müssten sich die Forderungen auch gegen die Hamas und die Hisbollah richten, die Israel täglich mit Raketen angreifen. Es geht hier nicht um pazifistische Stellungnahmen, die sich generell gegen den Krieg richten, sondern um eine einseitige Agitation gegen Israel.
187. Auf einem von srf.ch selbst veröffentlichten Foto in diesem Artikel, welches die Uni Mail in Genf zeigt, ist der Slogan «De la Mer au Jourdain...» zu sehen. Das ist die französische Übersetzung von «From River to the Sea, Palestine will be free». Dieser Slogan bedeutet die Vernichtung des Staates Israel, so wie auch der Slogan «Free Palestine» nichts anderes bedeutet. Srf.ch schreibt zu diesem Foto: «An Schweizer Unis und Hochschulen protestieren Studierende für die palästinensische Bevölkerung.»

Das ist eine grobe Verharmlosung der Zustände an den Universitäten und reines Framing, woraus ersichtlich wird, dass die woken SRG-Journalisten die studentischen Proteste unterstützen.



An Schweizer Unis und Hochschulen protestieren Studierende für die palästinensische Bevölkerung.

KEYSTONE/SALVATORE DI NOLFI

o. Post von srfnews auf X vom 14. Mai 2024, 6:02 & Schlussbemerkungen zum dritten Teil

188. In diesem X-Beitrag widerspricht srfnews einen Monat nach Protestbeginn an den amerikanischen Universitäten und rund zwei Wochen nach Beginn der Unibesetzungen an den Schweizer Universitäten endlich dem eigenen Narrativ, dass es sich vorliegend um Antikriegsproteste handeln würde, die sich gegen den Krieg in Gaza richten würden. Im X-Beitrag, an dem nichts zu bemängeln ist, wird ausgeführt, dass an den studentischen Protesten die Forderung gestellt werde, dass israelische Bildungseinrichtungen boykottiert werden sollten. Es kommt eine Sprecherin von swissuniversities zu Wort, die angibt, warum man das nicht tun möchte und warum dies falsch wäre.

Beweis: <https://x.com/srfnews/status/1790412254476701710>

189. Worüber die SRG-Medien in den vergangenen Monaten nie berichtet haben, ist, dass sowohl der Boykott-Aufruf gegenüber israelischen Universitäten und Firmen als auch der Slogan «From River to the Sea...» von der antisemitischen BDS-Bewegung stammt. Prof. Tolino an der Universität Bern hatte diesen Boykott bereits im Jahr 2016 unterstützt, was man in der Berichterstattung der SRG-Medien nirgends finden konnte. Im Jahr 2016 gab es noch keinen Gaza-Krieg. Die Agitation gegen Israel gab es allerdings schon damals an den Universitäten. Die Reaktionen an den Universitäten in der Schweiz und anderswo im Westen nach dem 7. Oktober 2023 haben

den akademischen Antisemitismus aber auch den ideologischen Humus, der insbesondere in den aktivistischen Advocacy-Fächern, die mit «Studies» enden, für besser informierte Kreise sichtbar gemacht.

190. Da die Sendeverantwortlichen bei der SRG und ein erheblicher Teil der dort arbeitenden Journalisten die woken Ideologien selbst befürworten und hochhalten, gab es in den SRG-Medien nie eine ernsthafte journalistische Auseinandersetzung und man hat sehr bewusst akademische Kritiker dieser strukturell antisemitischen Ideologien von sämtlichen Sendeformaten der SRG ferngehalten. Obwohl es sogar linke Kritik gegenüber Wokeness gibt, wurden kritische Stimmen als «konservativ», «rechtskonservativ» oder «rechtspopulistisch» geframed. Was im ersten Teil dieser Beschwerdeschrift gezeigt wurde, ist bei der SRG ein vollständiger Blindfleck.
191. Im zweiten Teil der Beschwerdeschrift wurden extrem problematische Inhalte von den studentischen Protesten in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz gezeigt, die in der gesamten Berichterstattung der SRG-Medien nie vorkamen. Das war nicht bloss auf journalistischen Unvermögen zurückzuführen. Vielmehr wollte man dem Narrativ nicht schaden, dass diese Proteste sich einfach bloss gegen den Krieg in Gaza richten würden. Das Verschweigen von bestimmten Vorfällen, Verlautbarungen und Inhalten bei der SRG hat System, wie aufgezeigt werden konnte.
192. Dieses Verschweigen ist auch ein Kontinuum, wie der Unterzeichnete während der laufenden Beschwerdefrist feststellen konnte. In der Nacht vom 6. Juni auf den 7. Juni 2024 wurden in Zürich jüdische Galerien mit antisemitischen und prodschihadistischen Botschaften versprayed respektive verschmiert. Die NZZ hat darüber berichtet und auch der Tages-Anzeiger. Eine Berichterstattung fand auch in 20 Minuten statt. Dabei wurden auch Fotos der Vandalenakte gezeigt.

Beweis: <https://www.nzz.ch/zuerich/zuerich-antisemitische-schmierereien-an-galerien-ld.1834110>

<https://www.tagesanzeiger.ch/antisemitismus-in-zuerich-vandalenakt-gegen-juedische-kunst-galerien-590851746461>

<https://www.tagesanzeiger.ch/antisemitismus-in-zuerich-vandalenakt-gegen-juedische-kunst-galerien-590851746461>

<https://www.20min.ch/story/zuerich-pro-palaestinensische-sprayereien-an-juedischer-galerie-103121600>

194. Bei den SRG-Medien wurde vorerst überhaupt nicht darüber berichtet. Erst als Zürcher Stadtpräsidentin Corinne Mauch die Vandalenakte verurteilte, gab es darüber einen Bericht auf srf.ch, aber erst am 12. Juni 2024, um 17:30 Uhr, d.h. rund eine Woche später. Im Fernsehen wurde der Angelegenheit keine Bedeutung beigemessen und es wurden auch im srf.ch Beitrag, der viel zu spät erfolgte, keine Fotos gezeigt. Im Radio-Beitrag wird zudem nicht ausgeführt, dass die Galerien jüdische Eigentümer haben und eine Galerie einen jüdischen Künstler ausgestellt hatte. Während andere Medien von «jüdischen Kunstgalerien» sprechen und das Problem beim Namen nennen, schweigt die SRG darüber, auch bei ihrer viel zu spät erfolgten

Berichterstattung. Vor allem wurde über die Reaktion des Stadtrates selbst berichtet und nicht über das Ereignis selbst.

195. Dieses letztgenannte Beispiel sollte auch jeden Zweifler davon überzeugt haben, dass die SRG-Medien bestimmte Ereignisse, die ihnen nicht so ins Konzept passen, sehr bewusst verschweigen. In dieser Beschwerdeschrift wurden Ereignisse thematisiert, die einen Bezug zum Antisemitismus haben, wobei auch kurz auf das Schweigen bei den RKI-Protokollen eingegangen wurde, weil sich in jenem Fall auch der Chefredaktor von srfnews zu Wort gemeldet hat. Man sollte sich allerdings keine Illusionen darüber machen, dass die SRG-Redakteure systematisch auch andere wichtige Nachrichten unterdrücken, während sie über Dinge berichten, die ihnen ins Narrativ passen. Das ist in hohem Grade manipulativ und steht im diametralen Widerspruch zum Service-Public-Auftrag der News-Redaktionen der SRG.
196. Am 14. Juni 2024, also fast zwei Monate nach der Eskalation der Pro-Hamas-Universitätsproteste kam in der SRF Tagesschau-Sendung ein bemerkenswerter Beitrag. Dieser journalistische Beitrag gehört nicht zur gerügten Periode. Was dort allerdings gesagt wurde, ist als Beweismittel relevant. Der Sprecher sagt, dass bei der Protestaktion der Pro-Hamas-Studenten bei der zhdk «höchstumstrittene Begriffe» verwendet worden seien und meint gleich anschliessend «Intifada-Aufrufe zum Beispiel».

Beweis: <https://www.srf.ch/play/tv/schweiz-aktuell/video/pro-palaestina-aktion-sorgt-fuer-unruhe?urn=urn:srf:video:5b37ed9d-6eb7-45e5-8f91-49e00755a5ce>

197. Bei diesem Nachrichtenbeitrag wird zum ersten Mal über die Konstante der Intifada-Aufrufe des studentischen Pro-Hamas-Mobs an den westlichen Universitäten von den SRG-Medien berichtet. Die journalistische Einreihung ist allerdings eine grobe Verharmlosung. Intifada-Aufrufe sind Aufrufe zum Judenmord und zu Pogromen gegen Juden. Ein solcher Aufruf ist nicht einfach bloss «höchst umstritten». Umstritten können unterschiedlicher Meinungen einer Debatte sein, die sich widersprechen. Mordaufrufe gegen Juden ist nicht etwas, worüber man einfach eine andere Meinung haben kann. Die Pro-Hamas-Studenten haben auf der ganzen Welt zu einer Globalisierung der Intifada aufgerufen, damit zu einer globalen Judenverfolgung. Was die Folge davon ist, kann man auch in der Schweiz spüren. In Ziff. 192 ff. hievon wurde nur ein Beispiel gezeigt, welche Folgen ein solcher Aufruf hat. Wenn auf der ganzen Welt zu einer Globalisierung der Intifada aufgerufen wird und wenn man dies ebenfalls auch in der Schweiz tut, kommt es früher oder später zu solchen Taten. Es gibt auch andere Fälle in der Schweiz, und dies seit dem 7. Oktober 2023.
198. Das Schweizer Fernsehen und die übrigen SRG-Medien haben die studentischen Proteste als «Antikriegsproteste» gegen den Krieg in Gaza geframed und haben die bei diesen Protesten immer anzutreffenden Aufrufe zu einer «Globalisierung der Intifada» und zur Intifada im eigenen Land bewusst ignoriert. Als fast zwei Monate nach der Eskalation das Wort «Intifada» zum ersten Mal fiel, hat die Tagesschau aus solchen Mordaufrufen etwas «Umstrittenes» gemacht und diese auf die Stufe von Meinungen heruntergeholt. Höchst umstritten ist gewiss die gesamte Berichterstattung der SRG-Medien über die globale Krise seit dem 7. Oktober 2023. Gewaltaufrufe sind allerdings keine Meinungen, worüber bei den Journalisten des SRG-Medienhauses

offensichtlich eine andere Auffassung vorherrscht. Wenn jemand Gewaltaufrufe gegen Juden auf die Stufe von Meinungen herunterholt, über die man die eine oder die andere Auffassung haben kann, trägt der Hetze gegen die Juden bei, auch gegen die Juden in der Schweiz. Genau das wird mit dieser Beschwerdeschrift gegen die SRG auch geltend gemacht.

4. Teil: Rechtliches

a. Verletzung von Art. 4 Abs. 1 RTVG

199. Gemäss Art. 4 Abs. 1 Satz 2 RTVG haben die Sendungen insbesondere die Menschenwürde zu achten, dürfen weder diskriminierend sein noch zu Rassenhass beitragen noch die öffentliche Sittlichkeit gefährden noch Gewalt verherrlichen oder verharmlosen.
200. Im zweiten Teil dieser Rechtschrift hat der Beschwerdeführer die Vorgänge an den amerikanischen und schweizerischen Universitäten gezeigt, die in der gesamten Berichterstattung der SRG-Medien fehlen. Studenten haben – wie man sehen konnte – zur Vernichtung Israels aufgerufen, die Globalisierung der Intifada verlangt, die Hamas und die Hisbollah sowie deren Taten und Morde gerechtfertigt, sie haben jüdischen Studenten mehrfach und gewaltsam den Zutritt zu universitären Einrichtungen verwehrt und sie zu Zielscheiben deklariert. Das unten zu sehende Foto vom Columbia Campus wird auch im Video unter Ziff. 92 hievord gezeigt.



201. Um das Framing «Antikriegsproteste» gegen den Krieg in Gaza aufrecht zu erhalten, haben die SRG-Medien derartige Bilder respektive Filmaufnahmen nie gezeigt. Dabei hatten sowohl Präsident Joe Biden als auch dessen Sicherheitsberater John Kirby

die studentischen Proteste scharf kritisiert, wie man oben lesen konnte. Proteste seien zulässig, Gewalt hingegen nicht erlaubt, meldete selbst das SRF. Die SRG-Medienkonsumenten konnten allerdings nichts davon sehen daher nicht einmal erahnen, was die beiden meinten, wenn sie keine anderen Medien gehabt hätten, die ganz andere Bilder und Aufnahmen zeigten. Im besten Fall wurde in den SRG-Medien angegeben, dass man den Studenten vorwerfe, die Hamas zu verharmlosen. Das Bejubeln der Hamas und des Pogroms sind keine blossen Verharmlosungen der Hamas. Vielmehr sind es die SRG-Medien, die dieses Bejubeln und diese Unterstützung der Hamas verschweigen, diese Dinge nie zeigen und damit die studentischen Proteste verharmlosen. Nur dann können sie nämlich behaupten, dass es sich dabei um «Antikriegsproteste» handle. «Al-Qassam, Al-Qassam, make us proud! Take another soldier out!» ist mitnichten eine blossen Verharmlosung der Hamas, auch nicht die übrigen oben zu sehenden Forderungen und Aktionen des studentischen Pro-Hamas-Mobs.

202. Die SRG-Medien haben sich ferner zum Sprachrohr der Pro-Hamas-Protestbewegung gemacht, welche die Globalisierung der Intifada verlangte und haben sich darauf beschränkt, deren Forderungen unkommentiert weiterzuverbreiten, wie man im dritten Teil der Beschwerdeschrift mehrfach sehen konnte. Sie taten das ganz besonders mit der Protestbewegung hier in der Schweiz. Um die Gewalt gegen Juden zu beschönigen, haben sie ferner auch die Genozid-Vorwürfe gegen Israel einfach so stehen gelassen. Erst am 20. Mai 2024 kamen Rechtsexperten zu Wort, welche diesen absurden Vorwurf bestritten. Zuvor haben die SRG-Medien sogar eine hochbetagte Holocaust-Überlebende dazu missbraucht, um diesen Genozid-Vorwurf gegen Juden, die sich gegen einen Völkermord wehrten, zu bestätigen und haben aufgrund der Schwere des Vorwurfs Juden zu Zielscheiben gemacht. Das Narrativ bei diesem Beitrag war, dass die Juden mit den Palästinenser genau dasselbe tun würden, was die Nazis mit ihnen gemacht hätte. Wie schwerwiegend ein solcher falscher Vorwurf wiegt, wie diskriminierend und antisemitisch er ist und gleichzeitig auch wie gefährlich für die in der Schweiz lebenden Juden, waren Dinge, die den SRG-Sendeverantwortlichen komplett egal waren. Die SRG-Medien haben generell zum Rassenhass beigetragen, mit diesem Beitrag, den sie so toll fanden, dass sie ihn sogar von TSI übernahmen und ins Deutsche übersetzen liessen, zeigt auf, wie unbekümmert und verantwortungslos sie agierten.
203. Die Ausführungen in Ziff. 196 ff. haben auch gezeigt, dass Intifada-Aufrufe der Studenten, über die sie während rund zwei Monaten nicht berichtet haben, nach Ansicht der SRG einfach bloss «höchstumstrittene Meinungen» sind. Wenn also Terrorsympathisanten zu einem globalen Pogrom gegen Juden aufrufen, ist dies gemäss Auffassung der SRG lediglich eine streitbare Meinung, worüber man debattieren könne. Dies zeigt, dass die SRG-Medien auf die Menschenwürde pfeifen, wenn Juden davon betroffen sind und Gewalt verharmlosen. Sie tragen mit ihrer unverantwortlichen Berichterstattung auch zum Rassenhass bei, gefährden die öffentliche Sicherheit und sind in hohem Grad diskriminierend.
204. Problematisch ist auch, dass in den SRG-Medien – wenn überhaupt – nur Juden sich zu diesen Dingen äussern. Wenn nur Juden sich dazu äussern und wenn es immer wieder heisst, dass sich die jüdischen Studenten oder in anderen Fällen jüdische Mitbürger bedroht fühlen, werden die Bedrohungslage und objektiv feststellbare

Tatsachen auf das subjektive Empfinden der Juden heruntergeholt. Dass sich die überwiegende Mehrheit der Juden bedroht fühlt, ist ein «No-Brainer» und entspricht den Erwartungen. Wenn man aber nur mit ihnen spricht und andere Bürger, die diese Probleme sehen und erkennen, gar nicht zu Wort kommen lässt, bleibt es bei diesem subjektiven Gefühl der Juden. Bei einer solchen Vorgehensweise werden Juden sogar als «Partei» wahrgenommen, obwohl die unwoke Mehrheit der Schweizer Bürger diese Vorgänge als extrem problematisch wahrnimmt und durchaus alarmiert ist. Ansonsten hätten auch nicht so viele den Aufruf des Unterzeichneten nicht unterstützt und die Popularbeschwerde mitunterzeichnet.

205. Die Berichterstattung der SRG-Medien fing am 7. Oktober 2023 damit an, dass die Hamas-Terroristen als «Kämpfer» bezeichnet wurden, obwohl sie den grössten Massenmord an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg verübt, Frauen, Mädchen und Männer vergewaltigt und entführt und Geiseln genommen hatten. Die studentischen Proteste, welche den Gegenstand dieser Beschwerdeschrift bilden, sind nur ein kleiner Teil des antiisraelischen und zumindest latent antisemitischen Framings der SRG-Medien, die damit zu Rassenhass beitragen, die öffentliche Ordnung gefährden und in grober Weise Gewalt verharmlosen, wobei dies ein Kontinuum ist.

b. Verletzung des Vielfaltsgebots (Art. 4 Abs. 3 RTVG)

206. Gemäss Art. 4 Abs. 3 RTVG müssen konzessionierte Programme in der Gesamtheit ihrer redaktionellen Sendungen die Vielfalt der Ereignisse und Ansichten angemessen zum Ausdruck bringen.

207. Der Beschwerdeführer rügt in seiner Zeitraumbeschwerde die Berichterstattung zwischen 14. Februar 2024 und 14. Mai 2024. Das Bundesgericht schreibt in BGE 136 I 167, E.3.2.2: *«Das Programm eines Veranstalters kann im Rahmen der Programmaufsicht nicht - wie vom Beschwerdeführer gewünscht - über Jahre zurück infrage gestellt werden; der Gesetzgeber hat die entsprechende Kontrollmöglichkeit bewusst und explizit auf drei Monate beschränkt».*

208. Der Beschwerdeführer hat in der Beschwerdeschrift auch Programminhalte angesprochen, die weiter zurückliegen. Er hat aber vor allem auf die komplett fehlende Berichterstattung und redaktionelle Inhalte verwiesen, die mit dem akademischen Antisemitismus zusammenhängen. Weder vor dem 14. Februar 2024 noch nach dem 14. Mai 2024 wurde dieses Thema, welches – wie im ersten Teil zu lesen war – behandelt. Natürlich wurde das während der gerügten Periode auch nicht behandelt. Entscheidend ist allerdings, dass diese Kritik, die aus akademischen Kreisen selbst kommt, überhaupt nie behandelt wurde und diese Kritik ein einziger Blindfleck ist, und zwar schon seit immer.

209. Mit anderen Worten kann die SRG nicht mit einem allfälligen Einwand kommen, dass man dieses Thema beispielsweise in den Sendungen «SRF Club», «Sternstunden» oder «Echo der Zeit» bereits vor dem 14. Februar 2024 behandelt habe und daher keine Notwendigkeit bestanden habe, nochmals darauf einzugehen. Tatsache ist, dass dieser Kritik aus der akademischen, schwul-lesbischen und linken Szene, die substantiell, fundiert und wissenschaftlich ist, noch nie Raum geboten wurde. Deshalb ist auch der Hinweis auf die fehlende Berichterstattung und die komplett

nichtexistente journalistische Auseinandersetzung mit der wissenschaftlich fundierten Kritik gegenüber Wokeness und dem strukturellen Antisemitismus, der darin vorzufinden ist, auch vor dem 14. Februar 2024 relevant. Das Vorgehen der SRG-Medien hat damit zu tun, dass diese Kritik sich gegen die woken Ideologien richtet und substantielle Kritik von Wissenschaftlern, von Linken sowie Schwulen und Lesben besonders schädlich für das eigene Narrativ wäre, zumal die SRG-Medien regelmässig behaupten, dass diese Kritik von den «Rechten» oder von «konservativer Seite» käme, was faktenwidrig ist. Der Tages-Anzeiger beispielsweise ist bestimmt nicht rechts oder konservativ. Dort konnte man diese Kritik vorfinden, auch in «20 Minuten», ebenfalls Teil des Tamedia-Konzerns, der ganz bestimmt nicht konservativ, rechts oder gar rechtspopulistisch ist.

210. Im ersten Teil der Beschwerdeschrift wurde gezeigt, dass diese Kritik existiert, dass es Bücher und Fachaufsätze von Wissenschaftlern dazu gibt und auch zahlreiche Zeitungsartikel zum Thema erschienen sind, auch in der Schweiz. Mit Personen, die nicht dem Narrativ der SRG-Medien entsprechen, sprich nicht «rechts» oder «konservativ» sind und welche solche Kritik vorgebracht haben, hat man in den SRG-Medien nie das Wort erteilt und mit diesen darüber gesprochen. Zwischen dem 14. Februar 2024 und dem 14. Mai 2024, als die Proteste besonders virulent waren, tat man das nicht. Man tat das aber auch vorher nicht und auch nicht nachher, und zwar nirgends.
211. Wenn man solche Stimmen nie zu Wort kommen lässt, über wesentliche Ereignisse bewusst schweigt wie beispielsweise im Fall der drei Uni-Präsidentinnen, Judith Butler, Greta Thunberg, Mountazar Jaffar und vieles mehr, was oben angesprochen wurde, kann man nicht nur die Bevölkerung über die Vorgänge an den Universitäten anlügen, wie die SRG-Medien dies taten, indem sie die Uni-Proteste zu «Antikriegsprotesten» framen, die in der Tradition der Antikriegsproteste in den Sechzigern stünden, obwohl das nie geltend gemacht wurde und von einem Amerika-Experten, den die SRG beigezogen wurde bestritten wurde, wobei eine vertiefte Auseinandersetzung auch durch diesen nicht stattfand.
212. Der Beschwerdeführer macht geltend, dass die SRG-Medien sehr bewusst in ihrer Echokammer geblieben sind und diese akademischen Stimmen vorsätzlich nie zu Wort kommen liessen. Die gleiche Strategie verfolgen sie auch bei der Auswahl der jüdischen Studiengäste. Es ging ihnen immer darum, ihr eigenes Narrativ aufrecht zu erhalten. Sie haben sehr bewusst verhindert, dass Personen, die einen vertieften Einblick in die Fächer, die mit «Studies» enden, hatten und eine kritische Haltung gegenüber diesen haben, überhaupt zu Wort kamen. Auf diese Art und Weise konnten sie gegenüber dem Publikum angeben, die Kritik käme von «Trump-Anhängern», von den «Konservativen» oder von den «Rechten».
213. *«Ziel des gesetzlich verankerten Vielfaltsgebots ist es, mit einer gleichwertigen Darstellung der verschiedenen Standpunkte die Chancengleichheit beider Lager zu gewährleisten und damit eine einseitige Beeinflussung der Zuhörenden zu verhindern»*, schreibt die UBI in ihrem Entscheid vom 1. September 2022 (b.919).
214. Bei den abweichenden akademischen und journalistischen Meinungen geht es nicht um unterschiedliche Rechtsauffassungen über ein juristisches Problem, welches vor

allem Juristen und Anwälte interessiert. Es geht um Kritik gegen ideologisch gefärbte Advocacy Fächer, die alle mit einem Antisemitismus-Problem behaftet sind, wie oben dargestellt wurde. Es geht um Fakultäten, in welchen die entsprechenden ideologischen Grundlagen und der akademische Antisemitismus Hochkonjunktur haben. Wenn man diesen ideologischen Humus der globalen Pro-Hamas-Proteste, die ab dem 17. April 2024 besonders virulent wurden, einfach nie thematisiert und davon ablenkt, verletzt man journalistische Sorgfaltspflichten, insbesondere wenn man nie Fachleute zu Wort kommen lässt, die sich mit diesem Phänomen seit Jahren beschäftigen.

215. Da die Sendeverantwortlichen bei der SRG selbst woke sind und damit von diesen Ideologien beherrscht werden, möchten sie diese Kritik natürlich nicht hören. Dass sie erst am 24. April 2024 über die Proteste an den amerikanischen Universitäten berichtet haben, zeigt auf, dass auch diese Nichtberücksichtigung der Kritiker vorsätzlich erfolgte. Ansonsten hätten sie das Publikum nicht anlügen können, indem sie behauptet haben, dass es sich dabei einfach bloss um Antikriegsproteste handle.
216. Insofern steht diese Nichtberücksichtigung von kritischen akademischen und journalistischen Stimmen nicht alleine da. Sie ist verknüpft mit der Nicht- und Spätberichterstattung und mit der bewussten Auslassung von extrem problematischen Inhalten wie Aufrufe zu einer globalen Intifada, Sympathiekundgebungen gegenüber der Hamas und Hisbollah, das Hochloben von «Märtyrern» und deren terroristischen Taten, u.v.m. Wenn man all diese Inhalte, die entsprechenden Bilder und Filmaufnahmen einfach nicht zeigt und stattdessen von Antikriegsprotesten spricht, entsteht freilich auch kein journalistisches Bedürfnis, akademische Kritiker, Forscher und Journalisten zu Wort kommen zu lassen, die sich damit befassen. Wenn Zuschauer von Judith Butlers Menschenverachtung nichts hören, von Greta Thunbergs antisemitischer Radikalisierung nichts erfahren, die Gründe für das Kongress-Hearing der drei Uni-Präsidentinnen nicht kennen und auch nicht wissen, wer die Students for Justice in Palestine sind, gibt es natürlich auch keinen Raum für Experten, die genau diese Probleme adressieren.
217. Es ist natürlich auch so, dass die SRG-Journalisten, die eine woke Policy verfolgen und selbst woke sind, nicht mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert werden wollen, zumal – wie gezeigt werden konnte – bei sämtlichen woken Disziplinen ein Antisemitismus-Problem festgestellt wurde, und dies von Experten und Akademikern. Wenn die Kritik gegenüber von Wokeness als «rechtes Phänomen» geframed wird und man den SRG-Medienkonsumenten genau dies erzählt, muss man weder die Kritiker zu Wort kommen lassen noch diesen Vorwurf, den die Kritiker gegenüber den Woken vorbringen, sich gefallen lassen. Der Grund, warum die SRG-Journalisten das Vielfaltsgebot verletzt haben, ist damit stückweit auch Selbstschutz. Wenn man selbst woke ist und von Akademikern, die keineswegs rechts oder konservativ sind, hört, dass Wokeness ein strukturelles Antisemitismusproblem habe, schützt man sich selbst vor solchen Vorwürfen.
218. Das Problem dabei ist nicht «nur», dass sich die Zuschauer keine eigene Meinung bilden können. Vielmehr wird durch das Totschweigen das Antisemitismusproblem geschürt. Wie in Ziff. 199 hievor geltend gemacht wurde, ist dieses Antisemitismusproblem bei den Sendeverantwortlichen der SRG selbst vorhanden, die antisemitische

Gewalt verharmlost haben und dies auch weiterhin auch tun. Insofern hat die Verletzung des Vielfaltsgebots sehr wesentlich mit den latent antisemitischen Einstellungen der Sendeverantwortlichen selbst etwas zu tun.

c. Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots (Art. 4 Abs. 2 RTVG)

219. Gemäss Art 4 Abs. 2 RTVG müssen redaktionelle Sendungen mit Informationsgehalt Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann. Ansichten und Kommentare müssen als solche erkennbar sein.
220. In der Beschwerdeschrift wurde aufgezeigt, dass die SRG-Medien bestimmte Ereignisse, die von Relevanz sind, sehr bewusst und systematisch verschleiert und nicht darüber berichtet haben. Es wurde auch erstellt, dass dies genau dann erfolgte, wenn damit das eigene woke Narrativ gefährdet wäre. Anders ist die komplett fehlende Berichterstattung über die drei Uni-Präsidentinnen in den Vereinigten Staaten im ganzen Monat Dezember 2023 nicht zu erklären. Um aufzuzeigen, dass dies systematisch erfolgt, hat der Beschwerdeschrift auch Beispiele genannt, die sich einerseits vor dem 14. Februar 2024 ereigneten (Uni-Präsidentinnen) und andererseits solche danach (Vandalenakte gegen jüdische Galerien in Zürich) und natürlich auch solche während der beanstandeten Periode (etwa der Fall Mountazar Jaffar).
221. Ausserdem haben die Universitätsproteste, die ab dem 17. April 2024 durch die Besetzung des Campus-Geländes von Columbia besonders virulent wurden, eine Vorgeschichte. Studentische Proteste und Proteste aus den Reihen der Professoren gab es bereits unmittelbar nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023, worüber die SRG-Medien schon damals ungenügend berichtet haben. Sie haben also auch vor dem 14. Februar 2024 nie gezeigt, was an diesen Protesten wirklich geschah, insbesondere die offenen Sympathien gegenüber der Hamas und dem Pogrom und was woke Akademiker und Vordenker wie eine Judith Butler über diese Vorgänge sagte.
222. Wenn man nur SRG-Medien konsumieren würde, wäre man folglich auch nicht sensibilisiert, was diese Ereignisse anbelangt. Wenn die Hamas-Verherrlichung bei der späteren Berichterstattung im besten Fall mit «Verharmlosung der Hamas» geframed wird, wenn man über die Forderung nach einer Globalisierung der Intifada, die man seit dem vergangenen Oktober hört, nichts erfährt, wenn man nichts über die Vernichtungsfantasien und Gewaltaufrufen weiss und wenn man vor allem auch die ideologischen Grundlagen dieser Proteste nicht kennt, ist man als SRG-Journalist in der Lage, über die Campus-Proteste einstweilen zu schweigen.
223. Die bewusste Nichtberichterstattung über die Vorgänge an den amerikanischen Universitäten durch die SRG-Medien ist besonders problematisch, weil Schweizer Vorfälle seit dem Oktober bekannt sind. Man denke nur an die Universitäten Bern, Zürich und Basel sowie an das Architekturdepartement der ETH. Obwohl man es vorausahnen konnte, dass diese Proteste auch in die Schweiz gelangen, was auch der Fall war, haben die SRG-Medien eine ganze Woche lang bewusst geschwiegen, obwohl die Proteste an mehreren amerikanischen Universitäten ausbrachen und auch mehrere New Yorker Universitäten betrafen, obwohl das Korrespondentennetzwerk der SRG in New York selbst eine Reporterin beschäftigt. Die Proteste fanden nicht in

tiefster Provinz eines Landes statt, wo keine SRG-Journalisten tätig sind, sondern in New York City. Insofern verletzt bereits diese viel zu spät erfolgte Berichterstattung das Sachgerechtigkeitsgebot. Wenn man über bestimmte Ereignisse nichts weiss, kann man sich auch keine eigene Meinung bilden. Besonders gravierend ist, dass die amerikanischen Proteste einen Inlandbezug zur Schweiz haben. Dass diese später auch in der Schweiz stattfanden, war für den Unterzeichneten keine Überraschung, weil man damit rechnen musste.

224. Was man in der Berichterstattung der SRG nie sehen konnte, waren die menschenverachtenden Pro-Hamas-Slogans, die Hetze gegen Israel und Juden, Aufrufe zur globalen Intifada und all die übrigen Dinge, die man im zweiten Teil dieser Beschwerdeschrift sehen konnte. Weder auf srf.ch noch im Fernsehen wurden Fotos oder Filmaufnahmen gezeigt, die mit denjenigen vom zweiten Teil dieser Beschwerdeschrift zu vergleichen wären. Zwar wurde gesagt, dass Präsident Joe Biden und dessen Sicherheitsberater die Proteste scharf kritisierten. Warum es diese scharfe Kritik gab, konnten die Zuschauer, Zuhörer und Leser nicht erahnen, weil ihnen durchwegs die Lüge erzählt wurde, dass die Studenten gegen den Krieg in Gaza demonstrieren würden. Indem diese Bilder, Videos und Slogans bewusst nicht gezeigt wurden, konnte man am eigenen Narrativ festhalten. Wenn man diese Dinge nicht zeigt die insbesondere im zweiten Teil dieser Beschwerdeschrift gezeigt wurden, können sich die Zuschauer keine eigene Meinung bilden. Wenn man zusätzlich sehr bewusst den ideologischen Humus der Proteste verschweigt und keine Akademiker zu Wort kommen lässt, die sich schon seit Jahren mit dem akademischen Antisemitismus beschäftigen und dabei das Vielfaltsgebot verletzt, ist es eben möglich, eine eigene Story zu konstruieren, wie die SRG-Medien dies getan haben und dem Publikum erzählen, die Studenten protestierten doch nur gegen den Krieg in Gaza und stünden in der Tradition der Antikriegsprotetler gegen den Vietnamkrieg in den Sechziger Jahren. Durch dieses kontinuierliche falsche Narrativ wurde das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt und die Zuschauer wurden daran gehindert, sich eine eigene Meinung zu bilden. Dies erfolgte auch bewusst in manipulativer Absicht.
225. Mit anderen Worten existiert nicht nur ein blinder Fleck im Bereich der Proteste selbst und was dort geschah, sondern auch im Bereich der Ideologien, welche diese radikale Protestbewegung antreibt. Wenn man weder diese Ideologien kennt, die strukturell antisemitisch sind, noch von der prodschihadistischen und genozidal-antisemitischen Stimmung etwas erfährt und dabei auch Bilder und Filmmaterial nicht gezeigt werden, ist man in der Lage, Fake News zu verbreiten, wie die SRG-Medien dies getan haben. Der Unterzeichnete geht davon aus, dass die SRG-Journalisten nicht ohne Grund eine Woche lang zugewartet haben, bis sie über die Proteste berichteten. In dieser Zeit dürften sie an ihrer Fake Story gearbeitet und eine Strategie entwickelt haben, wie sie über diese Proteste berichten wollten.
226. Konkret haben die SRG-Journalisten Folgendes getan und dabei verhindert, dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden konnte:
- Bis zum 14. Juni 2024 wurde nie angegeben, dass es Intifada-Aufrufe bei den Protesten gab, die allerdings mit dem Attribut «höchst umstritten» verharmlost wurden. Mord- und Pogromaufrufe sind nicht einfach bloss «höchst umstritten». In der

gerügten Periode kam die Forderung der Studenten nach einer Globalisierung der Intifada nie vor.

- Zu keinem Zeitpunkt wurde in den SRG-Medien thematisiert, dass die Pro-Hamas-Studentenbewegung mit den Hamas-Terroristen und der Hisbollah-Miliz sympathisiert und den 7. Oktober 2023 hochjubelt. Im besten Fall hiess es einige wenige Male, dass die Hamas «verharmlost» worden sei.
- Zu keinem Zeitpunkt wurde thematisiert, dass die Boykott-Aufrufe der Pro-Hamas-Studenten und die Forderungen der antisemitischen BDS-Bewegung eine Parallele haben.
- Zu keinem Zeitpunkt wurde thematisiert, dass auch amerikanische Fahnen angezündet wurden und «Death to America» und Ähnliches skandiert wurde.
- Zu keinem Zeitpunkt wurde thematisiert, dass bei den studentischen Protesten die Vernichtung Israels gefordert und der genozidale Slogan «From River to the Sea...» skandiert wurde. Israel wurde jedes Existenzrecht abgesprochen und die SRG-Journalisten framen dies mit «Proteste gegen den Krieg in Gaza».
- Die SRG-Journalisten beschränkten sich mehrfach darauf, die Forderungen der Pro-Hamas-Studenten weiterzuverbreiten, ohne dass darauf eingegangen wurde, insbesondere auf den Genozid-Vorwurf. Eine Beschäftigung mit dem Begriff, der seit vielen Monaten existiert, fand erst am 20. Mai 2024 statt. Das ist viel zu spät, erst recht, wenn man selbst eine Holocaust-Überlebende dazu missbraucht, um diese Meinung bei den SRG-Medienkonsumenten zu verfestigen.
- Die SRG-Medien haben weder Mountazar Jaffar thematisiert, der Wortführer der Protestbewegung in Lausanne war, noch die Tatsache, dass die Studenten einem Hisbollah-Sender ein Exklusivinterview gewährten. Sie haben auch nicht thematisiert, wer die Students for Justice in Palestine sind.
- In der Berichterstattung fehlten Videos und Bilder, die es durchaus gab, welche einen Einfluss auf die Meinungsbildung gehabt hätten. Man hat diese sehr bewusst nicht gezeigt.
- Wie bereits ausgeführt, wurden die ideologischen Grundlagen der Proteste nie thematisiert und hat keine kritischen Experten dazu befragt, die seit Jahren in diesem Bereich forschen. Es kamen auch keine Journalisten zu Wort, die sich ebenfalls mit der Problematik beschäftigen.
- Eine kritische Auseinandersetzung mit der «Ceasefire» Forderung fand nicht statt. Vor allem wurde nie thematisiert, dass sich diese Forderung ausschliesslich gegen Israel richtet aber nicht gegen die Hamas und die Hisbollah, die Israel täglich mit Raketen angreifen. Die Forderung bedeutet übersetzt, dass Israel sich nicht wehren soll und nie, dass die Hamas und Hisbollah nicht mehr angreifen sollen. Damit wurde Israel von den Studenten als kriegsführender Aggressor dargestellt, wobei die SRG-Medien diese Position einfach übernahmen. Bis letzte Woche wurden mehr als 19'000 Raketen auf Israel abgefeuert. Zu keinem Zeitpunkt gab es Protest seitens der Studenten, dass die Islamisten damit aufhören sollten. Ganz im Gegenteil. Dies wurde nie hinterfragt.
- Faktenwidrig wurde von Prof. Andreas Wimmer behauptet, dass die antisemitischen Vorfälle «off Campus» stattfänden. Diese Falschbehauptung wurde nie korrigiert, auch nicht durch spätere journalistische Beiträge.
- Es wurden nur Juden darüber befragt, wie sie zu den studentischen Pro-Hamas-Studenten stehen würden. Damit entstand der Eindruck, dass sich diese bloss subjektiv bedroht fühlen würden.

- Um die Sympathien gegenüber den Pro-Hamas-Studenten aufrecht zu erhalten, wurde behauptet, dass die antisemitischen Parolen nur zum Teil erfolgt seien, was unzutreffend ist. Die antisemitischen Parolen sind eine Konstante.
 - Es wurde ein erfundenes Narrativ erstellt und behauptet, dass die studentsichen Proteste in der Tradition der Antikriegsproteste in Vietnam stünden, obwohl dies weder von den Studenten noch von den Professoren, die daran teilnahmen, jemals behauptet wurde.
 - Obwohl die SRG-Medien immer wieder die sogenannte «Zweistaatenlösung» thematisieren und diese angeblich auch favorisieren, wurde nie ausgeführt, dass die Studenten dies klar nicht wollen, sondern vielmehr die Vernichtung Israels anstreben.
 - Die sogenannte Analyse von Viviane Manz war keine Analyse, sondern eine wohlwollender Kommentar gegenüber den studentischen Protesten. Eine Analyse stützt sich auf Fakten und ist kein Meinungskommentar.
227. Die UBI prüft im Zusammenhang mit dem Sachgerechtigkeitsgebot von Art. 4 Abs. 2 RTVG, ob dem Publikum aufgrund der in der Sendung oder im Beitrag angeführten Fakten und Ansichten ein möglichst zuverlässiges Bild über einen Sachverhalt oder ein Thema vermittelt wird, so dass dieses sich darüber frei eine eigene Meinung bilden kann (BGE 137 I 340 E. 3.1 S. 344f. [„FDP und die Pharmalobby“]; BGE 131 II 253 E.2.1ff. S. 256ff. [„Rentenmissbrauch“]). Umstrittene Aussagen sollen als solche erkennbar sein. Fehler in Nebenpunkten und redaktionelle Unvollkommenheiten, welche nicht geeignet sind, den Gesamteindruck der Ausstrahlung wesentlich zu beeinflussen, sind programmrechtlich nicht relevant. Die Gewährleistung der freien Meinungsbildung des Publikums erfordert die Einhaltung von zentralen journalistischen Sorgfaltspflichten (vgl. Denis Barrelet/Stéphane Werly, *Droit de la communication*, deuxième édition, Berne 2011, S. 267ff; Peter Studer/Rudolf Mayr von Baldegg, *Medienrecht für die Praxis*, Zürich 2011, 4. Auflage, S. 216ff.; Denis Masméjan, in: Denis Masméjan/Bertil Cottier/Nicolas Capt (Hrsg.), *Loi sur la radio-télévision*, Commentaire, Bern 2014, S. 96ff., Rz. 43 ff. zu Art. 4 RTVG).
228. Der Umfang der gebotenen Sorgfalt hängt von den konkreten Umständen, dem Charakter des Sendegefässes sowie vom Vorwissen des Publikums ab (BGE 131 II 253 E.2.1ff. S. 257 [„Rentenmissbrauch“]) (zitiert aus Entscheid vom 12. Dezember 2014 der UBI, b. 693). Ein Beitrag darf insgesamt nicht manipulativ wirken, was der Fall ist, wenn der (interessierte) Zuschauer in Verletzung journalistischer Sorgfaltspflichten unsachgemäss informiert wird; er sich gestützt auf die gelieferten Informationen oder deren Aufarbeitung kein eigenes sachgerechtes Bild mehr machen kann, weil wesentliche Umstände verschwiegen oder "Geschichten" durch das Fernsehen "inszeniert" werden (vgl. das Urteil 2C_291/2009 vom 12. Oktober 2009 E. 4.1 und 4.2, in: sic! 3/2010 S. 158).
229. Der Beschwerdeführer hat aufgezeigt, dass das Sachgerechtigkeitsgebot mehrfach verletzt wurde, weil in mehreren Sendungen der Sachverhalt «studentische Proteste in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und im Westen im Allgemeinen» falsch und ungenügend vermittelt wurde. Über gewisse Vorfälle, Slogans und Einzelsachverhalte wurde bewusst nicht berichtet, wie gezeigt werden konnte. Es handelte sich dabei auch nicht um irrelevante Nebenpunkte und es wurden sehr wesentliche

Umstände verschwiegen, wobei zusätzlich «Geschichten» durch das Fernsehen «inszeniert» wurden.

Ich ersuche Sie um antragsmässige Gutheissung der Beschwerde im Sinne der eingangs gestellten Rechtsbegehren.

Freundliche Grüsse

Emrah Erken

Anhänge gemäss separatem Anhangsverzeichnis

Anhangsverzeichnis

Popularbeschwerde von Emrah Erken an die UBI vom 20. Juni 2024

—

1. Zusammenfassung des Rechtsweges durch die Ombudsstelle vom 16. Mai 2024
2. Unterschriftenformulare
3. Auflistung der gerügten Sendeeinhalte
4. Bericht des Dekanats vom 24. Januar 2024 (UNIBAS)
5. Aufsätze aus «Freiheit ist keine Metapher»